

## REZENSIONEN

### A. Allgemeines

VSWG 103, 2016/4, 483–484

Michael Grüttner

#### **Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933–1939**

Klett-Cotta, Stuttgart 2015, 607 S., 32,95 €.

Michael Grüttners Buch, eine modifizierte Ausgabe des 2014 erschienenen Bandes 19 der Reihe „Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte“, liest sich wie ein Textbuch zur Geschichte des „Dritten Reiches“ bis zum Kriegsbeginn. Grüttner schildert überzeugend die Hauptgeschehnisse in Deutschland unter dem nationalsozialistischen Regime; dabei bringt er nichts grundsätzlich Neues, und seine Belege sind spärlich und sekundärer Art. Die Führer des neuen Reiches, die Gliederungen der Partei und die Organe des Staats sowie die außenpolitischen Wendungen werden treffend charakterisiert; eindrucksvoll sind Einzelheiten zu den Spannungen zwischen Staat und Partei, etwa der Kampf zwischen Justiz und SS-Willkür. Positiv hervorzuheben ist, dass der Verfasser auch berücksichtigt, wie die nationalsozialistischen Maßnahmen von der Bevölkerung aufgenommen wurden. Plastisch werden zum Beispiel die verschiedenen Stadien der Judenverfolgung geschildert und dabei keine Zweifel gelassen, dass die Bevölkerung antisemitische Maßnahmen guthieß, solange diese in gesetzlichen Bahnen verliefen. So zitiert Grüttner den evangelischen Generalsuperintendenten Otto Dibelius – der sich nach dem Krieg als Widerständler stilisierte – zum im Frühjahr 1933 noch vergleichsweise maßvoll organisierten Boykott jüdischer Geschäfte, dieser sei „in absoluter Ruhe und Ordnung“ verlaufen (S. 152). Ähnliche Sympathien flogen den Machthabern aus weiten Teilen der Bevölkerung nach Beendigung von SA-Gewaltausschreitungen durch Hitlers Röhm-Putsch ab Anfang Juli 1934 zu und nach der antisemitischen Nürnberger Gesetzgebung vom September 1935. Überhaupt sei das NS-Regime bei der deutschen Bevölkerung im Großen und Ganzen populär gewesen und dies wohl nie mehr als nach dem Anschluss Österreichs im März 1938.

Dem könnte man hinzufügen, dass es noch beliebter nach Hitlers Eroberung Frankreichs im Juni 1940 wurde. Damit greift diese Rezension jedoch auf die Kriegsjahre über, die gewiss einen ähnlich gut lesbaren Band aus Grüttners Feder verdient hätten. Aber statt ihn vorzulegen, schreibt er den Friedens-Band stark im Wissen um die Ereignisse nach Kriegsbeginn. Auf die Dauer irritiert das; dann hätte man lieber gleich ein komplettes, sämtliche Jahre von 1933 bis 1945 umfassendes Buch zur Hand. Auch andere Stellen im Text machen den Leser stutzig: Die Deutschland-Berichte bezüglich der Zustände im Reich, von Exil-Sozialisten in der CSR verfasst, gelten heute nur noch als bedingt verlässlich; Grüttner zitiert sie durchgehend. Kann man Hitlers Judenhass wirklich erst auf die Zeit nach 1919 datieren? Hitler diktierte nur den ersten Teil seines Buches auf der Landsberger Festung, den zweiten nach seiner Entlassung 1924 auf dem Berghof; beide wurden in Abständen publiziert. Mir scheint auch die Periodisierung der Machtergreifungsphase, die Grüttner

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

bis zur Usurpation des Präsidentenamtes nach Hindenburgs Tod am 2. August 1934 datiert, zumindest einer breiteren Diskussion wert, denn weitere totalitäre Maßnahmen erfolgten später. Bei Erörterung dreier Gründe, die Juden von der Auswanderung abhielten, vergisst der Verfasser den wichtigen finanziellen Faktor. Dass Grüttner die halbdeutsche Filmschauspielerin Lilian Harvey als Verfolgte Hitlers darstellt, die vor dem Nationalsozialismus „flüchten“ musste (S. 351), beleidigt die wahren Opfer – gerade aus der Kulturbranche: Harvey, die aus Hollywood ins „Dritte Reich“ zurückgekehrt war, um sich dort den Nazis weiter anzudienen, war ein beim Führer und Goebbels stets beliebter Gast und erhielt großzügige Angebote; erst als sie an Popularität zu verlieren begann, kehrte sie als englische Staatsbürgerin nach Großbritannien zurück. Ähnlich bedauert wird Hans Albers, den man, „jüdisch versippt“, unter Druck gesetzt habe, sich von seiner Ehefrau zu trennen (S. 351). Hansi Burg, Albers' „halbjüdische“ Freundin, ging tatsächlich nach England, was den bedeutendsten Filmstar des „Dritten Reiches“, dem selbst Goebbels nicht drohen konnte, aber nicht daran hinderte, mit weiteren Freundinnen zu verkehren.

Etwas schwerer wiegen zwei weitere Fehleinschätzungen. Grüttner gebraucht den von seinem Berliner Kollegen Michael Wildt entlehnten, nun abermals falsch angewandten Begriff der Volksgemeinschaft in einem nicht-biologisch/rassistischen Sinne, ohne die Begriffsunterscheidung von „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ durch Ferdinand Tönnies sowie die Definition von „Gesellschaft“ durch Max Weber zu berücksichtigen. Das sollte in einer zweiten, wünschenswerten Auflage korrigiert werden, ebenso wie die Missinterpretation von Humanversuchen durch NS-Mediziner. So meint Grüttner, SS-Ärzte seien lediglich aufgrund einer falschen Auffassung von medizinischer Ethik zu verurteilen, hätten sich ansonsten jedoch korrekt als wissenschaftlich qualifizierte Fachleute um die Fortentwicklung ihrer Wissenschaft bemüht. Dem ist zu widersprechen: Ein Großteil der in solche Versuche verstrickten Ärzte war unzulänglich ausgebildet (Waldemar Hoven in Buchenwald) oder missachtete die Regeln medizinischer Wissenschaft gezielt (Sigmund Rascher in Dachau).

MICHAEL H. KATER

Toronto

VSWG 103, 2016/4, 484–485

Gangolf Hübinger u. a. (Hg.)

**Max Weber: Briefe 1903–1905**

(Max Weber-Gesamtausgabe II/4). Mohr (Siebeck), Tübingen 2015, xxiv u. 751 S., 294,00 €.

Dieser Band der Max Weber-Gesamtausgabe (MWG) umfasst die überlieferten Briefe Webers aus einem für seine persönliche und intellektuelle Biographie besonders markanten Zeitraum, in dem er, nach dem schweren gesundheitlichen Zusammenbruch, der ihn 1898 niedergestreckt hatte, endlich wieder zur wissenschaftlichen Arbeit zurückfand. Gleich die ersten Briefe und Postkarten vom Januar 1903 bezeugen diesen Wendepunkt. Aus Nervi an der italienischen Riviera berichtet er sei-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

ner Frau („Carissima piccola“, „Liebes Schnauzelchen“) von der klaren Luft, der hellen Morgensonne, den Besuchen in Genua, wo ihn die marmornen Treppenhäuser der Paläste mehr beeindruckten als die Kirchen. Von Schlafstörungen ist die Rede, aber auch von der Arbeit am ‚Roscher‘ – Weber hatte Ende 1902 mit dem erkenntnistheoretischen Aufsatz über Roscher und Knies begonnen, den er nun fortsetzte. Ab Frühjahr 1903 arbeitete er am berühmten ‚Objektivitätsaufsatz‘, anschließend an der ‚Fideikommißfrage‘ und der ‚Altgermanischen Sozialverfassung‘, vor allem aber an der ‚Protestantischen Ethik‘ (PE), deren ersten Teil er im August 1904, vor seiner Reise nach Amerika, fertigstellte. Nach der Rückkehr aus Amerika übernahm Weber im Oktober 1904 gemeinsam mit Edgar Jaffé und Werner Sombart die Herausgeberschaft des ‚Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik‘ (ASWSP). Zur selben Zeit wurde er endlich von seinen Dienstaufgaben als Professor in Heidelberg entpflichtet.

Die Briefe beleuchten den Übergang Webers in diesen neuen ‚Beruf‘ als Privatgelehrter. Gelegentlich fällt ein Schlaglicht auf die eigenen wissenschaftlichen Arbeiten. So schreibt er seiner Frau im Juni 1903 nach dem Besuch der Nieuwe Kerk in Scheveningen, im schönen Vorgriff auf die PE: „Für den reformierten Protestantismus ist eben die kleine helle Dorfkirche eigentlich die ideale Kirchenform, mit großen hellen Stadtkirchen weiß er nichts rechtes anzufangen.“ (S. 99) Mitunter kommen Werturteils- und Methodenfragen zur Sprache (Briefe an Hellpach und Rickert, März / April 1905) oder aktuelle politische Themen wie das Streikrecht (Brief an Brentano, April 1905). Die meisten Briefe betreffen aber eher die vielfältigen wissenschaftsorganisatorischen Aufgaben, denen sich Weber verpflichtet fühlte. So versuchte er über ein Jahr lang, Lujo Brentano für eine kritische Besprechung von Sombarts *Modernem Kapitalismus* (1902) im ASWSP zu gewinnen. Doch selbst sein zunehmender Unmut darüber, dass sich bislang nur „lauter Detailkrämer“ dazu geäußert hätten (Brief vom 9.3.1904, S. 198), verhallte – Brentano erteilte ihm im Dezember 1904 endgültig eine Absage. Aufschlussreich sind auch die Briefe an den Verleger Paul Siebeck. Mehrfach beschwerte sich Weber über die vielen Setzfehler bei der Drucklegung der PE, die freilich vor allem darauf zurückzuführen waren, dass er noch in den Korrekturfahnen ständig Textänderungen vornahm. Einer der letzten Briefe (28.11.1905) erweist sich wiederum als hübscher Vorgriff. Siebeck hatte Weber um Rat gebeten, wen man wohl mit der Neuausgabe von Schönbergs „Handbuch der politischen Ökonomie“ betrauen könne – 1909 konnte er Weber dann selbst dafür gewinnen (daraus wurde der „Grundriß der Sozialökonomik“).

Von ganz besonderer Bedeutung sind die unglaublich lebendigen und anschaulichen Briefe aus Amerika, die vor Faszination für diese so andersartige Zivilisation nur so sprühen. Einige Passagen daraus, darunter die drastische Schilderung der Schlachthöfe in Chicago (S. 292), kennen wir seit langem aus Mariannes *Lebensbild* ihres Mannes (1926) – umso schöner, dass wir diese Briefe nun endlich alle beisammen und ungekürzt greifbar haben. Dazu kommen, natürlich für *alle* Briefe in diesem Band, textkritischer Apparat, ausführlicher Sachkommentar sowie sonstige Ausstattung (Einleitung, Personenverzeichnis und -register, Ortsregister, Karte mit Itinerar der Amerikareise) – wie stets in der MWG vorbildlich, was ebenfalls bekannt ist, aber nicht oft genug betont werden kann. Also wiederum höchstes Lob für die Herausgeber und den Verlag, mit den besten Wünschen für die noch fehlenden Bände der MWG.

THOMAS SOKOLL  
Hagen

VSWG 103, 2016/4, 486–487

Karl Heinrich Pohl

**Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers**

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015, 352 S. (18 Abb., 2 Grafiken, 1 Tab.), 50,00 €.

In der vorliegenden, neuesten Stresemann-Biographie zieht Karl Heinrich Pohl auf breiter Quellen- und Literaturbasis die Summe seiner jahrzehntelangen Beschäftigung mit dieser Zentralfigur der deutschen Wirtschaft und Politik im ersten Drittel des 20. Jh. s. Damit ist bereits impliziert, dass die Monate als Reichskanzler und die Jahre als Außenminister, die Periode der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik, für den Autor nicht allein oder vorrangig bestimmend sind.

Im Sinne neuerer Theorien zur Biografik setzt der Verfasser bei dem Bedürfnis vor allem des bürgerlichen Menschen an, einen geschlossenen, zielgerichteten und möglichst vielseitigen Lebenslauf vorweisen zu können. Stresemann hat, so eine plausible Annahme, dieses Bedürfnis – nicht zuletzt wegen seiner kleinbürgerlichen Herkunft, die er unbedingt hinter sich lassen und gern verschleiern wollte – stark empfunden und bis zu seinem Tod viel Mühe auf die Pflege seines Nachlasses – bis zur „Reinigung“ und „Ergänzung“ – und die direkte Beeinflussung seines öffentlichen Bildes verwandt. Diese Selbststilisierung will der Verfasser „dekonstruieren“ – dies gelingt ihm. Selbst bei der ausführlichen Erläuterung der Intentionen und des Vorgehens Stresemanns bleibt das Buch stets gut lesbar, nicht nur für Experten. Der Zugang ist durchweg kritisch, aber niemals denunziatorisch, verstehend deutend, aber nicht affirmativ.

Nachdem die Bewertung des Staatsmanns Stresemann lange umstritten gewesen war, konnte sich in letzter Zeit weitgehend die Meinung durchsetzen, dass sein Engagement für die parlamentarisch-demokratische Republik und für die internationale Verständigung echt war. Pohl behauptet nicht das Gegenteil, arbeitet im Hinblick auf das Denken und Handeln des Ministers aber eine Reihe von Anhaltspunkten heraus, die der Eindeutigkeit dieser Aussage widersprechen und die Kernthese des Buches von der „Ambivalenz“ und „Hybridität“ des Charakters wie der Politik Stresemanns plausibel machen.

Originell und unter biografischen Aspekten einleuchtend ist die Gewichtung der einzelnen Lebens- und Schaffensphasen. Die nicht einfache Kindheit und Jugend sowie die erste Karriere als junger Syndikus des dem Bund der Industriellen angeschlossenen Verbandes Sächsischer Industrieller, als Politiker der Nationalliberalen Partei und „Multifunktionär“ im Königreich Sachsen erscheinen nicht einfach als Vorgeschichte des späteren Wirkens in der Weimarer Republik. Die Tätigkeit in Sachsen, wo Stresemann den Industriellen-Verband „fast im Alleingang zum mächtigsten regionalen Wirtschaftsverband aufbaute“ (S. 313), verdient in der Tat eine angemessene Würdigung, zumal er sich währenddessen ein beachtliches Vermögen erarbeitete und im gesellschaftlich-kulturellen Bereich „ein kleiner König“ (S. 318) war. Die diesbezüglichen Kapitel 3 und 4 (mit detaillierter Netzwerkanalyse über Stresemanns vieldimensionale Verbindungen und Mitgliedschaften) enthalten Passagen, die zu den interessantesten des Buches gehören.

Die sächsische Erfahrung machte Stresemann nicht zu einem Sozialliberalen, aber er entwickelte ein realistisches, pragmatisches Verhältnis zur Sozialdemokratie und zu den Gewerkschaften und erkannte die Notwendigkeit einer konstruktiven Sozialpolitik sowie einer Liberalisierung der staatlichen Verfassungsordnung auf den verschiedenen Ebenen. Allerdings erschwerte ihm sein

Auftreten als Annexionist während der Kriegszeit 1918/19 den Neustart. Er fand sich an der Spitze der Deutschen Volkspartei wieder, wo man der neuen parlamentarisch-demokratischen Ordnung und dem Versuch ihrer Repräsentanten, durch Erfüllung und Verständigung die drückende Last des Versailler Friedens erst zu erleichtern und diesen dann schrittweise zu revidieren, viel skeptischer gegenüberstand als der „Vernunftrepublikaner“ Stresemann.

Die Distanz zur Schwerindustrie und zu den politischen Positionen ihrer in der DVP beheimateten Vertreter hinderte ihn und seine Behörde, das Auswärtige Amt, im Übrigen, wie der Verfasser deutlich macht, nicht daran, bei den Verhandlungen um die Internationale Rohstahlgemeinschaft den im engeren Sinn interessengeleiteten (laut Verfasser „nationalistischen“ statt „europäischen“) Kurs der deutschen Montanwirtschaft zu unterstützen. Ein noch größeres Fragezeichen hinter die europäische Dimension der Stresemann'schen Außenpolitik (einschließlich der Locarno-Verträge) setzt Pohl, wenn er dessen Umgang mit Polen in den Blick nimmt, namentlich bezüglich der Abhängigkeit dieses Landes von deutschem Eisen.

Nicht einfach zu deuten sind Stresemanns stets gepflegte Kontakte zu antirepublikanischen Gruppen und einschlägigen Protagonisten im rechten Lager, die er finanziell unterstützen ließ. Offenbar war es dem Außenminister wichtig, dort als „nationaler Mann“ anerkannt zu sein. Zweifellos dachte Stresemann viel stärker als seine Unterstützer aus der SPD in den traditionellen Kategorien der nationalstaatlichen Rivalität und der „nationalen Ehre“ – einschließlich ihrer militärischen Komponente. Wie nicht ungewöhnlich in der Geschichte hatte die Methode, hier die Verständigungspolitik, jedoch die Tendenz, im Lauf der Zeit auch die politischen Inhalte und Ziele zu beeinflussen und zu verändern. In diesem Licht ließe sich die Frage entschärfen, was Stresemann „eigentlich“ und „letztlich“ anstrebte, mochte es sich, wie Pohl betont, bei seiner Haltung zur parlamentarisch-demokratischen Republik von Weimar auch Zeit seines Lebens um nichts anderes als ein „Arrangement“ gehandelt haben.

PETER BRANDT

Hagen

## B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

VSWG 103, 2016/4, 487–488

Enno Bünz (Hg.)

### **Geschichte der Stadt Leipzig, Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation**

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2015, 1.055 S. (288 Abb.), 49,00 €.

Die im von slawischer Siedlung geprägten Markengürtel an der Ostgrenze des ottonischen Reiches in verkehrsgünstiger Lage errichtete Burgsiedlung (Burgward), aus der die Stadt Leipzig hervorging, wird von Thietmar von Merseburg zum Jahre 1015 erstmals erwähnt. Die Stadt Leipzig nahm die Jahrtausendfeier dieses Erstbelegs zum Anlass, eine vierbändige Stadtgeschichte in Auftrag zu geben, deren erster Band hier anzuzeigen ist. Der Herausgeber Enno Bünz verfasste den Löwenanteil des Textes, an dem 29 Autoren beteiligt waren, darunter auch Vertreter von Nachbardisziplinen

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

der Geschichtswissenschaft wie Geografen, Kunsthistoriker, Musikwissenschaftler und Rechtshistoriker. Dem Herausgeber ist zu bescheinigen, dass es ihm gut gelungen ist, aus den zum Teil recht disparaten Beiträgen ein durchaus überzeugendes Ensemble zu gestalten. Unterschiede in der Intensität der Ausarbeitung einzelner Themen sind natürlich nicht zu übersehen. Im Vergleich etwa mit der nach wie vor kränkelnden großen Kölner Stadtgeschichte, die auf einzelne Autoren pro Epoche setzt, erweist sich aber wieder der Vorteil einer Teamlösung. Der Teamarbeit ist auch die Strukturierung des Bandes nach Themenbereichen geschuldet. Die kleinteilige Gliederung ermöglicht rasche Orientierung. Der Handbuchcharakter wirkt allerdings etwas hemmend auf den Lesefluss.

Der Band ist eine reich illustrierte Stadtgeschichte für ein breites Publikum, die aber mit dem erforderlichen wissenschaftlichen Rüstzeug (Fußnoten, umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis) auf dem aktuellen Stand der Forschung ausgestattet ist. In farbig unterlegten Vignetten („Schlaglichtern“) werden zentrale Quellen, Objekte und Themen eingehender bearbeitet. Die Ausrichtung auch auf Leser, die sich neu mit Stadtgeschichte befassen, entschuldigt Abbildungen, die man in vielen Büchern über mittelalterliche Stadtgeschichte findet und die deshalb wenig mit Leipzig zu tun haben (vgl. etwa S. 289 die üblichen Berufsdarstellungen). Der Bearbeitungszeitraum ist in vier Epochen gegliedert: Vor- und Frühgeschichte, Entstehung und Werden der Stadt (10.–13. Jh.), Spätmittelalter (14. und 15. Jh.) und Reformationszeit (bis 1539).

Bemerkenswert ist die durchgängige Einbeziehung der Siedlungen auf dem Gebiet der heutigen Stadt und darüber hinaus, und zwar nicht nur für die vorstädtische Zeit, sondern auch für das gesamte Mittelalter mit einem abschließenden Großkapitel über die Dörfer im späteren Leipziger Stadtgebiet mit historischem Ortsverzeichnis (S. 685–787). Dieser Ansatz, der durch die Erwerbspolitik des Leipziger Rates jenseits der Stadtmauern gerechtfertigt wird, ermöglicht eine konsequente Berücksichtigung der oft vernachlässigten Stadt-Land-Beziehungen.

Überzeugend werden einleitend die Faktoren herausgearbeitet, die zur Stadtentstehung beitragen. Es waren vor allem die Verkehrswege, die zur Integration von Burg, Kirchen, Siedlungen und Märkten führten. Bis in das späte 13. Jh. hinein erlaubt die dürftige Quellenlage jedoch nur eine skizzenhafte Darstellung der durchaus dynamischen Stadtentwicklung. Bürgerlichen Autonomiebestrebungen setzte die landesherrliche Präsenz der Wettiner in der Burg von vornherein deutliche Grenzen. Die spätmittelalterliche Stadtgeschichte lässt sich dann differenzierter ausbreiten. Es wurde eine thematische Gliederung mit Ausführungen über Verfassung, Wirtschaft, Alltagsleben (83 S., sehr anschaulich), kirchliche Verhältnisse (99 S.) und Kultur (107 S. mit der 1409 gegründeten landesherrlichen Universität) gewählt. Das Kapitel über Wirtschaft und Gesellschaft ist verhältnismäßig kurz ausgefallen (78 S.), die drei Jahrmärkte werden mit den sie absichernden Privilegien Maximilians I. von 1497 und 1507 auf weniger als 20 Seiten behandelt (S. 322–340). Dabei wird der Begriff der Messe sehr zurückhaltend verwendet. Besondere Beachtung findet der Buchdruck (S. 341–351).

Der gelungene Band vertritt die Stadt Leipzig würdig im Konzert der großen Stadtgeschichten, die in letzter Zeit in Angriff genommen wurden (z. B. Aachen). Man kann auf die drei folgenden Bände gespannt sein.

MANFRED GROTEN

Bonn

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016



VSWG 103, 2016/4, 489–490

Christian Dirks / Jörg Pache / Thorsten Beck

**Aus Rot wird Braun. Die BVG 1929–1945**

Mitteldeutscher Verlag, Halle / Saale 2015, 128 S., 14,95 €.

Die Geschichte des Nahverkehrs in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ wurde bisher wissenschaftlich noch wenig bearbeitet. Randständig ist das Thema aber keineswegs. Neben verkehrs-, technik- und alltagsgeschichtlichen Fragen geht es beim Nahverkehr schließlich auch um Stadtplanung bzw. um die Nutzung des öffentlichen Raums. Zudem reflektieren die Leistungen staatlicher Verkehrsunternehmen im Rahmen der Daseinsvorsorge auf die jeweilige Politik, insbesondere in totalitären Regimen mit umfassenden Herrschafts- und Regelungsansprüchen. Eine übergeordnete und differenzierte NS-Verkehrspolitik hat sich allerdings nach 1933 nicht entwickelt. Generell ist Nahverkehr immer von den jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen geprägt, was seine Attraktivität als Forschungsgegenstand nicht unbedingt fördert.

Der vorliegende Band zur Geschichte der 1929 aus mehreren kleineren Unternehmen hervorgegangenen Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) bis 1945 wurde von Historikern eines Berliner Kommunikationsbüros im Nachgang zu einer Ausstellung erarbeitet und von den heutigen Berliner Verkehrsbetrieben herausgegeben. Die Darstellung richtet sich mit dem eher knapp gehaltenen Text, der durch rund 100 Fotos, Grafiken und Dokumente ergänzt wird, an ein breiteres Publikum.

Inhaltlich konzentrieren sich die Autoren auf politische Aspekte der Entwicklung der BVG und ihrer Belegschaft im „Dritten Reich“. Dabei werden die großen Linien durch die Schilderung von Einzelschicksalen veranschaulicht. Ausgeblendet bleiben Technik, Zukunftsplanungen, die wirtschaftliche Situation des Unternehmens, aber auch der größere Kontext Berliner Stadtgeschichte in der NS-Zeit.

Nach einer Einführung in die Entstehung der städtischen Verkehrsinfrastruktur wird zunächst die Gründung der BVG 1929 geschildert, die wesentlich auf den SPD-Politiker und ersten Aufsichtsratsvorsitzenden Ernst Reuter zurückging. Schon kurze Zeit später wurde die neue Gesellschaft von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erfasst. Entlassungen, längere Arbeitszeiten und Lohnkürzungen mündeten im November 1932 in den Berliner Verkehrsarbeiterstreik, der zwar rasch zusammenbrach, aber durch das Zusammenwirken von Kommunisten und Nationalsozialisten historische Bedeutung erlangte.

Die nationalsozialistische Machtübernahme im Reich und in Preußen blieb auch für die BVG nicht ohne Folgen: Ab April 1933 bestimmte Johannes Engel, NSDAP-Mitglied seit 1927, als neuer Aufsichtsratschef und „Staatskommissar für das Verkehrswesen in Berlin“ den Kurs des Unternehmens. Die Autoren schildern mit Fallbeispielen personelle Umbrüche – Entlassungen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden, Neueinstellungen „alter Kämpfer“ – auf allen Ebenen, einzelnen Widerstand gegen die Nazifizierung, die Einbindung der BVG in die symbolpolitischen und propagandistischen Aktivitäten des Regimes sowie die betriebliche Sozialpolitik in den 1930er Jahren.

In den Kriegsjahren war die BVG Teil der „Heimatfront“. Die Jahre ab 1939 waren geprägt von Personalnot und der zunehmenden Ausgrenzung jüdischer Fahrgäste. Ausführlich skizziert und mit detaillierten Zahlen belegt wird der Einsatz von über 4.000 Zwangsarbeitern, darunter rund

2.000 Dänen, die anspruchsvollere Tätigkeiten ausüben konnten und etwas besser behandelt wurden, und rund 1.200 „Ostarbeitern“ aus Polen und der Sowjetunion, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen besonders verheerend waren. Die Autoren schildern zudem die ab Januar 1943 zunehmenden Kriegszerstörungen durch den Luftkrieg und den „Notbetrieb“ der BVG während des Kampfes um Berlin im Frühjahr 1945. Die Darstellung schließt mit einem knappen Ausblick auf den Austausch von NS-Vorständen und belastetem Personal nach Kriegsende.

Dirks, Pache und Beck stützen sich auf das BVG-eigene Archiv, Bestände anderer Berliner Archive und zeitgenössische Veröffentlichungen, darunter die Betriebszeitschrift „Die Fahrt“. Allerdings werden im Wesentlichen nur die Zitate nachgewiesen. Die Autoren erheben nicht den Anspruch, eine umfassende, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Unternehmensgeschichte vorgelegt zu haben und sollten auch nicht daran gemessen werden. Die Hinweise auf die Unternehmensakten legen aber nahe, dass die Quellenlage für eine tiefergehende Erforschung der BVG günstig ist und damit Potenzial für eine breitere Kontextualisierung und auch für vergleichende Studien zum Nahverkehr in der NS-Zeit besteht.

CHRISTOPH STRUPP

Hamburg

VSWG 103, 2016/4, 490–491

Karl Ditt / Bernd Walter (Hg.)

**Westfalen in der Moderne 1815–2015. Geschichte einer Region**

Aschendorff, Münster 2015, 864 S., 29,95 €.

Nicht nur der im Jahr 1930 über den Kirchtürmen und der Barock- und Gründerzeitarchitektur Münsters schwebende Zeppelin, sondern auch das Nebeneinander von Straßenbahn und Pferdefuhrwerk versinnbildlichen auf dem Umschlagbild die bereits im Titel angegebene Richtung des umfangreichen Sammelbandes anlässlich des 200. Jubiläums der Gründung der Provinz Westfalen: die Geschichte der Region im Modernisierungsprozess. Dieser Aufgabe widmen sich 17 Autor / inn / en, zum größten Teil aus dem Münsteraner Institut für westfälische Regionalgeschichte, in 24 Beiträgen. Obwohl schon das Jubiläum auf Westfalen als klar definiertem Verwaltungsraum in Form einer preußischen Provinz und eines späteren Landesteils – unter Einschluss von Lippe – verweist, soll die Darstellung als Geschichte einer Region verstanden werden – mit entsprechenden Konsequenzen für das Verständnis von Raumkonstituierung, die sich nicht immer entlang administrativer Grenzziehungen vollzieht. Nicht nur an der Orientierung am gleichwohl in seinen Schattenseiten beschriebenen Modernisierungsparadigma, sondern auch in Aufbau, Themenwahl und Erzählperspektive lässt sich die gesellschaftsgeschichtliche Fundierung des Bandes erkennen. Die vier Dimensionen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, untergliedert in drei Großkapitel, sind in jeweils sieben bis acht Beiträgen aufgearbeitet. „Strukturen und Prozesse“ stehen im Mittelpunkt, „Individuen, Erfahrungen, Selbstzeugnisse und Ereignisse“ werden hingegen vernachlässigt – aufgrund der Vorgabe, in jedem Beitrag beide Jahrhunderte zu behandeln, so einleitend

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016



Karl Ditt. Ditt erhebt zudem den Anspruch, dass in dem für eine breite Leserschaft konzipierten Werk der landesgeschichtliche mit dem regionalgeschichtlichen Ansatz verbunden wird, also die Bedeutung der dargestellten Prozesse für die Region und für die allgemeine Geschichte im Auge behalten wird. Diesem Ansinnen kommen die meisten Beiträger nach, indem sie immer wieder die Heterogenität des Raumes verdeutlichen, insbesondere die Differenzen zwischen dem ländlich-agrarisch geprägten Westfalen und dem Teil des Ruhrgebietes, welcher einen beschleunigten Industrialisierungs- (und anschließenden Deindustrialisierungs-)prozess mit allen sozialen, politischen sowie kulturellen Konsequenzen erlebte. So können gerade dieser Heterogenität und Kleinteiligkeit regionale Sonderentwicklungen zugeschrieben werden. Als ein Beispiel wird angeführt, dass sich aufgrund des Fehlens eines eindeutigen Zentrums kein auch überregional wahrgenommenes Pressewesen ausbilden konnte, dafür jedoch ein trotz zunehmender Konzentration stark ausdifferenziertes Zeitungsangebot, das noch in den 1990er Jahren konkurrierende regionale Ausgaben produzierte und absetzte (Küster, S. 155, 159). Dass Westfalen mittlerweile mit 28 Universitäten und Hochschulen zu den „vielfältigsten und dichtesten Hochschullandschaften in Europa“ zählt (Paulus, S. 185), gehört sicher ebenso zu den Konsequenzen dieser regionalen Binnengliederung und Eigenentwicklungen wie das Nebeneinander von drei defizitären Flughäfen für Linien- und Charterverkehr in kommunaler Hand (Kopper, S. 232). Die Grenzen eines rein regionalgeschichtlichen Zugangs benennt Thomas Küster, wenn er die „Nationalisierung sozialer Standards“ in der Nachkriegszeit anspricht. Sind die Themenbereiche Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklung in Stadt und Land, wirtschaftliche Sektoren, Verkehr, Presse und Öffentlichkeit, Bildung, Religion sowie Kirche im Rahmen einer solchen Gesamtdarstellung kaum „verhandelbar“, so scheinen die Zugänge vor allem im Kapitel Kultur zwar nachvollziehbar, aber auch von eigenen Forschungsinteressen der Beiträger geleitet: Ditt behandelt in seinem diesen Part einleitenden Text „Kulturen“ auf der Grundlage ihrer sozialen Trägerschaft. Andere Texte befassen sich mit Jugend, Urbanität, Bauen und Wohnen, Massenkonsum; das Thema „Natur und Umwelt“ ist ebenfalls in diesen Komplex eingebunden.

Den Autoren gelingt so ein insgesamt vielschichtiger Zugang zum Thema, der – dank einer guten Redaktion – kaum Redundanzen enthält. Allerdings führt die Entscheidung, eine „regionale Makroperspektive“ einzunehmen, kaum auf Fallbeispiele und Ergebnisse vielfältig vorliegender Mikrostudien einzugehen und die Akteure weitgehend außer Acht zu lassen, über weite Strecken zu einem trockenen Leseerlebnis – nicht nur für den breiten Leserkreis, der ja angesprochen werden soll. Darüber hinaus vernachlässigt sie die Handlungsspielräume der Westfalen. Offensichtlich eine Folge der thematischen Untergliederung ist die Tatsache, dass wichtige Aspekte der Regionalgeschichte nicht ausreichend behandelt werden. So beschäftigen sich zwar alle Texte, die chronologisch vorgehen, mit der Relevanz des Nationalsozialismus für das jeweilige Themengebiet. Insgesamt aber ist dessen inhaltlicher Anteil, der fünf Prozent kaum übersteigen dürfte, für eine Darstellung, die „nur“ das 19. und 20. Jh. im Blick hat, zu gering. Nur wenig erfährt man über die Deportation, Ausraubung und Ermordung der Juden, noch weniger über Widerstand gegen das NS-Regime. Das ist schade.

GUNTER MAHLERWEIN  
Mainz



VSWG 103, 2016/4, 492–493

John Drendel (Hg.)

**Crisis in the Later Middle Ages. Beyond the Postan-Duby Paradigm**

(The Medieval Countryside 13). Brepols, Turnhout 2015, 363 S. (11 Grafiken, 23 Tab.), 112,33 €.

Mit erheblicher Verspätung macht der vorliegende Sammelband die Vorträge zugänglich, die auf der 2002 in Montreal veranstalteten Tagung „Postan-Duby: Le destin d'un paradigme historique / The Destiny of an Historical Paradigm“ gehalten wurden. Der Cambridger Wirtschaftshistoriker Michael M. Postan hatte in den 1960er Jahren für die Krise des Spätmittelalters ein von Thomas Malthus inspiriertes Erklärungsmodell propagiert, das in der englischsprachigen Forschung einerseits stark rezipiert, andererseits aber auch früh kritisiert wurde. Für Postan basierte die im frühen 14. Jh. ausbrechende Krise auf einem Missverhältnis von Bevölkerungswachstum und Ressourcenentwicklung in der Landwirtschaft während des 13. Jh. s. In Frankreich hatte Georges Dubys magistrale Überblicksdarstellung „L'économie rurale et la vie des campagnes dans l'Occident Médiéval“ von 1962 ebenfalls eine die nachfolgende Forschung prägende Wirkung. Der Tagung in Montreal ging es um eine – wenn auch respektvolle – Entzauberung der beiden „Riesen“, auf deren Schultern sich die Teilnehmer nicht mehr so recht wohlfühlten.

Richard Britnell arbeitet die Bereiche heraus, die Postan bewusst oder unbewusst unterbewertet hatte: das Stadt-Land-Verhältnis, Handel, Löhne und Preise, die Rezeption „städtischer“ Wirtschafts- und Finanzstrategien auf dem Land. Zum Thema Löhne und Preise steuert John Munro eine gut fundierte Analyse bei, die schon allein wegen ihrer umfangreichen Bibliographie Beachtung verdient (S. 127–194). Beiläufig sei bemerkt, dass allein Munro (neben Thierry Pécout) Wilhelm Abel, den deutschen Nestor der Krisenforschung, zur Kenntnis nimmt, ein bemerkenswertes Zeugnis für die immer noch vorherrschende nationale Gebundenheit der Forschung zur spätmittelalterlichen Krise. An den Defiziten des Postanschen Entwurfs arbeiten sich die weiteren englischen Beiträge ab. Christopher Dyer verweist auf die Bedeutung der Kleinstädte, John Langdon lenkt in Anlehnung an Schumpeter die Aufmerksamkeit auf Innovationen als krisendämpfende Faktoren. Philipp Schofield zeigt, dass „peasant economy“ durchaus flexibel auf Krisenphänomene reagieren konnte, und Anne Dewindt holt den Bauern sogar aus der Opferrolle gegenüber Grundherren, indem sie ihn als Akteur (peasant agency) und Schmied seines Glücks in Erscheinung treten lässt. Etwas isoliert steht der Aufsatz von Erik Thoen und Tim Soens über Flandern da, der zwei unterschiedliche agrarische Wirtschaftsstile in Küsten- und Binnenflandern (Commercial Business Economy gegen Commercial Survival Economy) aufzeigt.

Die französischen Beiträge behandeln ähnliche Themen wie die englischen, die meisten allerdings in Form von Untersuchungen zu bestimmten Regionen. Thierry Pécout präsentiert einen instruktiven Forschungsüberblick mit Hinweisen auf Desiderate bezüglich der Provence. Monique Burin behandelt das Languedoc, und Francine Michaud befasst sich mit der Lage der Arbeiter in Marseille im 14. Jh. Laure Verdon stellt eine wenig beachtete Quellengattung für das Roussillon vor: die 2011 edierten *capbreus* (von *caput breve*) des Königs Jakob II. von Mallorca (gest. 1311, Bruder Peters III. von Aragón), die auf Enqueten zu Grundbesitz und Renten beruhen und Einblicke in die (krisenhafte?) Situation der Landwirtschaft erlauben. Philippe Bernardi konzentriert sich auf die Produktion von Baumaterialien auf dem Land.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Die Studie von Constance H. Berman, die zunächst kaum einschlägig erscheint, weil sie sich mit der Agrarwirtschaft von Zisterzienserinnenklöstern in Nordfrankreich beschäftigt, beendet den Sammelband mit einem Paukenschlag. Berman versucht zu zeigen, dass das Jammern über Krisen (auf hohem Niveau, wie sie meint) in erster Linie die Sicht der Dinge einer kleinen Gruppe hoher Prälaten und anderer Großgrundbesitzer reflektiert, die die zeitgemäße Weiterentwicklung ihrer Wirtschaftsweise verschlafen hatten. Diese Perspektive verdient weitere Aufmerksamkeit.

Der ansprechend gestaltete Band eignet sich hervorragend als Rüstzeug für einen Einstieg in eine die einzelnen Forschungstraditionen überschreitende Auseinandersetzung mit dem für die Agrargeschichte des Spätmittelalters zentralen Thema Krise.

MANFRED GROTEN

Bonn

VSWG 103, 2016/4, 493–494

Hans-Jürgen Goertz

**Thomas Müntzer. Revolutionär am Ende der Zeiten. Eine Biographie**

Beck, München 2015, 352 S. (25 Abb., 1 Karte), 24,95 €.

In erster Auflage erschien das Buch 1989 unter dem Titel ‚Thomas Müntzer. Mystiker, Apokalyptiker, Revolutionär‘. Es 2015 in erweiterter Fassung und mit moderaten interpretatorischen Akzentverschiebungen erneut zu veröffentlichen, hat zunächst einen guten Grund. Im Lauf eines Vierteljahrhunderts ist auch in der Müntzerforschung etliches geschehen, das eine erweiterte Neuauflage allemal rechtfertigt. Vor allem aber: Die unverkennbare Lutherlastigkeit des einschlägigen Buchmarktes im Vorfeld des Jubiläumjahres 2017 bedarf des gegengewichtigen Hinweises auf die Vielfalt und Offenheit des Reformationsprozesses auch und gerade aus biographischer Perspektive.

Die Modifikation des Untertitels erfolgte mit Bedacht. Die Qualifikation Müntzers als Revolutionär lässt mehr Spielraum für die Analyse seiner denkerischen Entwicklung als die Fokussierung auf den Mystiker und Apokalyptiker. Zu Recht wird diese Fokussierung aber in der Überschrift des 12. Kapitels (13. Kapitel der 1989er-Ausgabe) beibehalten. Angesichts einer spärlichen Überlieferung, deretwegen Goertz interpretatorische Vor- und Umsicht walten lässt, angesichts vor allem aber der Hinweise auf die Vielfalt der entstehungs- und wirkungsgeschichtlichen Zusammenhänge der Theologie Müntzers ist jene Modifikation einerseits quellenkritischer Redlichkeit geschuldet, andererseits ein deutlicher Verweis darauf, die theologie- und ideengeschichtliche Reformationsforschung für die Pluralität dessen, was bis in die 1520er Jahre – und darüber hinaus – denkerisch möglich war, weit zu öffnen. Gerade das tut Goertz und trifft damit einen Forschungstrend, der seit einigen Jahren die Vielfalt der Reformation(-en) in den Mittelpunkt des Interesses stellt. Das Besondere ist freilich, dass dies biographisch fruchtbar gemacht wird.

Wie sensibel Goertz argumentiert, zeigt sich z. B. dort, wo er die Deutungsperspektiven auf Müntzer in die Beziehung von „objektiven und subjektiven Gesichtspunkten“ (S. 220) seiner Biographie setzt. Die Komplexität des Sowohl-als-auch in der Verbindung zwischen dem „Knecht

Gottes“ und dem „Revolutionär“ wird prägnant und doch ohne hermeneutische Überspannung herausgearbeitet. Dass die Beziehung zum spätmittelalterlichen Kommunalismus, im Sinn Peter Blickles, im wirkungsgeschichtlichen Kontext assoziiert wird, ohne indes die Differenzen zu verwischen, zeigt einerseits die Dimensionen der Verklammerung, andererseits die der Autonomie von sozial-, ideen- und geistesgeschichtlich fassbaren Handlungsebenen. Unter anderem das macht die Lektüre des Buches zu einem intellektuellen Vergnügen.

Dass es darum geht, Müntzer nachzuspüren und die Geschichte nicht vom wirklichen oder vermeintlichen Ergebnis her aufzuzäumen, zeigt eine wichtige Differenz zum Aufbau der ersten Auflage. Stand dort das Kapitel „Verzerrte Bilder“ zur Erinnerungskultur und zur historischen Müntzerforschung noch am Anfang, so ist es jetzt, in deutlich erweiterter Fassung, in den Anhang gerückt, wo sich auch ein weiteres Kapitel „Thomas Müntzer und die Theologie heute“ findet. Der Leser wird umfassend über die Müntzerhistoriographie informiert. Außerdem wird auch hier wieder die kreative Offenheit des Goertz'schen Ansatzes deutlich: „Die Konfrontation zwischen Müntzer und Luther, Reformation und Revolution, lässt sich nicht zugunsten der einen oder anderen Seite auflösen, sie bleibt ein Stachel im Fleisch des historischen Bewusstseins und wird immer wieder neue Zerrbilder hervorbringen.“ (S. 273 f.)

Man mag die eine oder andere Deutung zu weitgehend finden, so wenn Müntzer als Denker der „Volkssouveränität *avant la lettre*“ (S. 122) bezeichnet wird, wo es wohl eher angebracht wäre, ihn in die Entwicklungslinie des Widerstandsrechts zu stellen. Solcherart Überspitzungen können jedoch durchaus geeignet sein, wirkungsgeschichtliche Perspektiven zu erschließen, die erst über etliche Vermittlungsstationen ihr Denkpotehtial entfalten. Hans-Jürgen Goertz kann und will den „Stachel im Fleisch des historischen Bewusstseins“ nicht ziehen. Aber er sorgt dafür, dass die Wunde nicht eitert und mit Aussicht auf Erfolg weiter behandelt werden kann. Für die Entscheidung zur Neubearbeitung seines Müntzerbuches schuldet ihm die Reformationsforschung Respekt und Dankbarkeit.

OLAF MÖRKE

Kiel

VSWG 103, 2016/4, 494–495

Florian Hoof

**Engel der Effizienz. Eine Mediengeschichte der Unternehmensberatung**

Konstanz University Press, Paderborn 2015, 412 S., 32,90 €.

Die hier zu besprechende Studie bietet eine in weiten Teilen interessante, zuweilen auch irritierende Lektüre. Beginnen wir mit dem Interessanten. Hoof liefert streng genommen zwei Fallstudien. In der ersten analysiert er die sogenannte grafische Methode, die sich in der Mitte des 19. Jh.s etablierte und seitdem immer weiter ausgebaut wurde. Ihr Ziel war (und ist) es, in Unternehmen komplexe Prozesse so zu visualisieren, dass sie auf wenige Kernaspekte reduziert werden konnten, so dass sie sich nicht nur besser analysieren ließen, sondern auch innerhalb der Unternehmen die Kommunikation zwischen einzelnen Bereichen erleichterten.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Hoof betont die Bedeutung der grafischen Methode, etwa die Nutzung von Gantt Charts. Sie schaffe eine „eigene Sphäre der Erkenntnis“, sei „einerseits wissenschaftliche Methode“, „andererseits ein Anordnungssystem für intuitives, kreatives Denken“ (S. 100).

Visuelle Methoden nutzte die sich ab 1900 etablierende Unternehmensberatung sehr schnell. Einen Schritt weiter in der Nutzung von Medien ging der Unternehmensberater Frank Bunker Gilbreth (1868–1924), dessen Arbeit im Zentrum der vorliegenden Studie steht. Gilbreth zog ergänzend den Film, das Foto, die Cyclografie und Drahtmodelle heran. Einerseits dienten sie ihm dazu, Arbeitsabläufe, zunächst bei Bauarbeitern, später auch anderen Berufen, zu analysieren und zu optimieren, andererseits mit dieser Methode bei potentiellen Kunden für sich und sein Beratungsunternehmen zu werben. Gilbreth, der sich erfolglos als Bauunternehmer versucht hatte, war zwar in der Lage, sich in der etablierenden Szene der Unternehmensberater zu positionieren, zielte aber nicht vorrangig auf die Optimierung von Unternehmens-, sondern von Arbeitsabläufen, was leider in der Studie nicht hinreichend thematisiert wird. Hier fällt sofort die Nähe zu Taylor auf, die aber im Buch eher am Rande behandelt wird. Hoof betont vornehmlich die Unterschiede zwischen beiden, denn während Taylor auf die Disziplinierung der Arbeiter setzte, verfolgte Gilbreth einen partizipativen Ansatz, der die Betroffenen einbezog, um dadurch deren Leistungsfähigkeit zu steigern. Hierzu eignete sich wieder der Film gut, denn er diente nicht nur der Analyse von Bewegungsabläufen, sondern auch der Vermittlung der Ergebnisse.

Gilbreth hielt sich 1913/14 in Berlin auf, wo er Aufträge einzuwerben versuchte, aber auch häufiger Gast in den dortigen Kinos war. In einem Fall, der Auergesellschaft, vorher Deutsche Glasglühlicht-Anstalt, war er bei der Einwerbung des Auftrags erfolgreich, die Beratung dagegen misslang völlig. Das unter Laborbedingungen entwickelte Konzept scheiterte an der Praxis, hier besonders an der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Arbeiter und des mittleren Managements. Das zentrale Problem der Gesellschaft war allerdings die Umstellung auf neue Lampentypen, die elektrische Glühlampe begann gerade mit ihrem Siegeszug, und darauf war die Auergesellschaft nur unzureichend vorbereitet. Hoof ist aber derart auf die Methoden von Gilbreth und das *Visual Management* konzentriert, dass das inhaltliche Problem – Einführung neuer erfolgreicher Produkte statt der Optimierung von Arbeitsabläufen – nicht thematisiert wird. Nur deshalb kann der Autor von einem „erfolgreichen Scheitern“ schreiben (S. 318). Gerade in diesem Teil der Studie wäre eine stärkere Auseinandersetzung mit den betrieblichen und unternehmerischen Verhältnissen notwendig gewesen.

Den Fallstudien vorangestellt sind, wie eingangs bemerkt, eine sehr umfangreiche Einleitung sowie ein ausführliches Kapitel zum *Visual Management*, ehe etwa zur Hälfte des Buches die im Zentrum stehende Auseinandersetzung mit Gilbreth folgt. Da aber auch hier immer wieder Bezüge zum *Visual Management* hergestellt werden, ergeben sich unnötige Doppelungen. Zudem fehlt mir eine stärkere Distanz zum „Helden“ der Geschichte. Die Grenzen der Gilbreth'schen Methoden treten zwar bei der Lektüre offen zutage, werden aber vom Autor nicht thematisiert. Gleichwohl handelt es sich um ein in weiten Teilen anregendes Buch zur frühen Unternehmensberatung in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jh. s.

KARL HEINZ SCHNEIDER  
Hannover

VSWG 103, 2016/4, 496

Dennis Hormuth

**Das Memorialbuch der Ältestenbank der Großen Gilde zu Riga 1677–1702**  
(Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 8). Herder-Institut,  
Marburg 2015, 504 S. (3 Abb.), 63,00 €.

Der Verfasser hat sich der mühsamen, aber verdienstvollen Aufgabe unterzogen, das Memorialbuch der Ältestenbank der Großen Gilde zu Riga über einen Zeitraum von 25 Jahren zu edieren. Die Editionsprinzipien werden ausführlich dargestellt. Bei der Ältestenbank handelte es sich um das Leitungsgremium der Großen Gilde, die sich überwiegend aus Kaufleuten zusammensetzte, der aber auch Juristen, Apotheker, Goldschmiede etc. angehörten. Politisch rangierte sie im Machtgefüge der Stadt an zweiter Stelle nach dem Rat und vor der Kleinen Gilde als der Vereinigung der Handwerker. Das Memorialbuch diente vornehmlich der Erinnerung an Beschlussfassungen, da die zuvor nur mündlich tradierte Überlieferung zu Unsicherheiten geführt hatte; drei Schreiber konnten für den Zeitraum identifiziert werden. Bei den protokollierten jährlichen Sitzungen, deren Zahl zwischen einer und 19 schwankten, lassen die Ergebnisprotokolle allerdings nur teilweise die Entscheidungsprozesse erkennen; es galt grundsätzlich das Mehrheitsprinzip. Neben den Interna der Großen Gilde ermöglicht das Memorialbuch auch vielfältige Einblicke in die städtische Verwaltung und Politik, gelegentlich ebensolche in das alltägliche Leben. Auch geschäftliche Transaktionen, Konflikte und Forderungen an den Stadtrat oder an höherrangige politische Institutionen fanden ihren Niederschlag. Der Verfasser charakterisiert die bisherige Wahrnehmung der Großen Gilde – trotz ihrer großen Bedeutung für Riga – selbst in der einschlägigen Forschung als marginal. Die Anzahl der Mitglieder dieser durchaus exklusiven Vereinigung lässt sich nur grob schätzen, sie dürfte im letzten Viertel des 17. Jh.s bei etwa 450 gelegen haben, bei einer Einwohnerzahl – mitsamt den Vorstädten und der schwedischen Garnison – von wahrscheinlich 20.000 Menschen. Präzise analysiert Hormuth die Binnenstrukturen der Gilde, die einzelnen Ämter sowie die gemeinsamen Mahlzeiten, das Verhältnis zur Bürgerschaft sowie zur Stadtverwaltung; zudem verweist der Verfasser auf weitere Organisationsformen der Kaufleute unterhalb der Ebene der Gilde. Die Aufgabengebiete lassen sich in berufsständische, politische, sozial-karitative und gesellschaftliche differenzieren, von denen das erstgenannte im Mittelpunkt steht. So vertrat die Große Gilde die Interessen der Kaufleute gegenüber der Stadt und dem schwedischen König bzw. dessen Vertreter sowie weiteren Institutionen. Falls ein Gildemitglied in den Rat gelangte, musste er die Mitgliedschaft in der Gilde aufgeben. Wichtige stadtpolitische Entscheidungen wurden von Rat, Großer und Kleiner Gilde gemeinsam absegnet; als ausreichend galt allerdings die Zustimmung von nur zwei Organen. Ebenso kontrollierten Vertreter der beiden Gilden mittels des Stadtkastenkollegiums, in welchem sie die Mehrheit stellten, die Kommunalfinanzen. Bei dem heute noch existenten Haus der Großen Gilde handelt es sich aber um einen Neubau der zweiten Hälfte des 19. Jh.s, wie der Vorgängerbau am Rande der Altstadt gelegen. Ein Orts- und ein Personenregister runden die gelungene Edition ab, die hoffentlich zu weiteren Forschungen anregt.

BERND FUHRMANN

Öhringen

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016



VSWG 103, 2016/4, 497–498

Christof Jeggler u. a. (Hg.)

**Luxusgegenstände und Kunstwerke vom Mittelalter bis zur Gegenwart.**

**Produktion – Handel – Formen der Aneignung**

(Irseer Schriften N. F. 8). UVK, Konstanz 2015, 557 S. (zahlr. Abb., Personen- u. Ortsregister), 69,00 €.

Dieser Sammelband geht auf zwei Tagungen an der Schwabenakademie Irsee und der Universität Trier im Jahre 2008 zurück. Er vereinigt 26, nach unterschiedlichen systematischen Gesichtspunkten geordnete Beiträge einer interdisziplinären und internationalen Autorenschaft. Diese betrachtet die Thematik unter einer gewissen Dominanz der Kunstgeschichte von der Renaissance bis in die Moderne mit räumlichem Schwerpunkt auf Italien und den Niederlanden – zweifellos prägenden europäischen Innovationslandschaften: Gegenstandsbereiche wie Kleidung, Stoffe, Geschirr, Schmuck, Modeaccessoires, Skulpturen, Gemälde, Handschriften und Gärten werden unter vielerlei miteinander verwobenen und korrespondierenden Aspekten der Ästhetik, der Erzeugung, der Diffusion und des Marktes, des Konsums, der sozialen Verortung und Funktion, der kulturellen Relevanz und Inwertsetzung in den Blick genommen. Die Überlegungen ranken sich vornehmlich um das Objekt in seinen unterschiedlichen Erscheinungs- und Bedeutungsformen als Kunstwerk, das nicht per se auch als Luxusgegenstand gelten kann. So ist durchgängiges Leitmotiv des Bandes die Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen beiden und den Ursachen sowie Bedingungen für die Verschiebung der Bewertungsmaßstäbe und der entsprechenden Zuschreibung. Es geht dabei immer um die Verfügbarkeit der Dinge und die Verfügungsmacht darüber. Diese Tatsache verweist auf die für die Bewertung bedeutsame immaterielle Seite des Phänomens, die, hier noch wenig expliziert, eine dritte Tagung evozieren möchte. Soviel nur: Die Verfügung über das Luxusgut Zeit, die Voraussetzung für Entfaltung von Luxus, ist schon vor Jahren in ökonomischen Produktionskontexten etwa unter dem Stichwort der Mußpräferenz diskutiert worden. Dass letztlich Fragen der Bewertung und der sozialen Akzeptanz entscheidend sind, dafür sensibilisiert der Komplementärbegriff von Luxus, der eben nicht per se mit Verschwendung gleichzusetzen ist. Bezeichnenderweise wird diese allgemeine Begriffsdiskussion von einem Soziologen (Michael Jäckel) geführt, freilich nehmen die Beiträge dessen Überlegungen nicht immer auf.

Die Klammer des Bandes bildet einerseits die Einleitung der beiden Mitherausgeber Mark Häberlein und Christof Jeggler. Hier werden der thematische Kontext abgesprochen und das breite Spektrum der einschlägigen Forschung entfaltet – eine nützliche Basis künftiger Beschäftigung mit dem Gegenstand. Andererseits sucht der schließende Beitrag von Jeggler die vielfältigen Objektbereiche und Betrachtungsdimensionen aufeinander zu beziehen und die Ergebnisse der Einzelbeiträge zu bündeln. Wenn das Fazit lautet, dass letztlich der Gebrauch des Objektes über dessen Charakter als Luxus- oder schlicht Gebrauchsgegenstand bestimmt, d. h. soziale Praktiken und Produktqualität einem Objekt diesen Status zuschreiben, so wird zugleich auf die historische Wandelbarkeit solcher Prozesse und den medialen Charakter von Luxusgegenständen im kommunikativen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Aushandlungs- und Distinktionsprozess verwiesen. Der trotz einiger ökonomischer Klärungsbemühungen – insbesondere seit dem späten 17. Jh. – schillernde Luxusbegriff erhält mit diesen Überlegungen durchaus eine Handhabbarkeit, die auch

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

den mit Tugend und Sünde konnotierten älteren zu umfassen in der Lage ist und damit auch eine stets begleitende moralische Kritik anspricht.

Nun beschäftigt sich freilich der vorliegende Sammelband über Luxusgegenstände hinaus auch mit Kunstwerken, die, wie viele Beispiele vor Augen führen, nicht per se das Etikett Luxus verdienen, einerseits situativ und akzidentiell die mangelnde Trennschärfe des Begriffes vorführen, andererseits dadurch gerade auf die primäre oder sekundäre Genese eines Luxusgegenstandes verweisen. Hierbei spielen die Produktionsbedingungen in weitestem Sinne eine entscheidende Rolle – die kulturellen (z. B. Auftragsvergabe, Vorbildhaftigkeit, „imitatio“, Geschmack, Mode, Sozialprestige, Repräsentation), die wirtschaftlichen (Angebot, Nachfrage, Markt, Preis, Innovationspotential) und die technischen (Einzelfertigung, Massenproduktion, Standardisierung, technische Reproduktion). Insofern erscheint auch die Vereinigung der beiden Hauptgegenstände des Sammelbandes, Luxus und Kunst, durchaus plausibel, ja begründet ein fruchtbares Spannungsverhältnis. Wie die gegenwärtige wird jede Epoche aus der je eigenen Sichtweise und dem je eigenen Selbstverständnis sich der komplexen Thematik wieder annehmen müssen – dies ist überhaupt die stete Legitimation für die Beschäftigung mit der Vergangenheit –, man bedenke etwa die aktuellen Leitbegriffe Ökologie und Globalisierung, die die Maßstäbe für Luxus und Verschwendung verändern müssen. Entsprechend leistet der vorliegende Band auch eine höchst instruktive theoretisch-methodische Bestandsaufnahme für das frühe 21. Jh.

FRANK GÖTTMANN  
Paderborn

VSWG 103, 2016/4, 498–499

Nina Kleinöder

**Unternehmen und Sicherheit. Strukturen, Akteure und Verflechtungsprozesse im betrieblichen Arbeitsschutz der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie nach 1945**

(Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 234). Steiner, Stuttgart 2015, 384 S., 62,00 €.

Die August Thyssen-Hütte bezifferte im Jahr 1970 den durch Arbeitsunfälle entstandenen Gesamtverlust auf fast 34 Millionen DM – immerhin „beinahe ein Prozent des gesamten Umsatzes“ und damit Grund genug für das Unternehmen, „mit konzentrierter Energie“ gegen diese Unfälle vorzugehen. Die Autorin verfolgt in ihrer von Susanne Hilger betreuten Dissertation das doppelte Ziel, zum einen mittels einer unternehmenshistorischen Analyse den „Wandel der Arbeitsschutzmittel und der persönlichen Schutzausrüstungen sowie die wachsende Bedeutung der Arbeitsgestaltung für den betrieblichen Arbeitsschutz“ in der Eisen- und Stahlindustrie nachzuzeichnen (S. 22), zum anderen die „Strukturen gesellschaftlicher, politischer, wissenschaftlicher und institutioneller Einflüsse und Rückwirkungen auf den betrieblichen Arbeitsschutz“ zu untersuchen (S. 23). Ihr Interesse gilt dabei insbesondere den Wechselwirkungen zwischen den Motiven entsprechender

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

betrieblicher Maßnahmen, deren Auswirkungen und den dadurch provozierten Reaktionen – nicht zuletzt im Zusammenspiel mit einer „zunehmenden staatlichen Reglementierung“ – und einer „Verwissenschaftlichung der Unfall-Problematik“. Kleinöders zentrale These lautet, „dass sich der betriebliche Arbeitsschutz spätestens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem umfassenden, präventiv angelegten Gesundheitsschutz ausdifferenzierte“ (S. 23).

Obwohl dieses Untersuchungsfeld keineswegs gänzlich unbeackert ist, betritt die Autorin insofern Neuland, als sie die gängige Sicht einer dualen Struktur des Arbeitsschutzsystems in Deutschland – staatliche Instanzen und Gesetzgebung auf der einen, Versicherungsträger wie Berufsgenossenschaften und technische Überwachungsstellen auf der anderen Seite – um eine „dritte Säule“ erweitert. Sie konzentriert sich nämlich auf die Unternehmen und den betrieblichen Arbeitsschutz, konkret auf Akteure der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite sowie Sicherheitsfachkräfte und Werksärzte. Diesem Ansatz entsprechend stützt sie sich vor allem auf Unternehmens- und Wirtschaftsarchive (Krupp, Salzgitter/Mannesmann, ThyssenKrupp, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv), aber auch auf den Bestand der IG Metall im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie auf einschlägige Bestände im Bundesarchiv, im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und im Historischen Archiv der Europäischen Kommission in Brüssel.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Der erste setzt verdienstvollerweise bereits in den 1920er Jahren ein und gründet nicht allein auf einer Zusammenfassung der bisherigen Forschung, sondern bezieht auch Archivmaterial ein. Kontinuitäten und Diskontinuitäten lassen sich dadurch leichter identifizieren. So reisten bereits in den 1920er Jahren einzelne Ingenieure zu Studienzwecken in die USA. Die „Konzepte der amerikanischen ‚Safety First‘-Bewegung“ spielten laut Kleinöder sogar eine herausragende Rolle im Zusammenhang der „neuen Dynamik“ der Bestrebungen zur Unfallverhütung. Sie konstatiert eine „nachhaltige Wirkung“ der amerikanischen Konzepte auf Unternehmensebene, „die sich langfristig weniger als Kopie, sondern als Adaption im Systemvergleich niederschlug“ (S. 72). Das dritte Kapitel behandelt unter den Stichworten „Kontinuität“ und „Ausbau“ die Formalisierung des Arbeitsschutzes zwischen 1945 und dem Ende der 1960er Jahre. Besonderes Augenmerk legt die Autorin dabei auf die deutsch-amerikanische und – vermittelt durch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – europäische Vernetzung der betrieblichen Akteure, auf deren wachsende Professionalisierung sowie die Auswirkungen der Mitbestimmung auf den betrieblichen Arbeitsschutz. Im vierten Teil widmet sich Kleinöder den 1970er und 1980er Jahren, die sie durch einen Übergang zum präventiven Arbeitsschutz und zu einem „umfassenderen Verständnis von ‚Humanisierung‘ und Gesundheit am Arbeitsplatz“ gekennzeichnet sieht (S. 317). Mit der Ergonomie entstand an der Schnittstelle von „Arbeitsschutz und Gesundheit ein eigener anwendungsbezogener Arbeitsbereich“ (S. 265).

Obwohl die Materie auf den ersten Blick alles andere als aufregend erscheint, ist der Autorin eine interessante, in vielerlei Hinsicht anschlussfähige Studie gelungen. Erwähnt seien nur die Debatten über Amerikanisierung, die „Varieties of Capitalism“-Theorie oder die Strukturbruchthese. Zu kurz kommen, zumindest im Vergleich mit den Arbeitsdirektoren, lediglich die Interessen und Motive der „Bosse“. Gleichwohl: eine beeindruckende Arbeit.

WERNER BÜHRER  
München

VSWG 103, 2016/4, 500–501

Daniel Krämer

**„Menschen grasten nun mit dem Vieh“. Die letzte grosse Hungerkrise der Schweiz 1816/17**

(Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte 4). Schwabe, Basel 2015, 527 S. (42 Abb., 6 Klapptafeln), 98,00 €.

Diese als Dissertation bei Christian Pfister entstandene Studie untersucht die auf den Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora 1815 zurückgehende klimatische und demographische Krise der Jahre 1816/17 in der Schweiz. Das Buch verbindet eine theoretische Einführung in die klima- und umwelthistorische Hungerforschung mit einer empirischen Untersuchung der regionalen Krisenempfindlichkeit („Verletzlichkeit“).

Krämer geht das Thema der „Verletzlichkeit“ anders an, als Leser aus dem Umfeld der historisch-ökonomischen Demographie es erwarten würden, etwa wenn man Studien wie „Life under Pressure“ kennt (so der Titel des von Krämer nicht zitierten ersten Bands des in diesem Feld führenden Eurasia Population and Family History Project). Aus dieser Sicht zentrale Analyseschritte bleiben schlichtweg aus, und zwar auf theoretischer sowie empirischer Ebene: keine empirische Analyse der malthusianischen „Feedbacks“, positiven und präventiven „Checks“, keine Einbettung in die theoretische Debatte zur Protoindustrialisierung und Marktintegration (die inhaltlich-geographisch dann eine durchaus gewichtige Rolle spielt), keine über Deskriptivstatistik hinausgehende quantitative Datenanalyse. Dem Skeptizismus ökonomisch-demographisch ausgerichteter Wirtschaftshistoriker wie (des auf S. 186 f. zitierten) Jan de Vries, wonach die Geschichte klimatischer Schocks für die Wirtschaftsgeschichte nur von ephemerer Bedeutung sei, ähnlich wie Bankraub für die Geschichte des Bankwesens – dieser Skepsis begegnet Krämer nicht offensiv.

Dennoch lohnt die Lektüre ungemein, und zwar nicht allein, weil Krämer gut – genauer: narrativ und synthetisch – schreibt, mit dem unausgesprochenen Ziel, dem Leser ein durchdachtes Gesamtbild eines Ereignisses von unerhörtem Gewicht in seinen Zusammenhängen zu vermitteln. Er entfaltet dabei Themen, etwa zur politischen Ökonomie von Getreidemärkten, die in der demographischen Forschung in dieser Konsequenz, Systematik und Kontextualisierung kaum bedacht werden. Der theoretische Hintergrund der Studie besteht nicht im nur punktuell rezipierten Post-Malthusianismus der Cambridge School, sondern in der Umweltgeschichte und in der aktuellen Klimaforschung. Es sind im langen ersten Teil (etwa der Hälfte des Buches) diese Konzepte, die erläutert werden, und zwar vom klimatologischen Konzept der „Verletzlichkeit“ (die sich aber auf Einzelereignisse bezieht, nicht wie „Empfindlichkeit“ oder „Check“ auf über die mittlere Frist hinweg gemessene Reaktionsintensitäten) über Angebots- und Entitlement-Theorien bis zur moralischen Ökonomie.

Umgesetzt werden diese Konzepte am Gegenstand der Schweiz, die in Kapitel 4 als Untersuchungsfeld beschrieben wird: politisch vor allem im Hinblick auf ihre großen Schwierigkeiten, Hungerpolitik zu koordinieren, agrarhistorisch – sehr lohnend: die kurzen Exkurse zu Erntejahr sowie Getreidelagerung – und gewerbehistorisch. Krämers Blick auf die Protoindustrie – auch in den nachfolgenden Kapiteln – beruht leider nicht gerade auf intensiver Kenntnis der Forschungsdiskussion; er neigt auch arg dazu, zeitgenössische Perspektiven zu übernehmen – ob man wohl

wirklich Klagen, im protoindustrialisierten Glarus heirateten die Knaben und Töchter mit 16, für bare Münze nehmen muss (S. 387)? Kapitel 5 versucht, Hunger aus mehreren zeitlichen Perspektiven zu „messen“: Preise, Sterblichkeit, Fertilität, Kleinkriminalität und Körpergrößen werden als Krisenindikatoren genutzt. Kapitel 6 führt die räumliche Sicht ein, im Anschluss an ältere Analysen zu den Agrarzonen oder Ökotypen der Schweiz, und nutzt dazu die Alterszusammensetzung der schweizweiten Volkszählung von 1860, indem Regionen mit besonders schwach besetzten Geburtsjahrgängen der Krisenjahre als von der Krise besonders heftig betroffen erscheinen. Hinter der Einstufung steht eine (nicht dokumentierte) Regression, was die Frage aufwirft, ob nicht multivariate Regressionsverfahren auch zur inhaltlichen, multifaktoriellen Analyse der so erarbeiteten räumlichen Verteilung von sozialer „Verletzlichkeit“ hätten herangezogen werden können. Als Gesamtbild entsteht der Eindruck einer „nach drei Dimensionen variierenden „Verletzlichkeit“: ein Ost-West-Muster, weil die alten, lange schon sehr marktabhängigen protoindustriellen Gebiete im Osten stärker getroffen wurden als die weniger tiefgehend protoindustrialisierten Regionen im Westen; ein Stadt-Land-Muster, weil Städte auf ihr Umland angewiesen waren und Bedürftige anzogen; und ein Zentrum-Peripherie-Muster mit relativ unempfindlichen Regionen in peripheren Lagen, die sich durch einen Mangel an Infrastruktur, Bevölkerung, Gewerbe sowie Kapital auszeichneten und tendenziell von Märkten vor allem der Protoindustrie abgekoppelt blieben.

Gesamteindruck aus der Perspektive eines Lesers, der – ähnlich wie der zitierte Jan de Vries – nicht aus der Klima- und Umweltgeschichte, sondern eher aus der historisch-ökonomischen Demographie kommt und inhaltlich wie methodisch andere Wege gehen wie auch erwarten würde, der z. B. Regressionstabellen leichter zu lesen weiß als Landkarten, der beim Thema Protoindustrie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Medick, Mager oder Mendels erwarten würde und der die Empfindlichkeitsfrage (mit Bengtsson) nicht als Frage von großen Ereignissen und ihren Kontexten, sondern als Frage dauerhafter Strukturen sieht: Es lohnt sich sehr, auch Arbeiten aus dieser „anderen“, klima- und umwelthistorischen Richtung zu lesen.

GEORG FERTIG  
Halle (Saale)

VSWG 103, 2016/4, 501–502

Martin Kukowski / Rudolf Boch

**Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz bei der Auto Union AG Chemnitz im Zweiten Weltkrieg**

(Beiträge zur Unternehmensgeschichte 34). Steiner, Stuttgart 2014, 518 S., 75,00 €.

In ihrer Studie über die Auto-Union AG geht es den Autoren um die Einbindung des Unternehmens in die Kriegswirtschaft im Allgemeinen und in den massenhaften Einsatz von Zwangsarbeitern, insbesondere auch KZ-Häftlingen, im Besonderen.

Die Auto-Union war eine Krisengründung der sächsischen Automobilindustrie aus dem Jahre 1932. Seitdem hing das Unternehmen von der Sächsischen Staatsbank und Landesbürgschaften des

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Freistaats Sachsen ab, der in Person des sächsischen Reichsstatthalters Martin Mutschmann und des sächsischen Wirtschafts- und Arbeitsministers Georg Lenk vor allem in den ersten Jahren kräftig in das Unternehmen hineinregierte. Mit Richard Bruhn und William Werner installierten sie Vorstände, die das Unternehmen (weitgehend) in ihrem Sinne führten. Nach Kriegsbeginn ging der Einfluss aus Dresden massiv zugunsten der Rüstungsbürokratie in Berlin zurück.

Kukowski und Boch beschreiben sehr ausführlich und detailreich, wie sich die Auto-Union unter den geänderten Rahmenbedingungen durch den Zweiten Weltkrieg lavierte. Beim geplanten Einstieg in den Nutzfahrzeugbau pokerte das Unternehmen zu hoch, ignorierte Warnungen, dass sein geplantes Modell nicht in die Rüstungsplanung passe und musste letztlich das technisch unterlegene Modell des Steyr-Lkw nachbauen. Im Luftfahrtbereich agierte der Konzern mit den von ihm initiierten Mitteldeutschen Motorenwerken geschickter. Mit dem Speerschen System der Selbstorganisation der Wirtschaft gewann die Auto-Union viel Handlungsspielraum zurück. Das Unternehmen stellte nun in großem Umfang Panzermotoren her, zunächst im Werk Siegmar. In den Jahren 1942 bis 1944, so konstatieren die Autoren, glich sich der Anteil der ausländischen Zwangsarbeiter an der Gesamtbelegschaft der Auto-Union den Werten der wichtigsten Konkurrenten wie etwa Daimler-Benz und BMW an. Mitte 1944 begann der Einsatz von KZ-Häftlingen bei der Auto-Union, wiederum vor allem im Werk Siegmar. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser (wie auch der anderen) Zwangsarbeiter gestalteten sich ähnlich schlecht wie in den anderen genannten Unternehmen. Nach der Zerstörung des Werks Siegmar im September 1944 sollte die Produktion in einer Stollenanlage im böhmischen Leitmeritz fortgesetzt werden. Für deren Ausbau setzte die SS etwa 18.000 KZ-Häftlinge unter mörderischen Bedingungen ein. Während die Autoren die unmenschlichen Lebensbedingungen dieser Häftlinge nicht bestreiten und auch nicht, dass Richard Bruhn bei der SS einen schnelleren Baufortschritt anmahnte, unternehmen sie einige Klimmzüge, um zu begründen, weshalb man diese Häftlinge nicht dem Auto-Union-Konzern zurechnen sollte, wobei sie in juristische Argumentationsmuster verfallen (S. 478), die eigentlich nicht mehr üblich sind. Die Initiative des KZ-Einsatzes verurten die Autoren in ihrer Zusammenfassung bei der Auto-Union (S. 476), schreiben aber an anderer Stelle, dass „so ganz freiwillig der Einsatz der KZ-Häftlinge bei der Auto Union übrigens nicht“ erfolgt sei (S. 375). Die nachfolgende Quellenexegese lässt den Leser etwas ratlos und jedenfalls wenig überzeugt zurück. Es bleibt ein unangenehmer Beigeschmack, wenn es den Autoren immer wieder darum geht nachzuweisen, dass die Zustände bei der Auto-Union zwar schlimm, aber nicht schlimmer als bei anderen Unternehmen der Branche gewesen seien.

Alles in allem liegt nun aber eine umfassende Studie über die Auto-Union vor, womit in der Geschichte der deutschen Automobilindustrie im „Dritten Reich“ eine der größeren Lücken geschlossen sein dürfte. Es bleibt zu hoffen, dass damit die Pläne des Piëch-Konzerns, seine Automobil-Interessen unter dem Dach einer wiederbelebten Auto-Union-Marke zu vereinigen und damit an vermeintlich gute alte Traditionen anzuknüpfen, endgültig ad acta gelegt sind.

MARK SPOERER

Regensburg





VSWG 103, 2016/4, 503

Muriel Le Roux (Hg.)

**Post Offices of Europe. 18th–21st Century. A Comparative History**

(History of Post Offices and Communications 1). Lang, Bruxelles u. a. 2014, 571 S., 77,17 €.

Man mag über dieses Sammelwerk geteilter Meinung sein. Einerseits kann man es für längst überfällig halten, weil eine vergleichende europäische Postgeschichte bislang fehlte. Andererseits kann man es als überflüssig betrachten, da man mit ihm das Desiderat immer noch nicht eingelöst sieht. Die Tagung, auf die sich der Sammelband zurückführen lässt, fand 2004 als internationale Konferenz der Postgeschichte in Paris statt. 2007 wurde die erste Auflage veröffentlicht, 2014 die hier besprochene zweite.

Das Buch hat einen überdeutlichen Frankreich-Schwerpunkt. Deutschland kommt, bis auf einen Artikel, in dem Klaus Beyrer seine Monographie zur Postgeschichte zusammenfasst, so gut wie nicht vor. Neben Frankreich gilt größeres Augenmerk den südeuropäischen Mittelmeer-Anrainern Italien und Spanien. Skandinavien und Russland werden in einzelnen Beiträgen thematisiert, Großbritannien und Osteuropa hingegen kaum. Kanada, bis zum Siebenjährigen Krieg französisches Überseeterritorium, wird in zwei Aufsätzen behandelt. Der erste von beiden zählt zu den interessantesten des Bandes. Zeitlich liegen die Schwerpunkte auf dem 18. und 19. Jh., aber auch dem 20. und – naturgemäß in Form eines Ausblicks – dem 21. Jh. widmen sich einige Beiträge.

Die thematische Bandbreite ist groß und heterogen: Einzelne Artikel verstehen sich als Archäologie der Poststationen. Ein eher geographie-wissenschaftlicher Beitrag, mit GIS-gestützter Erhebung, zählt hier zu den interessanten Originalforschungen. Andere Beiträge behandeln die Posthistoriografie. Daneben findet man Artikel, die komparatistisch die Entwicklung des Postaufkommens nachzeichnen – anhand allgemein zugänglicher statistischer Erhebungen. In einem weiteren Aufsatz wird Postgeschichte als Schlüssel zur Verwaltungsgeschichte des französischen Departements d'Isere gelesen. Daneben gibt es Untersuchungen zur Mitarbeiterführung in der zweiten Hälfte des 20. Jh.s im Großraum Paris, zur Sonntagspost und zur Zensurgeschichte der Post im 20. Jh. in Krieg, Kaltem Krieg und Frieden. Die Subventionierung der Überseepostdienste kommt ebenso vor wie eine angerissene Geschichte der Deregulierung in neuester Zeit.

Manche Beiträge sind *ad fontes*, andere referieren den Forschungsstand, dritte sind aus Qualifikationsprojekten erwachsen. Die Bebilderung der Artikel ist uneinheitlich; manche Abbildungen sind unscharf und daher kaum nutzbar.

Kurzum, der Band verspricht im Titel erheblich mehr als er tatsächlich einlöst. Hätte er den Anspruch verwirklicht, hätte er zu einem Standardwerk werden können. So ist der Sammelband in Teilen zwar durchaus interessant, jedoch an vielen Stellen unsystematisch. Daher bleibt das Desiderat einer vergleichenden, systematischen, europäischen Postgeschichte der Neuzeit leider weiterhin bestehen.

RUDOLF STÖBER  
Bamberg



VSWG 103, 2016/4, 504–505

Uwe Lindemann

### **Das Warenhaus. Schauplatz der Moderne**

Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2015, 377 S. (5 Abb.), 49,90 €.

Der Band ist das Ergebnis des Forschungsprojektes „Warenhausliteratur und Konsumkultur zwischen 1880 und 1930“, das durch die DFG finanziert wurde. Der Autor befasst sich aus literaturwissenschaftlicher Perspektive mit der berühmt-berüchtigten „Warenhausdebatte“, die inzwischen durch eine Reihe von Studien – unter anderem durch den Rezensenten selbst – als relativ gut erforscht gelten kann. Auch die eingangs doch recht knappe Herleitung des Forschungsgebietes bewegt sich auf weitgehend bekanntem Terrain: Das Warenhaus war – nach weitgehend einhelliger Forschungsmeinung – ein wesentliches Sub- und Objekt der Etablierung einer modernen Konsumkultur nicht allein im deutschsprachigen Raum. Darüber hinaus war es ein gesellschaftliches Symbol, mit dem über die umfassenden kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen gestritten werden konnte, die sich bereits vor dem Durchbruch der industriellen Massengesellschaft anzudeuten begannen. Das innovative Potential der Betriebsform „Warenhaus“ und dessen gesellschaftlicher Symbolcharakter liefen dann allmählich aus. Den dafür maßgeblichen Zeitraum seit den 1930er Jahren nimmt Lindemann leider nicht in seine Betrachtung auf.

Ob man das Warenhaus jedoch wirklich zu einem Symbol der „Moderne“ erklären sollte, wie Lindemann dies unternimmt, mag dahingestellt bleiben, zumal etwa die Geschichtswissenschaft in der Auseinandersetzung mit den Modernisierungstheorien bei diesem Begriff inzwischen Vorsicht walten lässt. Aus dieser Perspektive erscheint die Moderne eher ein Konstrukt der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen zu sein und taugt somit nicht recht für die Selbstbeschreibung der gesellschaftlichen Zustände vor dieser Zeit. Auch die von Lindemann verwendete Materialbasis ist nicht unbedingt innovativ: Er bezieht sich auf den weitgehend bekannten Korpus von literarischen Verarbeitungen des Warenhauses seit den 1880er Jahren, und er behandelt dann die zeitgleich aufkeimende sozialwissenschaftliche Befassung mit dem Thema, die ebenfalls etwa durch Lenz gut untersucht ist, mit der gleichen Messlatte. Damit wird durchaus ein methodisches Problem in der Arbeit erkennbar bzw. die vielleicht ungenügende Erkenntnis, dass sich zwar Nationalökonomien wie Sombart und andere anfänglich von den Literaten inspirieren ließen, mit Blick auf Ansichten und Methoden aber zunehmend eigene Wege gingen und Theorien entwickelten, die heute noch der empirischen Überprüfung standzuhalten versuchen. Gerade diese Transformation der Warenhausdebatte von einer literarischen in eine wissenschaftliche macht ihre besondere Charakteristik aus und ist zudem ein wirklicher Indikator für die Modernisierungsleistung, die mit dieser einhergegangen sein könnte. Auf diese sehr wesentlichen Veränderungen der Warenhausdebatte seit 1880 haben bereits Spiekermann und auch der Rezensent vor einigen Jahren verwiesen.

Aus seiner Analyse destilliert Lindemann „Figuren der Transgression“, mit denen die Übergänge in das Konsumzeitalter zeitgenössisch und hauptsächlich von Literaten beschrieben worden seien: Er nennt diese der Reihe nach konsumistische Praxis, Pathologien der Moderne, Figuren der Limitation. Da er diese Figuren (oder besser wären eigentlich im Sinne von Elias Figurationen) nicht wirklich historisch kommentiert, beschränkt sich seine Analyse weitgehend auf eben die Auf-

zählung literarischer Figuren in Romanen sowie Erzählungen. Der Erkenntniswert der gesamten Studie bleibt daher eher gering und wird zudem jargonartig formuliert.

Das Buch endet mit einer massiven Kritik an der geschichtswissenschaftlichen Warenhausforschung, wobei der Rezensent glücklicherweise nicht der Hauptprügelknabe ist. Als dieser muss Spiekermann mit seinen Forschungen über das Warenhaus herhalten. Lindemann wendet sich (S. 19) gegen drei forschungsrelevante Grundannahmen, die er einem Zitat Spiekermanns entnimmt und gegen die er scharf polemisiert: Erstens, man könne das Warenhaus doch nicht durch den Hinweis auf seine geringere wirtschaftliche Bedeutung seiner symbolischen Valenz entkleiden; zweitens, die Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung sei doch nicht wichtiger als die der symbolischen; drittens, es gebe doch wohl keine „wahre“ Geschichte des Warenhauses. Hier wird in der Tat eine nicht ausreichende Differenziertheit erkennbar – der Autor hat sich offenbar von der Hitze der Warenhausdebatte mitreißen lassen. Man kann dem nur entgegenhalten: Wir wollen die Warenhausdebatte doch einordnen, und insofern ist es eine zentrale Erkenntnis, dass die wirtschaftliche Bedeutung nicht mit der zeitgenössischen Aufgeregtheit korrelierte. Gerade in dieser Differenz wird überhaupt erkennbar, dass das Warenhaus eine bedeutsame symbolische Funktion besessen hat, die niemand, auch der Rezensent nicht, diesem jemals absprechen würde. Und natürlich gibt es eine wahre Geschichte des Warenhauses: Sie besteht aus Betriebsleitung, Angestellten, Gebäuden, Waren sowie Kundschaft und war viel komplexer und „eigensinniger“, als dies Lindemann in seinem Fokus auf die erzählende Literatur offenbar vermutet.

DETLEF BRIESEN

Dormagen-Zons

VSWG 103, 2016/4, 505–506

Jon Mathieu

### **Die Alpen. Raum – Kultur – Geschichte**

Reclam, Stuttgart 2015, 254 S. (86 Abb., 2 Karten), 38,80 €.

Kaum ein anderer Historiker hat sich in den letzten Jahren so intensiv und auf breiter Basis mit den Alpen und inzwischen auch mit anderen Gebirgszügen der Erde beschäftigt wie der an der Universität Luzern lehrende Jon Mathieu. Im Gegensatz zu bisherigen Darstellungen, in denen vielfach die spektakuläre Geographie der Alpen im Vordergrund des Interesses stand, geht es Mathieu in erster Linie um die Geschichte der Menschen, die seit Jahrtausenden im Alpenraum leben – also um eine Gesellschaftsgeschichte im besten Sinn. Wenn die vier großen Zeitabschnitte, in die sie sich gliedern lässt, ungleich lang sind, ist dies einerseits der für frühere Jahrhunderte wesentlich dünneren Quellenlage geschuldet, andererseits aber ebenso den realen Veränderungen im Leben der Menschen. Diese Veränderungen fielen auch in den Alpen in jüngerer Zeit sehr viel drastischer aus als zuvor. Eine erste, sehr lange Periode dauerte von etwa 13.000 v. Chr. bis ins 11. nachchristliche Jahrhundert, als die Alpen mit dem Ende der letzten Eiszeit kontinuierlicher und seit dem 1. Jahrtausend v. Chr. dauerhafter besiedelt wurden. Mit dem Bevölkerungsschub des Hochmittelalters

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

kam es zu einer Intensivierung der Landwirtschaft sowie zu einem Aufschwung des Städtewesens, das sich hier allerdings und bis heute deutlich bescheidener entwickelte als im Umland der Alpen. Zwischen dem 18./19. und der Mitte des 20. Jh.s trat auch die Alpenbevölkerung in den Prozess der Modernisierung ein, der schließlich in den jüngsten Zeitabschnitt mit noch weiter reichenden Veränderungen mündete.

Vor diesem Hintergrund behandelt Mathieu mehrere Aspekte des menschlichen Lebens, kulturelle und politische ebenso wie wirtschaftliche und soziale. Statt sich in Details zu verlieren, setzt er auf eine strukturgeschichtliche Betrachtungsweise, die er mit aussagekräftigen Einzelbeispielen repräsentativ ergänzt und untermauert. In ähnlicher Weise stellt er Aussagen und Urteile von Zeitgenossen und späteren Betrachtern den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber, um sie so zu verifizieren, zu modifizieren oder zu falsifizieren. Dank seiner profunden Kenntnis der relevanten Forschungsergebnisse zu den West-, Zentral- und Ostalpen gelingt es ihm, Unterschiede zwischen den Regionen ebenso sichtbar zu machen wie gesamtalpine Gemeinsamkeiten. Zu Letzteren zählt etwa das von Mathieu als „lokale Transhumanz“ bezeichnete System der Alpwirtschaft, die eine sommerliche Viehhaltung auf den Bergweiden mit einer winterlichen Haltung in den niedriger gelegenen Ställen der Bauern verband – mit der Folge, dass noch im 19. Jh. über 40.000 Alpweiden bewirtschaftet wurden. Den Städten wiederum war gemeinsam, dass, wenn sie – wie Grenoble, Innsbruck oder Klagenfurt – überdurchschnittlich stark wuchsen, ihr Wachstum eher auf ihre Funktion als Verwaltungs- und Regierungsmittelpunkte als auf einen besonders umfangreichen Handel zurückzuführen war. Auf der anderen Seite bewirkten gerade der transalpine Handel und Verkehr auf verschiedenen alpenquerenden Straßen sowie die Nachfrage der umliegenden Städte nach alpinen Erzeugnissen eine Kommerzialisierung der alpinen Wirtschaft. Dies gilt erst recht für den modernen Tourismus, der ebenfalls ein gesamtalpines, wenn auch nirgends so stark wie in Tirol ausgeprägtes Phänomen der Alpen darstellt. In diesem Fall wurden und werden nicht die Produkte in die Städte gebracht, sondern städtische Konsumenten von der alpinen Landschaft und ihren „Produkten“ etwa in Form der für sie erschlossenen Skigebiete angezogen. Unterschiede gab es dagegen im Grad der Industrialisierung, von der die einzelnen Regionen – nicht zuletzt dank unterschiedlicher Ausstattung mit Rohstoffen oder unterschiedlicher Bevölkerungsdichte – nicht im selben Ausmaß erfasst wurden. Auch die Vererbung bäuerlicher Güter folgte nicht überall denselben Regeln: Während in den Ostalpen aufgrund des Anerbenrechtes die Weitergabe des gesamten Hofes an nur einen Erben und somit eher größere Höfe mit zum Teil umfangreicher Gesindehaltung vorherrschten, hatte sich im restlichen Alpenraum eher die Realteilung zugunsten mehrerer Erben durchgesetzt. All dies und vieles mehr wird von Mathieu zum ersten Mal länderübergreifend dargestellt und mit viel erhellendem Bildmaterial veranschaulicht, wodurch eine auch für ein breiteres Publikum leicht lesbare Gesamtdarstellung der Alpen als historischer Lebensraum für zuletzt rund 14 Millionen Menschen entstanden ist.

FRANZ MATHIS

Innsbruck



This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

VS WG 103, 2016/4, 507–508

Herbert Matis / Juliane Mikoletzky / Wolfgang Reiter (Hg.)  
**Wirtschaft, Technik und das Militär 1914–1918. Österreich-Ungarn  
im Ersten Weltkrieg**

(Austria: Forschung und Wissenschaft. Geschichte 11). LIT, Wien/Berlin 2014, 371 S.  
(zahlr. Abb. u. Tab.), 39,90 €.

Dass Österreich-Ungarn von seinen militärischen Fähigkeiten, seiner politischen Ordnung und seinen wirtschaftlichen Potentialen her zur Führung eines großen Krieges nicht in der Lage war, ist in der Forschung seit langem Konsens. Auf sich allein gestellt, wäre die Donaumonarchie im Spätherbst 1914 nach den schweren Niederlagen gegen die Russen in Galizien und den Misserfolgen gegen Serbien zusammengebrochen. Wiewohl Österreich-Ungarn mit der Fortdauer des Krieges immer mehr in die Abhängigkeit des Deutschen Reichs geriet, nicht nur in militärischer, sondern auch, wie die in dem Band versammelten Aufsätze zeigen, in wirtschaftlicher und militärtechnologischer Hinsicht, hatte es dennoch, nimmt man den Jahreswechsel 1917/18 zur Grundlage, „seine“ Kriege zeitweilig gewonnen: den auf dem Balkan gegen Serbien, den in Galizien gegen Russland und den am Isonzo gegen Italien – all das freilich nur mit deutscher Hilfe. Das Habsburgerreich ging unter, weil es den Krieg nicht zu einem ihm günstigen Zeitpunkt beenden konnte.

Die bemerkenswerte Durchhaltefähigkeit der Donaumonarchie darzustellen und zu analysieren, ist der Anspruch der meisten Beiträge des besprochenen Bandes. Sie alle gehen davon aus, dass das Habsburgerreich auf einen solchen Krieg nicht vorbereitet war: weder bei der Bevorratung kriegswichtiger Ressourcen noch beim Artilleriepark (bei dem freilich, wie Christian Ortner zeigt, der legendäre 30,5 cm Mörser und die 7,5 cm Gebirgskanone eine Ausnahme sind) oder bei der Luftwaffe, wo man, wie aus den Beiträgen von Andreas Resch und Tamás Révész hervorgeht, viel zu lange auf riskante Projekte setzte, die sich schließlich als Fehlschläge erwiesen. Österreich-Ungarn hätte mit seinen knappen Ressourcen sorgfältiger umgehen müssen, aber genau das tat es nicht. Im Transportwesen tauchten jedoch schon bald tendenziell unlösbare Probleme auf, die dazu führten, dass in der Produktion kriegswichtiger Güter sowie bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln Engpässe entstanden, die weitere, immer größere Probleme nach sich zogen. Fasst man die Kernaussagen der vierzehn Beiträge zusammen, so ist die Donaumonarchie seit dem Herbst 1914 in eine Abwärtsspirale hineingeraten, aus der es für sie letztlich kein Entkommen gab.

Wie unter diesen Umständen die Wiener Politik einen Kurs steuern konnte, der nicht nur auf einen begrenzten Krieg mit Serbien, sondern infolge des Eingreifens Russlands auf serbischer Seite auch auf einen großen Krieg in Europa hinauslaufen musste, bleibt in der Retrospektive unverständlich und wird das umso mehr, je intensiver man sich mit den einzelnen Feldern der Wirtschafts- und Technologiepolitik beschäftigt. Insbesondere in den Beiträgen von Herbert Matis über Wirtschaft, Technik und Rüstung als kriegsentscheidende Faktoren sowie Michael Pammer über die Vorbereitung von Industrie und Staatsfinanzen auf den Krieg wird deutlich, dass Wien den Weg in den Krieg nicht von langer Hand vorbereitet hat, sondern glaubte, eine Gelegenheit der politisch-militärischen Selbstbehauptung gefunden zu haben, die tatsächlich keine war. Man führte Krieg nach Art des 19. Jh.s; wo das möglich war, war man erfolgreich, wie der hochinteressante Beitrag von Kurt Mörz de Paula über die strategische Relevanz von Festungen im Ersten Weltkrieg zeigt.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries  
of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming  
as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Aber der Krieg von 1914 bis 1918 war nicht nur ein großer Ressourcenvernichter, sondern zugleich auch ein energischer Entwicklungsbeschleuniger, auch in Österreich-Ungarn, und hier vor allem in der Luftfahrt, der Meteorologie sowie bei der Entwicklung von Ersatzstoffen für Materialien, die infolge der alliierten Handelsblockade während des Krieges nicht mehr nach Mitteleuropa gelangten. Wegen des Zerfalls des Habsburgerreichs und, damit verbunden, des Zerbrechens des gemeinsamen Wirtschaftsraums ist es hier jedoch sehr viel weniger als etwa in Deutschland gelungen, daraus in wirtschaftlicher wie wissenschaftlicher Hinsicht Kapital zu schlagen. Österreich-Ungarn wurde darum mehr noch als die anderen kriegsbeteiligten Mächte zum Verlierer dieses Krieges.

HERFRIED MÜNKLER

Berlin

VSWG 103, 2016/4, 508–509

Gijs Mom

**Atlantic Automobilm. Emergence and Persistence of the Car, 1895–1940** (Explorations in Mobility 1). Berghahn, New York / Oxford 2015, 752 S. (37 Abb., 3 Tab.), 150.00 \$.

Gijs Mom, Technikhistoriker, Literaturwissenschaftler und Ingenieur mit einer Professur an der Technischen Hochschule Eindhoven, kommt das Verdienst zu, mit der großen fachlichen Breite seines Zugangs zur Mobilitätsgeschichte bereits in der Vergangenheit bemerkenswerte Bausteine für das Verständnis der frühen Phase des Automobilmismus im 20. Jh. geliefert zu haben. Die materialreiche Studie „The Electric Vehicle“ aus dem Jahr 2004 sei hier als prominentestes Beispiel genannt. Mit „Atlantic Automobilm“ legt Mom nun ein weiteres Werk vor, das in vieler Hinsicht als Synthese seiner lebenslangen Beschäftigung mit dem Automobil und dessen kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Implikationen zu verstehen ist. Das Buch ist zugleich der erste Band der neuen Reihe des Berghahn-Verlags „Explorations in Mobility“, mit dem trans- und interdisziplinäre Untersuchungen zu zahlreichen Aspekten der Mobilitätsgeschichte eine Plattform finden sollen.

Um den Umfang und die Materialfülle dieser Studie zu verdeutlichen, welche die Entwicklung in den sieben wichtigsten Automobilnationen mit vereinzelter Berücksichtigung weiterer nachzeichnet, kann auf das 76 Seiten umfassende Quellenverzeichnis verwiesen werden. Dies umfasst neben den klassischen Archivalien und Publikationen auch umfangreiche belletristische Zeugnisse, Filme etc., welche die Rezeptionsgeschichte des Automobils untermauern und in dieser Breite außergewöhnlich sind.

Es sei nicht verschwiegen: Die riesige Fülle an Details, Quellen und Belegen ist der Lesbarkeit des Werkes bisweilen abträglich und erfordert ein konzentriertes, entschlossenes Durcharbeiten, wodurch mancher Leser abgeschreckt werden dürfte. Dieser Mangel wird aber durch die fundierten Einsichten, die das Buch vermittelt, mehr als aufgewogen. In kohärenter Gedankenführung weist Mom nach, dass die Geschichte des Automobils und seiner Nutzung in diesem halben Jahrhundert



nicht, wie oft zu lesen, eine gleichsam teleologische Abfolge technischer Innovationen hin zu mehr Leistungsfähigkeit und Gebrauchsnutzen der Fahrzeuge war, sondern dass eine spezifische Form der Automobilkultur für den bekannten Ausgang des „battle of systems“ zwischen Verbrennungsmotor, Elektro- und Dampfantrieb in der Frühzeit ausschlaggebend war. Ein zentrales Element war dabei der besonders maskuline Charakter des Benzinautomobils, der dessen Image zuungunsten der eher sanften Konkurrenz beeinflusste. Das Buch behandelt eine Vielzahl solch höchst aufschlussreicher Aspekte, deren Aufzählung den hier gesetzten Rahmen sprengen würde. Stellvertretend genannt sei etwa die Gewaltkultur um das Automobil in dessen früher Phase, die Bedeutung seiner Funktion als Transportmittel im Ersten Weltkrieg, aber auch die bewusst vorangetriebene Wandlung in der Wahrnehmung von der Abenteuermaschine zum Gebrauchsgegenstand in der Zwischenkriegszeit. Besondere Beachtung verdient das Schlusskapitel, das die vorausgegangenen Argumentationslinien in überzeugender Weise bündelt, zugleich künftige Forschungsfelder benennt und Schwächen einräumt, etwa, dass auch dieses Werk die Automobilgeschichte als eine durch und durch westlich geprägte erzählt, die durch einige besonders gut ausgeleuchtete Länder dominiert wird, allen voran die USA sowie die klassischen Automobil-Nationen Europas: Deutschland, England und Frankreich. Auch dies mit realistischem Blick zu bilanzieren, steht für den hohen Anspruch an die Vollständigkeit, den diese Arbeit anstrebt und über weite Strecken einlöst.

Mit „Atlantic Automobilmism“ legt Gijs Mom eine kenntnisreiche, in weit überdurchschnittlichem Maße quellengesättigte Studie vor, die auf lange Sicht zu den Standardwerken zählen wird, vor allem wenn es nicht primär um die technischen, sondern um die rezeptionsgeschichtlichen Aspekte des Automobils und dessen Kultur geht.

THOMAS MEYER  
Karlsruhe

VSWG 103, 2016/4, 509–510

Nicole Petrick-Felber

**Kriegswichtiger Genuss. Tabak und Kaffee im „Dritten Reich“**

(Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 17). Wallstein, Göttingen 2015, 580 S. (3 Abb., 5 Tab.), 42,00 €.

In der Forschung zum Konsum im Nationalsozialismus überwiegen dichotome Deutungsmuster. Entweder habe es sich um eine systemintegrative „Gefälligkeitsdiktatur“ oder um eine Mangelverwaltung unter dem Primat der Rüstungspolitik gehandelt. Die Verfasserin dieser aus einer Dissertation hervorgegangenen Untersuchung stellt die gängigen Interpretationen zur Disposition, indem sie der Frage nachgeht, „ob es überhaupt eine stringente nationalsozialistische Konzeption vom Konsum des Tabaks und Kaffees gab oder ob die staatlichen Lenkungsimpulse vielmehr situativ waren“. Dabei gelte es, staatliche Regulierung im Kontext des Handelns der Wirtschaftssubjekte, der Unternehmen und Konsumenten, im Hinblick auf die Aushandlungsprozesse der Akteure und die dabei eingetretenen Veränderungen zu untersuchen. Als potenzielle Suchtfaktoren und Genuss-

mittel galten die traditionellen „Kolonialwaren“ Bohnenkaffee und Tabak durchaus als exklusiver und daher hoch zu besteuender Luxus, der auch in der gleichgeschalteten Gesellschaft eine soziale Distinktion ermöglichte. Darüber hinaus fungierten sie aber auch als Stimulanzien, die leistungssteigernde, appetitreduzierende und beruhigende Wirkungen induzierten, denen im Verlauf des Krieges enorme Bedeutung zugemessen wurde.

Für die Lenkungsimpulse der nationalsozialistischen Konsum- bzw. Verteilungspolitik besaßen die beiden Produkte also besonderen Stellenwert, zumal hier eine individuelle Konsumkultur mit der eugenischen Reichsgesundheitsführung sowie den wirtschafts- und finanzpolitischen Zugriffen konfrontiert war. Einerseits trug der hochbesteuerte Tabak- und Kaffeekonsum zur Sanierung des Finanzhaushalts bei, andererseits passte der devisenträchtige Import weder in das Autarkiekonzept, noch entsprach es den gesundheitspolitischen Implikationen, zumal die medizinische Forschung bereits die karzinogenen Effekte des Tabaks nachgewiesen hatte. Mit der Aushandlung der divergierenden Interessenlagen war eine institutionelle Gemengelage von Administration, Wirtschaft und Partei beschäftigt; eine Sphäre, in der halbstaatliche Selbstverwaltungsorgane der gewerblichen Wirtschaft agierten und in der der Tabakindustrielle Philipp F. Reemtsma eine Sonderstellung innehatte.

Selbst die Ressourcenallokation in den okkupierten Ländern konnte den Bedarf nicht decken, zumal die Konsumenten mit Vorratskäufen antizipierend auf eventuelle Versorgungsengpässe reagierten. Zur Regulierung der Konsumansprüche experimentierten die Instanzen mit Kontroll- und Steuerungsmodellen, wobei keine Variante ein Optimum garantierte. Zwar versprach das Versorgungsdiktat allgemeine Verteilungsgerechtigkeit, doch faktisch basierte Gleichmäßigkeit auf der Annahme gleicher Ansprüche, „die entlang einer Diskriminierung nach Alter, Geschlecht, ‚Rasse‘ und Leistungsfähigkeit teils physiologisch berechnet, stets ideologisch aufgeladen, aber unabhängig vom Einkommen definiert waren“. Letzteres war kein entscheidendes Kriterium, angesichts neuer „Trennlinien quer durch die mitnichten homogene ‚Volksgemeinschaft‘, die vielmehr streng hierarchisch war“.

Aus der Perspektive der Rassenhygiene und der Gesundheitsgefährdungen mochte der Konsum der Genussmittel unerwünscht sein, doch unter dem Aspekt der Leistungsphysiologie nutzte das Regime die kurzfristigen Vorteile des Leistungsanreizes und agierte pragmatisch. Obwohl die oberste Führungsriege in Teilen die Abstinenz befürwortete, versandete die konzertierte Kampagne gegen das Genussgift Tabak. Als Nebeneffekt diverser Pull-Push-Faktoren ergab sich „eine gesundheitspolitisch orientierte Tabakpolitik, die der heutigen gar nicht so unähnlich war: So wurde der Konsum zwar toleriert, aber nicht beworben und durch gesundheitliche Aufklärung zu reduzieren versucht.“

Somit befand sich das Regime in einem Spannungsfeld zwischen rüstungspolitischen Zielen und stimmungspolitischen Kalkülen. Nicht „Kanonen *statt* Butter“, so der Titel des jüngst erschienenen Buches von Tim Schanetzky über die Konsumpolitik im „Dritten Reich“, sondern Kanonen *und* Butter sollten gleichzeitig produziert werden. Mit einem interdisziplinären Ansatz, der entlang der Wertschöpfungskette den politischen, ökonomischen, soziologischen und kulturellen Kontext erfasst, hat die Autorin eine facettenreiche Konsumgeschichte vorgelegt. In Anbetracht der Komplexität des Forschungszusammenhangs, der ausgreifenden Fragestellungen und des multifaktoriellen Zugangs ein schwieriges Unterfangen, das in der Umsetzung rundum gelungen ist.

HARTMUT RÜBNER  
Berlin

VSWG 103, 2016/4, 511–512

Tim Reinke-Williams

**Women, Work and Sociability in Early Modern London**

(Genders and Sexualities in History). Palgrave Macmillan, Basingstoke / New York  
2014, viii u. 225 S., 60.00 £.

Die Forschung hat sich lange hauptsächlich mit außergewöhnlichen Frauen oder Frauengruppen beschäftigt, die in irgendeiner Form von der Norm abwichen, seien es Herrscherinnen, Regentinnen, Hexen oder Huren. Tim Reinke-Williams kritisiert dies zu Recht in seiner Studie, die aus seiner Dissertation von 2006 an der University of Warwick hervorgegangen ist. Entsprechend setzt er einen anderen Fokus und konzentriert sich auf das Alltagsleben sowie die Arbeit von Londoner Frauen der Mittel- und armen Arbeiterschicht. Er geht dabei der Frage nach, wie Frauen mit Hilfe von Arbeit und Geselligkeit ihre eigene Reputation und damit ihre Identitäten selbst mitgestalten konnten.

Zentral ist dabei der Begriff der Ehre, den Reinke-Williams in der Einleitung beleuchtet. Ganz im Sinne der aktuellen Forschungen betont er, dass sexuelles (Fehl)Verhalten mitnichten der einzig bestimmende Faktor für den Ruf einer Frau war. Mindestens ebenso wichtig waren Herkunft, Reichtum, Aussehen, berufliche Identität, geschäftliches und soziales Verhalten u. a. Obwohl dies inzwischen allgemein anerkannt sei, fehle eben, so Reinke-Williams, bislang eine Studie, die sich diesen positiven Aspekten weiblicher Identität widme; eben diese Lücke möchte er schließen (S. 6). Präzise zeichnet er hierzu in der Einleitung die Forschungsentwicklungen zu Frauen und Ehre in der Frühen Neuzeit nach. Allerdings wäre eine stärkere begriffliche Durchdringung der Hauptkonzepte, die seiner Arbeit zu Grunde liegen, wünschenswert: Was ist Ehre, was ist Reputation, was Identität? Hier wäre die Rezeption soziologischer Überlegungen sicherlich gewinnbringend gewesen.

Die Arbeit stützt sich – und das ist ihre Stärke – auf ein breites Quellspektrum, das nicht nur Akten weltlicher und geistlicher Gerichte beinhaltet, sondern auch Flugblätter und -schriften, Benimmbücher sowie Theaterstücke, um so ein möglichst breitgefächertes Bild der Vorstellungen über ehrenhaftes Verhalten von Frauen zu erhalten. Bildquellen werden leider nicht einbezogen, obwohl sie sicherlich eine lohnende Ergänzung gewesen wären.

Die Arbeit gliedert sich in fünf Themenschwerpunkte: Mutterschaft, Hausarbeit (*housewifery*), Hauswirtschaft (*domestic management*), Handel (*retailing*) und Geselligkeit. Dabei geht Reinke-Williams der Frage nach, wie Frauen über die jeweiligen Kontexte ihre Reputation gestalten konnten und welche Vorstellungen dahinterstanden. Eine seiner zentralen Erkenntnisse betrifft Mutterschaft. Deren Bedeutung für den sozialen Status überrascht nicht, allerdings zeigt sich, dass auch kinderlose Frauen, ob nun Dienstmägde, Nachbarinnen oder Verwandte, in die Kinderfürsorge einbezogen waren und sich – und hier liegt der Erkenntnisgewinn – hierüber einen guten Ruf erwerben konnten. Im folgenden Kapitel zeichnet Reinke-Williams ein eindrückliches Bild der vielfältigen Aufgaben im Haushalt und deren Bedeutung für das Ansehen einer Frau. Dies ist eng verknüpft mit dem Kapitel zu Hauswirtschaft, wo es um das Verhältnis zwischen Herrin und Dienerschaft bzw. Vermieterin und Mietern geht, gerade Letzteres ist noch wenig untersucht. Interessant ist, dass diese Beziehungen aus beiden Perspektiven betrachtet werden, wobei Reinke-Williams sie nicht in

erster Linie als (negatives) Abhängigkeitsverhältnis beschreibt, sondern die gegenseitige Unterstützung hervorhebt. Kapitel 4 veranschaulicht, dass Frauen durchaus aktiv im Kleinhandel tätig waren und sich einen Ruf als vertrauenswürdige und respektierte Geschäftsfrauen erarbeiten konnten. Das letzte Kapitel verlässt die Arbeitswelt der Frauen und widmet sich Aspekten der Geselligkeit sowohl in reinen Frauengruppen als auch in gemischtgeschlechtlichen Kontexten. Hierbei tritt die Bedeutung der Nachbarschaft mit ihren jeweils spezifischen Normen hervor, die an das angemessene Verhalten von Frauen gerichtet wurden.

Reinke-Williams zeichnet ein vielfältiges, quellennahes Bild vom Leben der Londoner Frauen der einfacheren Schichten über einen langen Zeitraum und ist damit in der Lage, Veränderungen herauszuarbeiten. Er bringt uns eine Personengruppe, deren Alltag und Vorstellungswelten näher, die immer noch zu wenig Beachtung findet. Wesentlich ist dabei die bewusst positive Perspektive, die Reinke-Williams einnimmt und die es ihm ermöglicht, sich von der häufigen Fokussierung auf den Faktor Sexualität in Bezug auf den Ruf einer Frau zu lösen.

LENA OETZEL

Salzburg

VSWG 103, 2016/4, 512–513

Reinhold Reith (Hg.)

**Das Verlassenschaftsinventar des Salzburger Tuch- und Seidenhändlers Franz Anton Spängler von 1784. Einführung und kommentierte Edition**

Unter Mitarbeit von Andreas Zechner, Luisa Pichler, Doris Hörmann, Jürgen Wöhry und Florian Angerer (Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 42). Stadtarchiv Salzburg, Salzburg 2015, 132 S. (16 Abb.), 9,90 €.

Als Franz Anton Spängler 1784 im Alter von 79 Jahren starb, hinterließ er nicht nur ein beachtliches Vermögen, sondern auch eine Vielzahl an familien- und unternehmensbezogenen Dokumenten, die sich heute im Familienarchiv des 1828 gegründeten Bankhauses Spängler befinden. Jüngst standen sie im Zentrum mehrerer Forschungsprojekte. Der hier vorzustellende, schön bebilderte Band fußt auf einem Forschungsseminar, das im Sommer 2014 unter der Leitung von Reinhold Reith an der Universität Salzburg stattfand. Die Teilnehmer / innen transkribierten, analysierten und kommentierten mit Spänglers Verlassenschaftsinventar eine umfangreiche Quelle aus dem Kontext des familialen Vermögenstransfers. Die gemeinschaftlich erarbeitete Publikation führt zunächst in „Das Verlassenschaftsinventar des Salzburger Tuch- und Seidenhändlers Franz Anton Spängler von 1784“ ein (S. 8–59) und bietet in ihrem zweiten Teil eine sorgfältige Edition von „Testamentsentwurf, Übergabe- und Erbvertrag sowie Verlassenschaftsinventar von 1784“ (S. 61–127).

Spängler hatte sich 1729 als Handelsbedienter in Salzburg niedergelassen, wo er 1731 Maria Katharina Prötz, 1744 Anna Elisabeth Lang und 1755 schließlich Maria Theresia Traunbauer heiratete. Seine erste Frau, Maria Katharina Prötz, brachte neben zwei Kindern aus erster Ehe die Seiden-, Tuch- und Knopfhandlung ihres Vaters mit in die Ehe. Anna Elisabeth Lang besaß eine Devotio-

nalienhandlung. Auch sie hatte bereits einen Sohn. Während der ersten Ehe sechs Kinder und der dritten Ehe neun Kinder entsprangen, blieb die zweite Ehe kinderlos.

Wenngleich die Seiden-, Tuch- und Knopfhandlung die Grundlage des über die Jahre erworbenen sehr beachtlichen Vermögens bildete, verfügte Spängler lediglich über ein lebenslanges Nutzungsrecht, nicht aber über das Eigentum an der den Prötz'schen Kindern vorbehaltenen Gerechtigkeit. Anna Elisabeth Lang ging noch weiter: Sie führte ihre Handlung während ihrer zweiten Ehe selbstständig und offenbar völlig getrennt von den Geschäften ihres Mannes, dem sie lediglich ein Vorkaufsrecht auf die Gerechtigkeit einräumte. Dieser aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive bemerkenswerte Umgang von Frauen mit ihrer Verfügungsmacht über Güter und Gerechtigkeiten sowie Spänglers Strategien, über den späteren Erwerb dieser und weiterer Handlungsgerechtigkeiten seine wirtschaftliche Position zu sichern, aber auch seine Kinder sowie Schwiegerkinder auszustatten, lassen sich aus einer Reihe von Familiendokumenten erschließen. Wie erfolgreich Spängler agierte, dokumentiert insbesondere das 238 Seiten umfassende gegenständliche Verlassenschaftsinventar, das neben dem umfangreichen, den Wohlstand der Familie abbildenden privaten Besitz auch die Warenbestände und -lager beider Handlungen detailliert verzeichnet und damit „eine Perspektive auf die Handelsgeschichte, die Warenkunde und den Konsum“ eröffnet (S. 17). Darüber hinaus gewährt die in das Inventar aufgenommene Gegenüberstellung aller Aktiva und Passiva „Einblick in Kredit und Geschäft“ (ebd.), lassen doch die vorgenommene Unterscheidung in ‚gute‘ und ‚zweifelhafte‘ Schulden sowie die Art der Außenstände Rückschlüsse auf das Geschäftsgebaren des Händlers und die Finanzlage seiner Handlungen zu.

Obwohl Inventare – wie Reith in seiner Einleitung betont – „keine einfachen Quellen“ sind (S. 11), erweisen sie sich seit Langem für eine Reihe von Forschungsfeldern als ergiebig. Reiths forschungsgeschichtlicher Überblick fasst die jeweiligen Interessenlagen und Herangehensweisen prägnant zusammen. Welches Potential Inventare als sozial- und kulturgeschichtliche Quellen haben, wie sie für die Erforschung der materiellen Kultur fruchtbar zu machen sind, führt diese aufschlussreich kommentierte und auf hohem Niveau interpretierte Edition eindrücklich vor Augen.

CHRISTINE WERKSTETTER

Schwäbisch Hall

VSWG 103, 2016/4, 513–514

Günther Schulz (Hg.)

**Arm und Reich. Zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ungleichheit in der Geschichte**

(Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 229). Steiner, Stuttgart 2015, 304 S. (15 Abb., 20 Tab.), 54,00 €.

Mit Karl Marx rückte die Analyse von Klassengegensätzen für gut ein Jahrhundert ins Zentrum politischer Reden und teils auch des wissenschaftlichen Arbeitens. Im Grunde greift der Sammelband die Marx interessierenden Fragen auf, führt sie aber einer neutralen Betrachtungsweise zu und er-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

weitert sie um neue methodische Ansätze. Im Kern dreht es sich in dem Band um Verteilungsfragen und -gerechtigkeit in europäischen Gesellschaften, ein Thema, das auf der 24. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 2011 in Bonn diskutiert wurde.

Die erste Hälfte des Bandes widmet sich dem vorindustriellen Zeitalter. Stefan Hradil verweist auf eine fehlende verbindliche Definition für Armut und verfolgt unterschiedliche Bewertungen über die Moderne hinweg. Die Mittelschichten beteiligten sich am stärksten an den Diskursen, weil sie häufig eine Verarmung fürchteten. Bernd Fuhrmann bezeichnet den Gegensatz zwischen den beiden Adjektiven des Buchtitels als typisches Abbild der sozialen Beziehungen des 16. Jh. s. Er weist auf Parallelitäten des damaligen Diskurses um Armut mit heutigen Diskussionen hin. Die drei folgenden Beiträge wenden sich spätmittelalterlichen Themen zu. Petra Schulte arbeitet heraus, dass die Tugendlehren des mittelalterlichen Hofes die Sprengkraft des Gegensatzpaares erkannten und Empfehlungen für eine Milderung der Gegensätze gaben. Sven Rabeler geht auf die Entdeckung der „arbeitenden Armen“ ein. Philipp R. Rössner hebt hervor, dass die Deflation im Zeitalter der Reformation zu Lasten der Unterschichten ging.

Andreas Exenberger leitet den zweiten Teil des Bandes ein. Er widmet sich der Vermögensverwaltung in verschiedenen, auch kolonialen Gesellschaftsformen des 19. und 20. Jh. s. Karl-Heinz Schmidt betrachtet Nationalökonomien seit dem 19. Jh. wie Thünen, Schmoller, Brentano und Eucken in ihrer zeitgenössischen Reflexion der sozialen Frage. Ihre Analysen arbeiteten geringe Arbeitsproduktivität und niedrige Löhne sowie ein Überangebot an Arbeitskräften als Hauptprobleme des Arbeitsmarktes heraus. Hans-Christian Petersen wendet sich der Gentrifizierung in den Großstädten Sankt Petersburg, Wien und London zwischen 1850 und 1914 zu. In der britischen Hauptstadt traten Segregationsprozesse und Muster sozialräumlicher Differenzierung am frühesten zu Tage. Im Mittelpunkt stehen Indikatoren wie der Zugang zu Wohnraum sowie starke Mietanstiege, die heute ebenfalls Aktualität besitzen. Roman Sandgruber analysiert die Einkommenssteuerlisten des Jahres 1910, um die 1.000 reichsten Österreicher in diesem Stichjahr zu bestimmen. Daraus entwirft er ein Sozialprofil der Oberschicht am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Wilfried Rudloff geht für die Periode von 1880 bis 1960 über die Regimewechsel hinweg auf den Wandel von Armutsbildern in Deutschland ein. Welf Werner befasst sich mit dem Wechsel von der Subventions- zur Strukturpolitik in den westlichen Staaten im 20. Jh.

In der Vormoderne entwickelten sich Muster zur Wahrnehmung von Armut und Reichtum, die bis heute nachwirken. Vom klassischen Lehrmeister zur Klassengesellschaft, Karl Marx, liest man dabei nur wenig, außer an einer Stelle auf Seite 174, als Rainer Metz als Korreferent auf seine Arbeiten hinweist. Die materielle Analyse der Ungleichheit der Einkommensverteilung ist einer pluridisziplinären Sichtweise gewichen. Jeder der zwölf Beiträge verfolgt einen anderen methodischen Ansatz. Dadurch, dass jeweils Korreferate in den Band aufgenommen wurden, bilden sich allerdings kleine Entitäten. Ihr Akzent liegt auf dem methodischen Widerstreit, was zwar die Heterogenität nicht vermindert, aber die Pluralität der Zugänge zum Rahmenthema stärkt. Somit ist der Hauptvorteil des Sammelbandes, dass er einen facettenreichen Zugang zur Unterschiedlichkeit der Behandlung des Themas „arm“ versus „reich“ bietet.

MARCEL BOLDORF

Lyon



VSWG 103, 2016/4, 515–516

Jakob Tanner

**Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert**

(Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert). Beck, München 2015, 676 S. (2 Abb.), 39,95 €.

Ein großes Buch über ein kleines Land. Jakob Tanners voluminöse „Geschichte der Schweiz“ ist erst der dritte erschienene Band in der vielversprechenden Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“, in der der Reihenherausgeber Ulrich Herbert mit seiner Geschichte Deutschlands so fulminant vorgelegt hat. Und auch wenn Tanners Darstellung bei weitem nicht den Umfang von Herberts Deutung erreicht, könnte man auf den ersten Blick geneigt sein zu fragen, ob denn für ein so kleines europäisches Land wie die Schweiz ein so beträchtlicher Aufwand getrieben werden müsse.

Die Lektüre macht jedoch eindrücklich klar, dass das Buch um keine Seite zu lang geraten ist. Diesen Eindruck gewinnt man nicht allein durch ein zügiges Leseerlebnis, das Tanner mit seinem klaren und fließenden, vorzüglichen Schreibstil ermöglicht, der weniger auf eine modisch flotte Darstellung bedacht ist als darauf, auch komplizierteste Sachverhalte und Zusammenhänge präzise und luzide darzulegen, was dem Leser in dichter Folge spannende Einsichten vermittelt. Tanner vereinfacht dabei komplexe Konstellationen und Wirkungsgefüge keineswegs, sondern versteht es im Gegenteil, diese Komplexität plastisch zu machen und in differenzierten, aber deutlichen Interpretationen zu bündeln, ohne sich umgekehrt in Tausenden von Details zu verlieren.

Das mag bereits andeuten, dass dieses kleine Land in der Mitte Europas keineswegs eine unbedeutende oder gar „langweilige“ Geschichte vorzuweisen haben muss, wenn es auch von den großen Erschütterungen des 20. Jh.s, den direkten Einwirkungen der beiden Weltkriege, verschont blieb. Die Geschichte der Schweiz, das macht Tanner überaus deutlich, ist vielschichtig und bei allen Kontinuitäten – etwa die Integrität der territorialen Außengrenzen oder die föderale Verfassung – dynamisch. Erst die innere Komplexität der Schweiz, so Tanners fast systemtheoretische Deutung, verschaffte ihr eine hohe Verarbeitungskapazität äußerer Irritationen, die Systemerhalt durch Anverwandlung, also „Helvetisierung“ anstelle von uneingeschränkter Anpassung, ermöglichte.

Nur so konnte ein übersichtliches republikanisches Staatsgebilde, das seine Gestalt der filigranen europäischen Kräftebalance nach dem Wiener Kongress verdankte und später im 19. Jh., nach der Einigung Italiens im Süden und der Gründung des Deutschen Reichs im Norden, endgültig von großen Nationalstaaten und der im langsamen Abstieg begriffenen Großmacht der Donaumonarchie umgeben war, nicht nur überleben, sondern sich auch überaus erfolgreich behaupten konnte. Fortan gelang es der Schweiz, gegen wiederholte Begehrlichkeiten und Bedrohungen von außen wie etwa Übergriffen ethnisch fundierter Nationalismen, die die Gefahr von Separatismen hätten heraufbeschwören können, ihre Souveränität zu wahren und ihren „Sonderfall“ bzw. ihr Selbstbild als „neutraler Kleinstaat“ in der Mitte Europas zu einem „Markenkern“ zu machen. Das mag bereits andeuten, dass Tanners „Geschichte der Schweiz“ – viel stärker als andere Bände in dieser Reihe bewiesen haben oder erwarten lassen – tatsächlich eine *europäische* Geschichte erzählt. Nur so lassen sich die Existenzbedingungen dieser Staatskonstruktion, aber auch die weit über ihre Grenzen ausstrahlende Bedeutung der Schweiz für Europa, angemessen verstehen, die immer wieder die Frage aufwirft, ob dieses Ansehen durch das Fernbleiben von den europäischen Institutionen zum

Schwinden verurteilt ist oder gerade der Sonderstellung abseits formeller Mitgliedschaften auch weiterhin zu verdanken sein wird.

Für die Bedeutung der Schweiz spricht nicht zuletzt die Fülle polarisierender Zuschreibungen, die von einer „Insel der Seligen“ bis zur Verurteilung als „elende Schweiz“ (Karl Marx) reichen und reichen. Tanner macht deutlich, dass die Mehrzahl der Charakterisierungen aus der Mitte der schweizerischen Gesellschaft selbst kommt, als Symptom einer fortwährenden Identitätssuche in einer Mischung aus Sendungsbewusstsein und Minderwertigkeits- bzw. Bedrohungskomplex. Das ist der Tatsache geschuldet, dass die Schweiz ihren Status als Nationalstaat nicht auf einen ethnischen Ursprungsmythos gründen konnte – anders als die großen benachbarten Nationen. Der Gründungsmythos der Schweiz beschreibt denn auch keine zu ihrer Natur durchgebrochene fertige Urgestalt, sondern den Zusammenschluss zu einem erst im weiteren Prozess zusammenfindenden Gemeinwesen. Die Schweiz ist eine „Willensnation“, weswegen verhandelbare Grundprinzipien, nicht selten zum Mythos überhöht und damit historisch in die Vergangenheit verlängert, ihren „Markenkern“ ausmachen, den sie spätestens seit Anfang des 20. Jh.s auch in ökonomischer Hinsicht bestens zu vermarkten verstand.

Die Wirtschaftsgeschichte nimmt in Tanners Darstellung breiten Raum ein, was nicht allein ihrer Komplexität und der zentralen Bedeutung geschuldet ist, die dem ökonomischen Sektor und insbesondere der Finanzwirtschaft für die globale Stellung der Schweiz zukommt. Vielmehr beschreibt Tanner das schweizerische System als spannungsvoll, aber notwendig aufeinander bezogenes Dreieck aus stark liberalisierter Wirtschaftsverfassung, den „Volksrechten“ der direkten Demokratie sowie den integrierenden nationalen Mythen und Selbstzuschreibungen. Dagegen fallen die Darstellungen sozialer, kultureller und politischer Bewegungen in Umfang und Aufmerksamkeit für das Detail merklich ab. Das liegt mit Sicherheit an diesem besonderen Gegenstand, der fast so erscheint, als gebe es in der Schweiz zwei getrennte, wenn auch vielfältig verbundene Zivilgesellschaften, von denen die erste aus der Ökonomie und ihren sozialen Trägern in ihren souveränen Vereinigungen und die zweite aus dem kulturellen sowie politischen Umfeld der „Volksrechte“ gebildet wird. Die direkte Demokratie hält die wirtschaftliche Elite politisch integriert und überspielt Klassengegensätze, zugleich hat sie bis zum Auftrumpfen der neuen Populisten Parteiengensätze bis hin zum Proporz der „Konkordanzdemokratie“ – die so alten Datums gar nicht ist – abgemildert. Die breite Akzeptanz der „Volksrechte“ bzw. das Insistieren auf ihnen dient nicht zuletzt der Inklusion und Exklusion. Die schweizerische Staatsbürgerschaft erscheint nahezu wie die Mitgliedschaft in einem feinen Club – entsprechend schwierig gestaltet sich der zumeist in kommunaler Verantwortung liegende Zugang zu ihr.

Eine unterschwellige Frage, die Tanners Kapitel über die jüngste Vergangenheit durchzieht, ist die nach der Zukunft der „Swissness“ im Zeitalter beschleunigter Globalisierung und des weiter wachsenden Gewichts und Drucks Europas. Tanners Antwort ist ambivalent, aber vorsichtig optimistisch, was sowohl die Öffnung gegenüber transnationalen Verpflichtungen und Konventionen als auch die Wahrung der Kontinuität eines spezifisch schweizerischen Modus ihrer Anverwandlung angeht. Auch auf die Gefahr des „Zuspätkommens“ hin werde sich die Schweiz „erst dann europäisieren, wenn sich Europa verschweizert hat“ (S. 568).

THOMAS WELSKOPP  
Bielefeld

VSWG 103, 2016/4, 517–518

Adam Tooze

**Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931**

Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz und Thomas Pfeiffer. Siedler, München 2015, 719 S. (32 Abb., 4 Grafiken, 15 Tab.), 34,99 €.

Ziele, Inhalte und Aussagen dieses Buches konzise wiederzugeben, stellt den Rezensenten vor außergewöhnliche Probleme: Eine stringente und konsistente Argumentation sowie deren angemessene gedankliche und sprachliche Umsetzung zählen nicht zu den Stärken von Adam Tooze's breit angelegter, international ausgerichteter Staaten-, Finanz- und vor allem Staatsmännergeschichte vom Ersten Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Trotz eines Umfangs von rund 630 Textseiten, von denen aber kaum 60 Seiten dem Zeitraum von 1924 bis 1931 gewidmet sind, handelt es sich eher um einen auf pointierte – sich allerdings häufig widersprechende und alles andere als kohärente – Urteile bedachten Großessay als um eine akribische Untersuchung oder eine um wenigstens sektorale Vollständigkeit ringende Gesamtdarstellung. Tooze nimmt seine Leserschaft mit auf einen wahren Parforceritt durch ständig wechselnde Räume und Orte, zeitliche Perspektiven sowie individuelle Sichtweisen, Denkmuster und Aktionen – ein Filmkritiker würde wohl von rasanten Schnitten sprechen. So findet man sich mitunter wieder in einer Szene in Argentinien, folgt fragmentarisch verstreuten Hinweisen auf Aufstände und Streiks in West- oder Südafrika, Rhodesien, Ägypten oder Indien. Es bleibt häufig unerfindlich, welche Relevanz diese oder jene Volte für die Frage nach der Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg hat. Und der weniger mit der Geschichte der gesamten Welt vertraute Rezensent ist skeptisch im Hinblick auf die Zuverlässigkeit der dabei vermittelten Informationen, denn die Darstellung hiesiger Gefilde enthält nicht wenige Fehler unterschiedlicher Reichweite, die durch die flotte und gut lesbare, doch vielfach schludrige Übersetzung noch vermehrt wurden: Da agierte etwa 1917 eine „Regierungskoalition im Reichstag“ (S. 36), während ein preußisches Landesparlament über rund zwei Drittel des Reichsgebiets „regierte“ (S. 97), und am Ende des Jahres hatte „die Reichstagsmehrheit den Zentrumspolitiker Georg von Hertling zum Kanzler gewählt“ (S. 274). Im folgenden Jahr trommelten „Geschütze vom Typ Dicke Bertha auf Paris“ (S. 178), bevor britische Truppen einen „Vorstoß nach Amiens“ wagten (S. 274).

Im Zentrum von Tooze's Staatsmännergeschichte steht der US-Präsident Woodrow Wilson. Tooze behandelt ihn mit dezidiertem Missfallen, beschreibt ihn als einen unentschlossenen, richtungslosen, widersprüchlichen und desinformierten Politiker, der „kranke Halbmaßnahmen“ initiiert, sich ständig „in der Logik seiner eigenen Ideologie“ verstrickt habe und dabei an den Rand des Wahnsinns geraten sei (S. 202 f.). Wilsons Politik sei allein von dem Bestreben geleitet gewesen, „Großbritannien und Frankreich seine Vorstellung von der Macht Amerikas aufzuzwingen“; seine Zielsetzung habe in „der absoluten, weltweiten Führungsrolle Amerikas“ als einer unilateralen Macht bestanden (S. 289 f.). Nichts anderes habe sich hinter der Parole vom „Frieden ohne Sieg“ verborgen. Kurioserweise schreibt Tooze dem US-Präsidenten geradezu übermenschliche Kräfte zu, bei deren Anwendung er aber durch Unterlassung immerzu versagt habe: Ob in Europa, Russland, Japan, China oder Indien – Washington habe überall die demokratischen Kräfte im Stich gelassen und es versäumt, „die Herausforderung anzunehmen und eben jenen weltweiten Feldzug für die Demokratie anzuführen, den Wilson vermeintlich versprochen hatte“ (S. 136). Gerade im

Zusammenhang vorgeblicher Handlungsoptionen einzelner Politiker und der Ursachen historischer Entscheidungen erscheinen Tooze's Urteile vielfach schlicht grotesk: 1917 habe Wilson „die russischen Demokraten gezwungen, einen Krieg zu führen, den sie nur verlieren konnten“ (S. 153), Tomas Masaryk sei es gelungen, von Wilson „das Todesurteil für das Habsburgerreich“ zu erlangen (S. 202), Wilson habe schon im Zuge der Waffenstillstandsverhandlungen mit dem Deutschen Reich das Drehbuch ausgearbeitet, „das von da an die Geschichte dieses Friedens bestimmt hat“, und anschließend die Entente-Mächte „gezwungen [...], einen Frieden zu akzeptieren, den sie nicht wollten“ (S. 278, 283). In Bezug auf den Frieden von Brest-Litowsk spricht Tooze allen Ernstes von der „Legende“ eines deutschen Gewaltfriedens (S. 141).

Es entspricht der Tektonik von Tooze's Werk, dass man zu all diesen steilen Thesen an anderen Stellen auch wieder Differenzierungen, Relativierungen oder einfach das Gegenteil lesen kann. So steht es gleichfalls um die Hauptaussagen: Obwohl Tooze durchgehend vom Fiasko des Wilsonianismus wie vom Fiasko der Versailler Friedenskonferenz schreibt, findet man sich um das Jahr 1928 herum – und hier im Einklang mit der neueren Forschung – in einer recht stabilen europäischen sowie globalen Friedensordnung wieder, bevor dann unversehens und ohne eine triftige Erklärung des Wirtschaftshistorikers Tooze die Wirtschaftskrise hereinbricht und die Katastrophe heraufbeschwört, deren Zusammenhang mit der vorhergehenden Neuordnung der Welt letztlich vage bleibt. – Erfrischend sind bei all dem die das Buch durchziehenden Verweise auf den überzeugten Republikaner Georges Clemenceau, der unablässig für eine transatlantische multilaterale Allianz demokratischer Staaten um den Kern USA, Großbritannien und Frankreich herum warb, worin Tooze eine gedankliche Vorwegnahme der NATO erkennt (S. 359). Es erscheint unnötig, darauf hinzuweisen, dass bei Tooze auch dieses Projekt am Herrschaftsstreben Wilsons scheiterte.

RAINER BEHRING

Köln

VSWG 103, 2016/4, 518–520

Oliver Trede

**Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 70er Jahren**

(Studien zur historischen Migrationsforschung 28). Schöningh, Paderborn 2015, 424 S., 54,00 €.

Die vorliegende Arbeit spürt den Grundhaltungen und der praktischen Politik (auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene) der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gegenüber (Arbeits-)Migranten von den frühen 1960er bis in die frühen 1980er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien nach. Im Fokus stehen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Trades Union Congress (TUC) die zentralen gewerkschaftlichen Dachverbände beider Länder. Darüber hinaus rücken mit der IG Metall und der TGWU (Transport and General Workers'

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Union) ihre jeweils wichtigsten Einzelverbände in den Vordergrund der Untersuchung. Aber auch über themenrelevante Organisationen wie beispielsweise die Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten, Genuss (NGG) findet sich eine Reihe zuweilen erhellender, im Ganzen allerdings oft auch unzusammenhängend präsentierter Informationen. Der Autor stützt sich dabei im Wesentlichen auf die im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn zu findenden Vorstandsakten des DGB und seiner wichtigsten Einzelgewerkschaften sowie auf die entsprechenden (lückenhafteren) Quellen der britischen Gewerkschaften im Modern Record Centre an der University of Warwick. Systematisch ausgewertet wurden zudem die Geschäftsberichte, Gewerkschaftstagsprotokolle und Mitgliederzeitungen der untersuchten Organisationen.

Trede fragt nach der gewerkschaftlichen Rolle bei der Steuerung von Einwanderung in die nationalen Arbeitsmärkte, beleuchtet die Etablierung und den Verlauf einer eigenständigen gewerkschaftlichen „Ausländerpolitik“ und zeigt auf, wie die Migranten und Migrantinnen in den Arbeitnehmerorganisationen zunächst nur zögerlich ihren Platz fanden. Die Untersuchung ist chronologisch angeordnet und folgt in vier Hauptkapiteln mehr oder minder den Zäsuren der „Migrationsregime“ in beiden Ländern, die sich aus den sich wandelnden ökonomischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergaben.

Der Autor unterstreicht dabei das aus seiner Sicht große Misstrauen, mit dem sowohl die deutschen als auch die britischen Arbeitnehmerorganisationen dem Zuzug ausländischer Arbeitskräfte in die jeweiligen Arbeitsmärkte seit den 1950er Jahren begegneten. In den frühen 1950er Jahren plädierten die DGB-Organisationen zunächst dafür, so der wenig überraschende Befund, „die vorhandenen Reserven auf dem einheimischen Arbeitsmarkt auszuschöpfen“ (S. 87). Allerdings seien die bilateralen Anwerbeabkommen, die die Regierung der Bundesrepublik ab 1955 mit südeuropäischen Ländern und der Türkei traf, von den Gewerkschaften dann doch akzeptiert worden. Anfang der 1970er Jahre forderten sowohl die westdeutschen als auch die britischen Gewerkschaften erneut weitreichende Einschränkungen der Zuwanderungsmöglichkeiten; vor dem Hintergrund der ersten Ölkrise unterstützten die DGB-Gewerkschaften den 1973 verhängten Anwerbestopp und duldeten in den Folgejahren zumindest stillschweigend die vorrangige Entlassung von Arbeitsmigranten. Auch die britischen Gewerkschaften versuchten den Zuzug der „immigrant workers“ aus den Commonwealth-Staaten angesichts sich zuspitzender ökonomischer Probleme nun stärker zu regulieren und letztlich einzudämmen.

Auf der anderen Seite hatte sich vornehmlich die IG Metall bereits seit den frühen 1960er Jahren auf allen Organisationsebenen intensiv darum bemüht, die neuen ausländischen Kollegen und Kolleginnen in die innergewerkschaftlichen Entscheidungsprozesse einzubeziehen, zahlreiche Schulungen sowie Seminare, besonders für ausländische Vertrauensleute, veranstaltet und (wie auch der DGB) eigene Publikationen für die verschiedenen Sprachgruppen herausgegeben. In der Bundesrepublik garantierte die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 auch den Arbeitnehmern aus Nicht-EWG-Staaten das passive Wahlrecht – die Novellierung erfolgte nicht zuletzt auf gewerkschaftlichen Druck. Auch bei der Abwehr rechtsextremer Politikangebote positionierten sie sich immer eindeutig, ein Urteil, das laut Trede in Bezug auf die britischen Gewerkschaften ambivalent ausfällt. Zugleich stieg der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeitsmigranten in beiden Ländern nach schleppendem Beginn bis in die frühen 1980er Jahre auf ein Niveau, das demjenigen der im Inland Geborenen entsprach und es teilweise übertraf.

Insgesamt hat der Autor eine detaillierte und faktenreiche Darstellung der Haltung der briti-

schen und westdeutschen Gewerkschaften zur Arbeitsmigration vorgelegt. Eine stärkere Bündelung der zuweilen sprunghaften Darstellung sowie eine fragestellungsgeleitete Bewertung der zu Tage geförderten Befunde wären allerdings wünschenswert gewesen. Offen bleibt insbesondere der Beitrag gewerkschaftlicher „Ausländerpolitik“ zu der in ihrer Qualität nur schemenhaft angedeuteten Integration (der Gruppen und Alterskohorten) der ehemaligen Arbeitsmigranten und -migrantinnen.

RAINER FATTMANN  
Bonn

VSWG 103, 2016/4, 520–521

Jan Luiten van Zanden u. a. (Hg.)  
**How Was Life? Global Well-Being since 1820**  
OECD Publishing, Paris 2014, 269 S., 52,00 €.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeichnet sich seit vielen Jahren auch durch ein umfangreiches wissenschaftliches Publikationsprogramm aus, das insbesondere auf der Erhebung, Aufbereitung und Analyse statistischer Daten basiert. Am bekanntesten dürften dabei die seit dem Jahr 2000 im dreijährigen Abstand veröffentlichten PISA-Studien zur Messung von Schulleistungen sein. Weniger bekannt ist, dass die OECD auch historischen Entwicklungen großes Interesse entgegenbringt. Lange Jahre geschah dies im Rahmen des für Entwicklungspolitik zuständigen *Development Centre*, das insbesondere und wiederholt die Arbeiten des 2010 verstorbenen Angus Maddison förderte. An dessen Werk knüpft der hier zu besprechende Band an. Dabei haben sich die organisatorische Zuordnung, die thematische Ausrichtung und der zeitliche Horizont geändert: Die vorliegende Studie ist Teil der *Better Life Initiative*, in deren Rahmen die OECD ein Set von elf umfassenden und international vergleichbaren Wohlstandsindikatoren entwickelt hat, das sie für Wohlstand und Fortschritt als zentral ansieht und das aussagekräftiger sein soll als eine schlichte Betrachtung des Bruttoinlandsprodukts. Nachdem im Rahmen dieser Initiative bislang drei Studien der Frage *How is Life* nachgingen, fragt man nun also auch in historischer Dimension: *How was Life*. Während Maddison sich auf die Rekonstruktion von Bevölkerungs- und Bruttoinlandsproduktentwicklungen beschränkte und diese am Ende sogar bis zu Christi Geburt zurückverfolgte, behandelt *How was Life* die Zeit ab 1820 (wie auch Maddison ursprünglich), setzt dafür aber thematisch den Fokus weiter und untersucht – orientiert an dem neuen Kontext – nunmehr zehn Dimensionen. Jeder Dimension ist ein Kapitel gewidmet, in dem jeweils mehrere Indikatoren (= Zeitreihen) behandelt werden, wiederum in Anlehnung an Maddison für 25 Länder, die acht Weltregionen zugeordnet werden. Bei den Daten handelt es sich um Werte in Zehnjahresschritten bzw. -durchschnitten, wobei für die betrachteten Länder Gebietsveränderungen nur in den von Maddison bearbeiteten Themen herausgerechnet wurden. Die Daten entstammen größtenteils dem Projekt *Clio-Infra*, das seit 2010 unter der Leitung von Jan Luiten van Zanden und internationaler Beteiligung durchgeführt wird.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016



Zum Inhalt: In einem einleitenden Abschnitt werden zunächst grundlegende Konzepte der Studie erläutert. Nach den beiden klassischen, bereits von Maddison behandelten Bereichen der Bevölkerungsentwicklung und des Bruttoinlandsprodukts folgen Kapitel über Löhne, Bildung, Lebenserwartung, Körpergrößen, soziale Sicherheit, politische Institutionen, Umwelt, Einkommens- und Geschlechterungleichheit, schließlich eine Art experimentelle Zusammenschau, die sich an einem integrierten Wohlstandsindikator versucht. Alle thematischen Kapitel folgen einem streng einheitlichen Aufbau. Zunächst wird das Konzept erläutert (Begründung der Auswahl der Indikatoren, Erläuterung ihrer theoretischen Aussagefähigkeit), anschließend werden die historischen Quellen bzw. bisherigen Studien beschrieben. Dann folgt, ebenso ungewöhnlich wie innovativ, ein Abschnitt über die Datenqualität. Für jeweils fünf bis sechs „benchmark years“ wird angegeben, ob die Daten von hoher, mittlerer oder niedriger Qualität bzw. Schätzungen sind. „Schätzungen“ ist aber eher ein Euphemismus: Tatsächlich handelt es sich dabei um „guesimates“ oder schlichte Interpolationswerte. Schätzungen im üblichen Wortgebrauch sind eher die hier mit niedriger Qualität charakterisierten Daten. Weiterhin werden „Highlights“ und „Trends“ beschrieben, die verwendeten Daten tabelliert und visualisiert, die Korrelation mit dem Bruttoinlandsprodukt untersucht, schließlich Aufgaben für die zukünftige Forschung benannt. Vorbildlich ist, dass zu jeder Tabelle ein dauerhafter Internet-Link angegeben wird, der die Daten in Form einer Excel-Tabelle bereitstellt. Die Kapitel warten mit einer Fülle aufschlussreicher Erkenntnisse auf, die hier nicht im Einzelnen behandelt werden können. Eine zentrale Botschaft der Studie ist, dass sich seit den 1970er Jahren die anhand eines zusammengesetzten Indikators gemessene Lebensqualität international stärker angleicht als das Bruttoinlandsprodukt.

Vermutlich wird der eine oder andere Spezialist auf seinem Gebiet diese oder jene These als zu gewagt, die eine oder andere Datengrundlage als zu schwach ansehen. Wer schon bei dem Konzept von Maddison Bauchschmerzen hatte, wird sich hier nicht besser fühlen. Man sollte aber das große Ganze über die Detailkritik stellen – und kann nur hoffen, dass die Sichtbarkeit einer OECD-Publikation dazu beiträgt, die Ergebnisse des Projektes möglichst weit zu tragen. Hans Rosling, der – mit ähnlichen Daten und Einsichten – seit Jahren nicht müde wird, auf die mangelnde statistische Literalität hinzuweisen, hat mittlerweile ein „Ignorance Project“ gestartet, das zeigt, wie verzerrt die Wahrnehmung im Bereich statistischer Fakten ist. Van Zanden und seinen Mitautoren ist daher nicht nur eine große Beachtung zu wünschen, sondern auch, dass sie ebenso wie die OECD hartnäckig am Ball bleiben. Dabei gilt das Diktum des Mathematikers Piet Hein: „The road to wisdom: Well it's plain and simple to express: Err and err and err again but less and less and less.“

THOMAS RAHLF

Bonn



## C. Sozialgeschichte

VSWG 103, 2016/4, 522–523

Rüdiger Ahrens

### **Bündische Jugend. Eine neue Geschichte 1918–1933**

(Moderne Zeit 26). Wallstein, Göttingen 2015, 477 S., 46,00 €.

Robbert-Jan Adriaansen

### **The Rhythm of Eternity. The German Youth Movement and the Experience of the Past, 1900–1933**

(Making Sense of History 22). Berghahn, New York / Oxford 2015, 219 S., 95.00 \$.

Most histories of the German Weimar Republic (1918–1933) barely, if at all, mention the *bündische Jugend*, a collection of youth organizations, which emerged mostly from the *Wandervogel* movement that had begun in 1901. Walter Laqueur himself, author of the groundbreaking history of the German Youth Movement published in English, dismissed the Youth Movement in his general history of the Weimar Republic as a brief phase in the lives of a few young Germans without lasting significance.<sup>1</sup> In the two remarkable studies under review here, the fundamental premise falls in line with Laqueur's later assertion that, while in its time the Movement remained small and ultimately failed, one cannot disregard the influence members of the *Bünde* exerted on German society. Both Robbert-Jan Adriaansen and Rüdiger Ahrens offer cogent analyses, proposing that the culture of these small, elitist, loosely affiliated sectarian groups reveals critical aspects of the mentality underlying the broader social and political movements of middle-class Germany after World War I.

Rüdiger Ahrens presents a comprehensive history of the *bündische Jugend* as a corrective to earlier chronicles, which he identifies as apologetic, having been written by former members of the Youth Movement, and which are insufficiently based on documents and archival records. In his meticulously researched investigation, Ahrens frames his analysis of the Weimar Youth Movement between a section on the genesis and mutations of the earlier *Wandervogel* movement and an epilogue of post-1933 considerations. In the main, he specifically examines the organizational relations among the youth groups, focusing primarily on the five largest, and identifies also their associations and mutual influences with major groupings of leading right-wing factions. These affiliations, as well as the wealth of programmatic publications, reveal ideological alignments of the *Bünde*, which in turn motivated and gave special meaning to specific activities: hiking, camping, sports, and cultural activities cultivated individual character, but also adhered members to the collective of their *Bund* through uncompromising loyalty, while also inculcating universal ideals of a Great German *Volk*, *Reich*, and *Nation*. The plethora of individual *Bünde* had much in common, yet resisted merging due largely to the inherent nature of each group to provide a holistic social realm, which consisted of a small, exclusive and elitist subculture that demanded the devotion of each individual member. Such powerful identification with one's own home group would have made mergers seem like a betrayal of allegiance, although a few consolidations did occur. Such dominance of the group and its ideals shaped the schemata, sensibilities, dispositions and tastes of its members, eventually resulting in a kind of martial ("bellizistisch") habitus. Despite the relative independence of

each *Bund*, all generally recognized their common objectives and shared attitudes. Ahrens suggests that this broad mutual understanding should be described as a “Szene” and compares the *bündische Szene* with the loose affiliations of contemporary youth culture (a comparison that I do not find entirely compelling).

While the *Bünde* clearly stood politically in the right-wing camp, Ahrens stresses that the *bündische Jugend* was not a forerunner of National Socialism, especially because the elitism and rejection of mass movements among the *Bünde* were incommensurable with the Nazi consolidation of power in all areas of German life.

Ahrens identifies a major formative aspect of the *bündische Jugend* in its memory culture, specifically in the ritual ceremonies, written dedications and symbolic representations which foremost honored the fallen heroes of World War I, while at the same time sought metahistorical embodiments of the *Volk*. Robbert-Jan Adriaansen goes further in this regard, focusing on alternative conceptions of history as the fundamental ideological mooring of the German Youth Movement. Adriaansen rejects the assumption that the German Youth Movement merely occupied a romantic, irrational, anti-modern branch of intellectual cultural despair. His study, “The Rhythm of Eternity”, builds a persuasive argument based on empirical research and referencing influential philosophers, such as Nietzsche, Dilthey, and Natorp, along with the *völkisch* thinkers such as de Lagarde, Langbehn and Moeller van den Bruck. As a central tenet of the Youth Movement’s rejection of bourgeois values of the older generation, Adriaansen highlights a critical rethinking of history, one that opposes linear progression, yet also does not follow a Spenglerian cyclical pattern. The new religiosity of the *bündische Jugend* in the 1920s perceives the past as ever-present, and represented neither as a line nor circle, but rather adopts the geometrical analogy of a sphere, which illustrates a cosmic and pantheistic ordering of time. The future, too, belongs to this spherical constellation, resulting in a mystical fatalism that Adriaansen calls “immanent eschatology”. For members of the Youth Movement, one could only grasp historical time in its essence through moments of revelation, through *Erlebnis*. Experience in this sense would take place by connecting profoundly with nature and with the *Volk* through a process of concentrated self-education of the personality in a select group of kindred spirits. History was an emotional insight, not an intellectual endeavor.

In conclusion, Adriaansen’s book-length essay and Ahrens’ historical narrative make valuable contributions to the discourse on the Weimar Republic and will hopefully bring the German Youth Movement out of the confines of recondite scholarship.

- 1 Walter Laqueur: *Young Germany. A History of the German Youth Movement*. New Brunswick / London 1984 (original edition New York 1962); Walter Laqueur: *Weimar. A Cultural History 1918–1933*. London 1974, p. 63. In the 1984 re-edition of “*Young Germany*”, Laqueur acknowledged in the new introduction that the *bündische Jugend* indeed became a major influence on German society (see p. v).

LUKE SPRINGMAN  
Bloomsburg



VSWG 103, 2016/4, 524–525

Sigrid Bauschinger

**Die Cassirers. Unternehmer, Kunsthändler, Philosophen.**

**Biographie einer Familie**

Beck, München 2015, 464 S. (41 Abb.), 29,95 €.

Im Zuge der deutschen Reichsgründung 1871 kamen die Kinder des schlesischen Webstuhl- und Tuchproduzenten Marcus Cassirer (1809–1879) zunächst in Breslau, hernach in Berlin als Unternehmer im Holzgeschäft zu Wohlstand. In den folgenden Generationen fächerte sich der Handlungsradius der Familie zunehmend auf. Studium und Promotion wurden für die männlichen Nachkommen mehr und mehr zum Standard, sie reüssierten in der Medizin, im Kunst- und Kulturbetrieb, in der Wissenschaft und Pädagogik. Einige Protagonisten der Familie – so der Kunsthändler Paul (1871–1926), der Verleger Bruno (1872–1941) und der Philosoph Ernst Cassirer (1874–1945) – erlangten im Laufe des 20. Jh.s über die deutschen Grenzen hinaus Bekanntheit und pflegten Kontakte zu Geistesgrößen wie Rainer Maria Rilke, Albert Einstein und den Manns. Auch die weiblichen Familienmitglieder konnten sich zunehmend exponieren. Edith Cassirer (1885–1982) gründete 1910 gemeinsam mit ihrem Mann Paul Geheeb (1870–1961) die Odenwaldschule und machte sich in der Reformpädagogik einen Namen. Anna-Marie Loewenberg (1902–2001) war 1929 die erste Frau der Familie, die studierte und promoviert wurde. Während der NS-Zeit emigrierten die direkten Nachfahren Marcus Cassirers, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft dem nationalsozialistischen Terror ausgesetzt waren, sukzessive nach Australien, Europa und in die USA – die Letzten im Zuge der Reichspogromnacht 1938. Unter schwierigen Bedingungen konnten sie im Exil vielfach Fuß fassen und ihren unterschiedlichen Professionen weiter nachgehen.

Sigrid Bauschinger, emeritierte Professorin für deutsche Literatur, widmet sich in dieser Familienbiographie folglich einem umfassenden und facettenreichen Thema, das sie eingrenzt, indem sie sich auf die noch in Deutschland geborenen Nachfahren Marcus Cassirers konzentriert. Damit nimmt sie schwerpunktmäßig drei Generationen der Familie in den Blick; ihr Untersuchungszeitraum reicht vom ausgehenden 19. bis ins beginnende 21. Jh. Bauschinger stützt ihre Ausführungen auf eine breite Auswahl archivalischer und gedruckter Quellen – v. a. Briefe, autobiographische, literarische und wissenschaftliche Texte – sowie auf die Forschungsbeiträge, die zu einzelnen Familienmitgliedern vorliegen. Bedauerlicherweise fehlt ein Quellen- und Literaturverzeichnis, was daran liegen mag, dass sich das Buch an eine breitere Leserschaft wendet. Die Materialgrundlage muss aus den Endnoten herausdestilliert werden. Immerhin enthält das Werk ein Personenregister und ein Generationenverzeichnis.

Auf dieser Grundlage ist es Bauschingers Bestreben, eine konsistente Familiengeschichte zu erarbeiten, „einen Überblick über die gänzlich verschiedenen Talente in der Familie Cassirer zu geben“ (S. 7). Dies gelingt ihr allerdings nur bedingt. Das Buch gliedert sich in sechs Kapitel, die in chronologischer Abfolge biographische Abhandlungen zu ausgewählten Familienmitgliedern nebeneinanderstellen. In diesen Abschnitten reiht Bauschinger eine Fülle von Fakten deskriptiv aneinander, wobei sie quellenkritische Distanz und analytischen Tiefgang vermissen lässt. Einen interessanten Überblick über die „Talente in der Familie Cassirer“ erhält die Leserschaft somit sehr wohl. Allerdings zerfällt die angestrebte Familienbiographie in Biographien einzelner Familienmit-

glieder. Die Aussagen zum Familienverbund erschöpfen sich in der Erkenntnis, dass der „gemeinsame Nenner dieser vielen, oft grundverschiedenen Menschen [...] das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, wie es nur die Familie bietet, und der Stolz auf sie“ gewesen sei (S. 226, auch 21, 210 f., 233, 321). Des Weiteren habe die Cassirers „tiefe Verwurzelung in der deutschen Kultur und mit ihr die Liebe zu Kunst und Literatur sowie ein stark ausgeprägtes soziales Bewusstsein“ (S. 74, auch 321) ausgezeichnet, zudem Talent, Fleiß und die „Fähigkeit, rasche Entscheidungen zu treffen“ (S. 325).

Insgesamt ist das Buch für wissenschaftliche wie nicht-wissenschaftliche Interessenten eine mühsame Lektüre. Eine zugrundeliegende Fragestellung ist nicht vorhanden, ein roter Faden in der Erzählung nur schwerlich auszumachen. Ein systematischer Zugriff auf den Untersuchungsgegenstand, wie er sich lediglich in dem Kapitel „Familie und Judentum“ andeutet, wäre wünschenswert gewesen. Fraglos aber kann Bauschingers ausgedehntes Wissen über eine bedeutende Unternehmer- und Intellektuellenfamilie des 20. Jh.s für ein (geschichts-)wissenschaftliches Erkenntnisinteresse fruchtbar gemacht werden.

JOHANNES GRAMLICH  
München

VSWG 103, 2016/4, 525–527

Marco Birn

**Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland. Das Streben nach Gleichberechtigung von 1869–1918, dargestellt anhand politischer, statistischer und biographischer Zeugnisse**

(Heidelberger Schriften zur Universitätsgeschichte 3). Winter, Heidelberg 2015, 385 S. (51 S. Tabellenanhang, zahlr. Abb. u. Grafiken), 36,00 €.

Die als Dissertation an der Universität Heidelberg angenommene Studie zeichnet die Bedingungen des Hochschulzugangs von Frauen, deren Profil und Karrieren sowie Lebensverhältnisse und Erfahrungen in den letzten Jahrzehnten des 19. und im beginnenden 20. Jh. nach. Geschlechtertheoretisch verknüpft der Autor den Ausschluss von Frauen vom universitären Studium, für den es eigentlich keine Rechtsgrundlage gab, mit dem Konzept der im 19. Jh. wirkmächtigen Geschlechtercharaktere. Diese dienen dazu, Frauen intellektuelle Voraussetzungen abzusprechen und auf eine familiäre Rolle festzuschreiben. Umfangreiches Quellenmaterial aus Universitätsarchiven liefert neben einer Sammlung publizierter Gutachten die Basis sowohl für statistische Auswertungen als auch für akteurInnenzentrierte Zugänge.

Im Zentrum des ersten Teils steht die hochschulpolitische Situation an insgesamt 22 Universitäten in den einzelnen deutschen Staaten. Diese differierte deutlich, da ihnen die Verfassung des Kaiserreichs von 1871 die Regelung der Grundrechte überlassen hatte. Die Argumente, die gegen die Zulassung von Frauen zum regulären Studium von universitärer Seite vorgebracht wurden, waren immer dieselben, angefangen bei mangelnder Eignung – etwa zum Medizinstudium – bis zu un-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

zureichender Vorbildung. Frauen galten als „störende Erscheinung“ (S. 23) im Universitätsbetrieb. Befürchtet wurde letztlich die „Erschütterung der gesellschaftlichen Ordnung“ insgesamt (S. 72). Die Universitätsleitung in Würzburg forderte z. B. eine strenge Kleiderordnung, eine Trennwand zwischen Studenten und Studentinnen sowie separate Eingänge. Bekanntschaften mit Studenten waren verboten. Allerdings gab es andernorts auch befürwortende Gegenpositionen. Lang war der Weg zu einheitlichen Regelungen, auf deren Grundlage Frauen ordentlich immatrikuliert und promoviert werden konnten. Er begann mit einzelnen Anfragen von Frauen, darunter etliche Russinnen, oder mit Damenvorlesungen wie in Freiburg und führte weiter über Duldung sowie individuelle Ausnahmestimmungen, die vielfach vom Einverständnis der Dozenten abhingen. Gesamt gesehen unterschieden sich die Chronologien der einzelnen Phasen an den Universitäten, aber auch zwischen den Fakultäten. Sichtbar macht der vergleichende Zugang, dass die Hochschulen im Austausch standen und sich gegenseitig beobachteten. Wichtige AkteurInnen neben den Universitäten und Ministerien waren die Frauenbewegung und Frauenvereine, die sich für die Errichtung von Mädchengymnasien und für den Hochschulzugang von Frauen engagierten.

Im zweiten Teil gibt Birn Einblicke in die Entwicklung der Studentinnenzahlen bis 1918 – sie erreichten etwa in Preußen zwischen zehn und elf Prozent – sowie in Studienwahl und familialen Hintergrund. Studien an der Philosophisch-Historischen Fakultät lagen vor Medizin, naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern und den Rechtswissenschaften. Geografische und soziale Herkunft, Religion, die Berufe der Väter, Vorbildung und Alter wertet der Autor vergleichend für Männer und Frauen aus. In einem weiteren Schritt setzt er die Präsenz von Frauen und die Fächerwahl mit den Spezifika und unterschiedlichen Schwerpunkten der einzelnen Universitäten in Verbindung. Die herausgearbeiteten Zusammenhänge – etwa mit den Berufen der Väter und mit Konfession – sind Birn zufolge zum Großteil nicht als geschlechtsspezifisch zu werten. Die Karrierewege unterschieden sich allerdings deutlich: Für Frauen stand das höhere Lehramt an erster Stelle, gefolgt von der Ausbildung als Ärztin, während sie an den juristischen Fakultäten kaum vertreten waren, zumal ihnen der Zugang zum Richteramt und zu juristischen Berufen erst ab 1922 möglich wurde. Akademische Karrieren endeten meist mit einer Assistentinnenstelle, vor allem in den Naturwissenschaften. Eine Habilitation war erst ab 1920 möglich. Frauen kamen tendenziell aus höheren sozialen Schichten als Männer, jene aus dem katholischen Milieu waren gemessen an der Gesamtbevölkerung unter-, jene aus dem jüdischen überrepräsentiert.

Der dritte Teil leuchtet begünstigende und hinderliche Faktoren aus, auf die studierwillige Frauen trafen: Das reicht von Ablehnung und Vorbehalten vonseiten der Väter oder Mütter oder des sozialen Umfeldes über die Frage der Finanzierung des Studiums bis zur Wohnsituation in Hinblick auf Verfügbarkeit, Leistbarkeit und Ausstattung. Der vorletzte Abschnitt ist den Wahrnehmungen der studierenden Frauen gewidmet und ihren Initiativen – wie die Gründung eigener Vereine –, aber auch der Haltung von Professoren und den Reaktionen der Studenten. Diese umfassten eine breite Palette: von feindselig bis freundschaftlich. Den Abschluss bildet ein Ausblick auf die während des Ersten Weltkriegs veränderte Situation, die von „Angst der Verweiblichung der Universität“ begleitet war (S. 335), was Birn als verspäteten Protest gegen das Frauenstudium wertet. Ein 50-seitiger Tabellenanhang mit den statistischen Auswertungen, ein Orts- und Personenindex beschließen den Band.

Die Studie ist empirisch breit aufgestellt. Die räumlich und methodisch weite Perspektivierung zeichnet diese Arbeit gegenüber bisherigen Untersuchungen zum Thema aus. Die differenzierten



Ergebnisse gründen auf detaillierter Recherche, auf der Mehrstimmigkeit der Argumentationen und nicht zuletzt auf dem Bemühen, Verbindungslinien zwischen den maßgeblichen AkteurInnen nachzuzeichnen.

MARGARETH LANZINGER

Wien

VSWG 103, 2016/4, 527–528

Kerstin Brückweh

**Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter**

(Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 76).

De Gruyter / Oldenbourg, Berlin / Boston 2015, 426 S. (31 Abb., 23 Tab.), 64,95 €.

Volkszählungen sind eine wichtige Quelle für die historischen Sozialwissenschaften. Sie erfreuen sich gerade in letzter Zeit in der historischen Demographie und Familienforschung steigender Beliebtheit (siehe die Projekte NAPP oder MOSAIC zur elektronischen Erfassung von Mikrodaten). Auf der anderen Seite scheint sich die Zeit der klassischen Volkszählungen in den Industriestaaten dem Ende zuzuneigen. Eine Diskussion über den Sinn solch aufwendiger Erhebungen findet auch im Vereinigten Königreich seit dem Zensus von 2011 statt. Das allein wäre schon Anlass genug, sich mit der Geschichte dieser Art von Datensammlung und damit im allgemeineren Sinne mit der Entstehung von quantitativen Informationen sowie der Entwicklung der dahinter stehenden Konzepte kritisch auseinanderzusetzen. Laut Kerstin Brückweh, die diesem Thema ihre Habilitationsschrift gewidmet hat, führt eine solche Arbeit „ins Zentrum gesellschaftlicher Debatten um das digitale Zeitalter“, indem sie einen „Einblick in die Fertigungshallen sozialer Fakten“ vermittelt. Dieser Anspruch ist vielleicht etwas hoch gesteckt, denn oftmals lassen sich die verwaltungsinternen Prozesse nicht mehr genau rekonstruieren. Richtig und wichtig ist aber, dass die Arbeit eine solide Darstellung über die Entwicklung des Volkszählungswesens in einem liberalen Staat liefert, der zunächst mit der Einrichtung einer solchen zentralen Instanz zum Sammeln demographischer und sozialer Daten gezögert hatte. Obwohl England einige Pioniere der Demographie gestellt hatte, fand die erste britische Zählung erst 1801 und damit später als in den großen kontinentalen Monarchien statt. Ab 1841 kann man von modernen Volkszählungen sprechen. Was wollte man zu welchem Zweck wissen und mit welchen Methoden erfahren? Um diese Fragen zu beantworten, bezieht die Autorin die seit den 1920er Jahren aufkommende Marktforschung und deren Umfragemethoden ein. Sie gliedert ihre Studie in drei Hauptteile: zu den Akteuren und Methoden, den Einteilungskriterien Klasse und Raum und den politischen Entscheidungsprozessen.

Bemerkenswerterweise trifft auf die Zensusfragen nicht pauschal die Vermutung zu, dass die Neugier des Staates zu einer stetigen Ausweitung der Anzahl der Items geführt hätte. Hier setzten schon die Kosten enge Grenzen. Von 1841 bis 1961 wurden nur fünf bis zwölf Merkmale erhoben; erst der Einsatz der EDV führte zu einer Zunahme von 29 Fragen 1971 auf 56 Fragen 2011. Wie das

Beispiel der USA zeigt, scheint damit aber der Höhepunkt überschritten zu sein. Einem Verzicht auf solche Erhebungen redet die Autorin indes nicht das Wort, da ihr zufolge Daten sonst nur noch hinter verschlossenen Türen erhoben würden und der „zirkuläre Prozess der Wissensproduktion“ zu Ende wäre. Dieser verstärkte sich parallel zu den erweiterten technischen Möglichkeiten, wie Brückweh anhand der Debatte um die Erhebung ethnischer Merkmale zeigen kann. Auch zu weiteren Themen und den dahinter stehenden Anschauungen und Interessen gibt sie aufschlussreiche Belege – so zur Problematik der „class“, eine dem Selbstverständnis der englischen Gesellschaft konforme Kategorie, deren Konfektion auf der Grundlage von Berufen lange Zeit konstant blieb. Von mehr historischem Interesse sind die Fragen nach den „disabilities“, insbesondere „deaf-and-dumb“ und „lunatic“, die ebenfalls in Fallstudien vorgestellt werden. Im Zuge der Ermittlung von Problemgruppen sollte der Bedarf an Hilfsangeboten geschätzt werden, als Teil einer langfristigen Entwicklung hin zum Wohlfahrtsstaat (S. 25). Mit diesen Kriterien folgte England letztlich den Vorgaben des Ersten Statistischen Kongresses in Brüssel 1853. Die von Anfang an vorhandenen definitorischen Probleme und die praktische Unmöglichkeit, Personen als „imbecile or idiot“ oder „lunatic“ zu registrieren, setzten dieser Episode 1921 ein Ende, ohne der Eugenik einen Raum zu öffnen. Insgesamt erfüllt das Buch also auch die Rolle eines Nachschlagewerks für vergleichende Untersuchungen, wie sie uns in dieser Breite für Deutschland fehlen.

ROLF GEHRMANN  
Frankfurt (Oder)

VSWG 103, 2016/4, 528–529

Susanne Businger  
**Stille Hilfe und tatkräftige Mitarbeit. Schweizer Frauen und die Unterstützung jüdischer Flüchtlinge, 1938–1947**  
Chronos, Zürich 2015, 367 S., 62,00 €.

Die Flüchtlingspolitik der Schweiz während der Zeit des Nationalsozialismus ist eine sehr kontrovers diskutierte Thematik, die die Schweizer Öffentlichkeit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges immer wieder beschäftigte. Dabei steht der Umgang mit den durch den Rassenwahn des nationalsozialistischen Deutschlands existenziell bedrohten Jüdinnen und Juden im Zentrum der Diskussionen. Die Schweiz war als neutrales und unbesetztes Land zwar nicht direkt von der deutschen Judenvernichtungspolitik betroffen, doch die Frage, wie viele Menschen die Schweiz vor der Ermordung hätte retten können, bleibt bis heute sehr sensibel und erregt immer wieder die Gemüter.

Während politisch-konservative Kreise die Großzügigkeit der Schweiz betonen und „objektive“ Gründe, wie die Angst vor dem übermächtigen Nachbarn oder drohende Versorgungsengpässe bei einem unkontrollierten Zustrom von Flüchtlingen, ins Feld führen, nennt das links-liberale politische Spektrum, gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse, Fremdenfeindlichkeit und spezifisch Antisemitismus als Gründe für die fehlende Bereitschaft der Schweizer Behörden, die Grenzen für die verfolgten Jüdinnen und Juden grundsätzlich zu öffnen.

Gerade auch die jüngere Schweizer Historiographie versucht, das ambivalente Bild der Schweiz differenzierter zu analysieren. Es befanden sich bei Kriegsende im Frühjahr 1945 annähernd 30.000 jüdische Flüchtlinge auf dem Territorium der Eidgenossenschaft. Doch zugleich wurden während des Krieges tausende Personen zurückgewiesen und teilweise sogar den deutschen Behörden an der Grenze überstellt.

In die Reihe einer detaillierten und kritischen historischen Aufarbeitung dieser Epoche gehört auch die vorliegende Arbeit der Züricher Historikerin Susanne Businger. Mit ihrer Monographie zum Einsatz der Frauen bei der Hilfe für jüdische Flüchtlinge kann sie eine wichtige Forschungslücke schließen. Historikern, die bisher die Schweizer Flüchtlingspolitik erforscht haben, ist bekannt, dass sich vor allem Frauen konkret und intensiv mit der Betreuung der jüdischen Flüchtlinge befassten. Es existieren zahlreiche autobiographische Zeugnisse von Frauen, die entweder in der Schweiz Flüchtlinge und Holocaustüberlebende betreuten oder sogar im Ausland, bspw. in den Internierungslagern von Südfrankreich, mit außerordentlich viel Engagement sowie Mut versuchten, möglichst viele Jüdinnen und Juden vor dem Zugriff der deutschen Mörder sowie ihrer lokalen Kollaborateure zu retten.

Businger unternimmt es in ihrer sorgfältig konzipierten Dissertation, zahlreiche weitere Aspekte der Flüchtlingsarbeit von Frauen zwischen 1938 und 1947 zu dokumentieren und zu analysieren. So geht sie der Arbeit der etablierten Frauenorganisationen nach, die generell politisch und konfessionell gebunden waren und deren offizielle Haltung zu den Flüchtlingen im Allgemeinen sowie zu den jüdischen Flüchtlingen im Besonderen daher entsprechend geprägt war. Während der Einsatz jüdischer Frauenorganisationen auf Grund ihrer religiös-kulturellen Verbundenheit mit den verfolgten Glaubensgenossen naheliegend erscheint, ist erstaunlich, wie sehr sich gerade Frauen aus protestantischen Milieus für die „fremden“ Juden einsetzten. Katholikinnen, die sich für verfolgte Angehörige des Judentums engagierten, finden sich dagegen vergleichsweise selten. In vielen Fällen jedoch siegte die Hilfsbereitschaft für die verfolgten Menschen über die jüdenfeindlichen Traditionen der Schweizer Gesellschaft.

Frauen sahen, und dies macht die Autorin zu Recht deutlich, in der Flüchtlingsarbeit nicht selten auch eine Möglichkeit, sich persönlich sowie beruflich weiter zu entwickeln. Der Bedarf an Arbeitskräften erschloss den Frauen, die nur teilweise eine Ausbildung als Krankenschwester oder Lehrerin besaßen, neue Handlungsspielräume.

Die Dissertation von Susanne Businger bietet einen äußerst vielschichtigen Einblick in einen nur auf den ersten Blick rein humanitären Bereich der Schweizer Flüchtlingspolitik. Im Einsatz der Frauen für die jüdischen Flüchtlinge verschränken sich jedoch viele soziale Bereiche miteinander: Wirtschaftliche, politische sowie konfessionelle Aspekte spielen in diese Thematik hinein und werden von der Autorin souverän miteinander verbunden.

Schweizer Frauen waren Teil eines helvetischen Selbstverständnisses, das auch antisemitische Züge trug. Trotz dieser gesellschaftlichen Vorurteile schafften es zahlreiche Frauen, vielen Jüdinnen und Juden Hilfe zukommen zu lassen. Diesen Sachverhalt prägnant aufgearbeitet zu haben, ist ein wichtiger Verdienst des Buches.

DANIEL GERSON  
Bern

VSWG 103, 2016/4, 530–531

Isabelle Devos / Julie De Groot / Ariadne Schmidt (Hg.)

**Single Life and the City 1200–1900**

Palgrave Macmillan, Basingstoke u. a. 2015, XV u. 260 S. (14 Abb., 27 Tab., 1 Karte), 95,00 \$.

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes sind in englischer Sprache geschrieben. Insgesamt sollen sie, wie die Herausgeberinnen im Vorwort erläutern, die Lage Alleinlebender, vor allem alleinlebender Frauen, in Nordwesteuropa erfassen. Der geographische Begriff ist allerdings mit Frankreich, Flandern, England und Schweden weit gefasst, dagegen fehlen Beiträge zum Niederrhein und den Niederlanden. Ferner ist auffallend, dass nur mit wenigen Zahlen gearbeitet wird, so dass die Aussagekraft fast aller Beiträge begrenzt ist, wie manche Verfasserin auch selbst betont. Die Texte werden in drei Gruppen zusammengefasst: 1. Beschränkungen und Möglichkeiten, 2. Gruppenerfahrungen und Vereinzeln und 3. Haus und materielle Kultur.

Nach einer Einleitung in die Probleme des Sujets durch Ariadne Schmidt, Isabelle Devos und Bruno Blondé beschreibt Peter Stabel die Lage alleinlebender Frauen in flandrischen Städten des späten Mittelalters und kommt zu dem Schluss, dass die Frauen schon vor dem Pestzug Schwierigkeiten gehabt hätten, die sich danach verstärkten. Anne Montenach beschäftigt sich mit alleinlebenden Frauen in Frankreichs kleineren Städten des 17. und 18. Jh. s. Sie ist der Auffassung, dass diese Frauen ein Gewerbe betrieben hätten, das oft in die Illegalität abgerutscht sei, aber gleichwohl einen notwendigen Beitrag zum städtischen Gewerbe und Handel geleistet habe. Dag Lindström berichtet über Mägde, adlige Frauen, Reisende und Staatsbeamte von 1750–1855, die alle unverheiratet waren, aber recht unterschiedliche Stellungen in der Gesellschaft von vier schwedischen Städten eingenommen hätten. Jedenfalls könne man nicht alle Unverheirateten zu den Unterprivilegierten zählen, sondern habe mit recht unterschiedlichen Sozialisierungen zu tun. Wendy M. Gordon wendet sich der schottischen Bevölkerung von Paisley zu und stellt fest, dass Mittellose im Winter oft in Armut gefallen, aber von der Nachbarschaft und von der „Poor Law“ des Ortes aufgefangen worden seien.

Der zweite Teil beginnt mit einer Untersuchung P. J. P. Goldbergs über alleinstehende Männer im spätmittelalterlichen England. Er fordert neue Untersuchungen über Alleinstehende, weil bislang nur wenig darüber geforscht worden sei. Immerhin weist er auf Alleinstehende hin, die vor allem als Diener, aber auch als Arbeiter und Tagelöhner ihr Auskommen gefunden hätten. Kim Overlaet widmet sich dem großen Beginenhof des 16. Jh.s in Mechelen. Sie stellt klar, dass nur wohlhabende Persönlichkeiten aufgenommen worden seien und nur sie ein Leben als unverheiratete Beginen verbringen konnten. Maja Mechant berichtet über die Strohwitwen im Brügge des 18. Jh.s, die sich vor allem aus Not prostituierten. Strohwitwen waren vorwiegend Frauen von Matrosen oder Soldaten, allerdings seien sie keine Opfer männlicher Entscheidungen gewesen.

Der dritte Teil beginnt mit einer Abhandlung von Inneke Baatsen, Julie De Groot und Isis Sturtegan über alleinstehende Frauen im Brügge des 15. Jh.s am Rand der bürgerlichen Gesellschaft. Die drei Autorinnen konstatieren, dass Alleinstehende durchaus die Möglichkeit gehabt hätten, am Leben in der Stadt teilzunehmen, Arme jedoch ins Abseits gerückt seien. Daher hätten sich die Nachlässe und Inventare vermögenderer Alleinstehender nur geringfügig von denen Verheirateter

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

unterschieden. David Hussey und Margaret Ponsonby stellen die materielle Kultur der Alleinstehenden im England des 18. Jh.s, insbesondere in Bridgnorth, dar. Beide können kaum Unterschiede zwischen Alleinstehenden und Verheirateten erkennen. Witwen hätten die Möglichkeit gehabt, ihr Einkommen durch Mieten zu ergänzen, während alleinstehende Männer meist in Haushalten zu finden seien. Jon Stobart untersucht das Verhalten des reichen Edward Leigh aus den Jahren 1742–1786. Er kann keinen Unterschied entdecken zwischen dem Kaufverhalten eines Verheirateten und eines Alleinstehenden aus der Oberklasse. Eine ausgewählte Bibliographie und ein Index, der Personen- und Ortsnamen enthält, schließen den bemerkenswerten Band ab.

KLAUS MILITZER  
Köln

VSWG 103, 2016/4, 531–532

Dagmar Freist (Hg.)

**Diskurse – Körper – Artefakte. Historische Praxeologie in der Frühneuezeitforschung**

(Praktiken der Subjektivierung 4). Transcript, Bielefeld 2015, 408 S., 39,99 €.

In den letzten Jahren erschienen zahlreiche Arbeiten, die historische Phänomene unter einem neuen Blickwinkel analysieren. In dieser praxeologischen Perspektive untersuchen die Beiträge des Sammelbandes, der aus der Arbeit im DFG-Graduiertenkolleg „Selbst-Bildungen. Praktiken der Subjektivierung in historischer und interdisziplinärer Perspektive“ entstand, früh-neuzeitliche Prozesse der Subjektwerdung. Alle Aufsätze zeichnen sich durch mikrohistorische Zugriffe aus, dementsprechend sind Briefe und Erinnerungen oft genutztes Quellenmaterial. Darüber hinaus spielen Raumordnungen und Artefakte, wie Kleidung, eine zentrale Rolle. Mit Hilfe der mikrohistorischen Sichtweise sollen die „historischen Besonderheiten und Einzelheiten wie auch Kontingenzen und Möglichkeitsräume sichtbar“ (S. 21 f.) gemacht werden. Zentral für den Sammelband ist die Frage, wie sich „Menschen in sozialen Praktiken zum einen entwerfen, verorten und Anerkennung finden, zum anderen kulturelle Deutungsschemata im Vollzug sozialer Praktiken aktualisieren und zugleich veränderten“ (S. 20).

Die Beiträge des Kapitels ‚Diskurse‘ beschäftigen sich mit Praktiken der Subjektbildung, wie sie in Briefen, Erinnerungen und anderen schriftlichen Zeugnissen überliefert sind. Michael Stolberg analysiert den Gelehrtenhabitus frühneuzeitlicher Ärzte, Nikolaus Buschmann diskutiert anhand der Erinnerungen eines jüdischen Offiziers der nach-napoleonischen Ära Praktiken der Lebensbewältigung. Lucas Haasis untersucht mit Hilfe des vollständigen Korrespondenzarchivs eines sich etablierenden jungen Kaufmanns die Praktiken des kaufmännischen Miteinanders. In seinem Beitrag über die frühneuzeitlichen Stände kann Marian Füssel überzeugend darlegen, dass deren Subjekte erst durch zahlreiche Praktiken gebildet wurden. Im Anschluss unterzieht Constantin Rieske Praktiken der Konversion im 17. Jh. einer detaillierten Analyse. Im letzten Beitrag dieses Kapitels beschreibt Eva Brugger die Veränderungen von Wallfahrtspraktiken im 18. Jh.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Im zweiten Kapitel geht es um ‚Körper‘. Christina Beckers untersucht die Geschichte der Margarethe Kahlen, die um 1600 durch vorgetäuschte Schwangerschaften und Totgeburten, durch inszenierte mütterliche Weiblichkeit versuchte, gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Anhand der Briefe von Lieselotte von der Pfalz fragt Mareike Böth nach der Bedeutung von Körperpraktiken von Gesundheit und Krankheit als konstitutives Element des Selbst. Annika Raapke analysiert die Bewältigungs- und Kommunikationsstrategien eines französischen Soldaten auf Martinique, der an Gelbfieber erkrankt war. In dessen Korrespondenz, so Raapke, erkennt man einen besonderen, zeittypischen Männlichkeits- und Körperentwurf, der durch den Aufenthalt in der Karibik eine spezielle Prägung erfuhr.

Die anderen Beiträge des Bandes sind in dem ‚Artefakte‘ überschriebenen Kapitel versammelt. Mikael Alm stellt anhand von Aufsätzen über den Sinn und Zweck einer schwedischen Nationaltracht aus dem Jahr 1773 fest, dass die soziale Positionierung (auch) in einer ständischen Gesellschaft über Praktiken mitbestimmt wurde. Die Praktiken, die die Hausmänner, eine Gruppe der nordwestdeutschen ländlichen Oberschicht, (re-)produzierten, untersucht Frank Schmekel in seinem Beitrag, in dem u. a. Grabstätten und deren Ausgestaltung eine Rolle spielen. Das Konsumverhalten sich entwickelnder Konsumgesellschaften in Japan und England vergleicht Beverly Lemire in ihrem Aufsatz über den Import sowie die Verwendung indischer Baumwollstoffe. Ihre Analyse zeigt, dass die relative Offenheit der englischen Gesellschaft gegenüber Neuem stärker differenziert werden muss. Sie kann nachweisen, dass die japanische Gesellschaft weit weniger restriktiv und gewalttätig auf die Konkurrenz durch den Import reagierte als die englische. Hier richteten sich die Proteste und Gewalttätigkeiten traditioneller Wollproduzenten verstärkt gegen Frauen, die die Baumwollstoffe in ihre Modepraktiken aufgenommen hatten. Megan Williams' Analyse des Zusammenspiels von Artefakten, Raum und Personen anhand der Einrichtung sowie Schreibpraxis der hochmobilen Kanzlei des Habsburger Hofes zwischen 1520 und 1560 erschließt in beispielhafter Form, wie sich Praktiken des Schreibens formieren und verändern. Zum Abschluss des Bandes nimmt Dagmar Freist das frühneuzeitliche Briefschreiben im atlantischen Raum in den Blick. Das Verfassen ist für Freist einerseits ein Prozess der Selbstvergewisserung, in dem eine Auseinandersetzung mit der neuen Umgebung und deren Herausforderungen verhandelt wird. Andererseits findet im Schreiben aber auch eine Selbstvergewisserung darüber statt, dass man in den Herkunftsräumen noch ‚dazu‘ gehörte, noch Teil von Familien und Netzwerken war. Der Gebrauch von Alltagsgegenständen aus der Heimat verstärkte diese Illusion der Nähe, auch wenn sich traditionelle Praktiken aus der Heimat in der neuen Welt als wenig nützlich oder gar gefährlich erwiesen.

Die Beiträge des Sammelbandes legen überzeugend dar, dass Subjekte sich als Produkte von Praktiken bilden, dass sie das Ergebnis von Prozessen sind, in denen Artefakte, Raum, Körper und Wissen sich gegenseitig bedingen. Subjekte konstituieren sich in und durch Praktiken, erst durch deren Vollzug werden sie als solche erkennbar. Die hier vorgestellten Analysen zeigen eindrucksvoll, dass eine praxeologische Perspektive auf historische Phänomene das Verständnis von Gesellschaften nachhaltig zu bereichern vermag und wie man als Historiker das theoretisch-methodische Angebot auch für Untersuchungen aus der frühneuzeitlichen Epoche operationalisieren kann.

JENS GRÜNDLER  
Hamburg



VSWG 103, 2016/4, 533–536

Lena Haunert

**Einsatz in der Fremde? Das Amerikabild der deutschen Subsidentruppen im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg**

(Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 168). Selbstverlag der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für Hessen, Darmstadt / Marburg 2014, 256 S. (23 Abb.), 29,00 €.

Holger Th. Gräf / Andreas Hedwig / Annegret Wenz-Haubfleisch (Hg.)

**Die „Hessians“ im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1776–1783). Neue Quellen, neue Medien, neue Forschungen**

(Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 80). Selbstverlag, Marburg 2014, 311 S. (28 Abb., 4 Tab.), 28,00 €.

Es mag seltsam anmuten, dass die Historische Kommission für Hessen einen Sammelband herausgibt, in dessen Titel von „Hessians“ die Rede ist. Aber der scheinbare Anglizismus bringt einen entscheidenden Sachverhalt auf den Punkt: Die Bedeutung der ‚Hessians‘, der deutschen Subsidentruppen im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, ist beim historisch orientierten amerikanischen Publikum noch viel präsenter als hierzulande. Die Bezeichnung als ‚Hessians‘ hatte sich dabei schon zeitgenössisch zu einem Symbol verdichtet, stammte doch zwar die Mehrheit, aber keineswegs die Gesamtheit der deutschen Subsidentruppen aus Hessen, wie auch der korrekte Untertitel des ersten hier vorzustellenden Buches anzeigt. Es macht zugleich deutlich, dass sich dieses Thema nicht allein wegen der Zuschreibungen lohnt. Auch die Voraussetzungen zur Erforschung dieses Phänomens sind für frühneuzeitliche Verhältnisse außerordentlich gut und noch nicht ausgeschöpft.

In ihrer Marburger Dissertation hat sich Lena Haunert mit den erstaunlich zahlreichen Selbstzeugnissen und Berichten der Kriegsteilnehmer auseinandergesetzt. Sie kann dabei an ältere Arbeiten, vor allem Inge Auerbachs, anknüpfen, vermag aber mit neuen Quellen und neuen Fragen zu operieren. Sie ist selbst schon als Mitherausgeberin solcher Dokumente in Erscheinung getreten. Das Fragezeichen hinter ihrem Buchtitel markiert ihr Erkenntnisinteresse; in Anknüpfung an jüngere kulturgeschichtliche Überlegungen zu Fremdheitserfahrungen geht es ihr darum, ob, in welcher Intensität und in welcher Weise den deutschen Soldaten die Verhältnisse, mit denen sie in Amerika konfrontiert wurden, fremd vorkamen.

Zur Einlösung dessen hat die Autorin den Stoff zweigeteilt. Das erste Hauptkapitel sammelt Beobachtungen über die Lebensumstände der amerikanischen Bevölkerung. Die Untergliederung stellt zunächst regionale Unterschiede von Quebec bis Florida in den Vordergrund; systematische Aspekte treten dahinter zurück, einige davon werden aber durch weitere Unterkapitel über Religion, Sklaverei und Indianer auf dieselbe Gliederungsstufe gehoben. Das zweite Hauptkapitel behandelt die Kriegserfahrungen der Soldaten und folgt im Wesentlichen der Chronologie; auf diese Weise treten hier die systematischen Aspekte hinter den fortlaufenden Kommentaren der Ereignisse zurück. Beide Hauptkapitel wurden also primär nach äußerlichen Kriterien strukturiert, aber der an sich sachgemäße Unterschied zwischen regionaler und chronologischer Gliederung verstärkt den Eindruck, dass letztlich zwei unterschiedliche Themen behandelt werden.

Die eigentliche Auseinandersetzung schöpft mit vollen Händen aus den Quellen. Eingerahmt von groben Umrissen der wahren Verhältnisse und Ereignisse nach Handbuchmanier montiert die Autorin aus zahlreichen Zitaten die mal einhelligen, mal widersprüchlichen und meistens selektiven Reflexe in den Dokumenten. Dabei dienen die Umrisse nur der Orientierung der Leser, die Wahrnehmungen bleiben methodisch korrekt für sich stehen, werden aber zunächst auch nur knapp kommentiert und am Ende der beiden Hauptkapitel jeweils inhaltlich zusammengefasst. Eine abschließende Ergebnissicherung geht dann substantiell über die bloßen Zusammenfassungen hinaus. Dort werden in systematischem Zugriff weitergehende Befunde auf einer höheren Stufe der Verallgemeinerung erörtert, die die Ausgangsfrage aufgreift und die beiden Teile des Buches zusammenführt. Statt der Inhalte rücken dabei die bisher nur angedeuteten Bedingungen der Wahrnehmungen in den Vordergrund. Das geschieht auf wenigen Seiten und folgt damit dem lakonischen Duktus der ganzen Arbeit. Die Geschwätzigkeit manch anderer Arbeit vermisst man gewiss nicht, aber eine diskussionsfreudigere Textgestaltung hätte den Befunden womöglich mehr Kontur und Geltungsanspruch verschaffen können.

Die sind nämlich bemerkenswert. Die Berichte spiegeln zahlreiche Unterschiede, die den Soldaten aufgefallen sind, die aber noch im Rahmen der vertrauten Maßstäbe und Weltbilder eingeordnet, verglichen und bewertet werden konnten. Auf diese Weise erregten der meist höhere Wohlstand der Amerikaner, ihre Wirtschaftsweisen und ihre Siedlungsformen die Aufmerksamkeit der Soldaten. So konnten die Besteuerungen der englischen Obrigkeit und die Berechtigung der rebellischen Forderungen diskutiert werden, meist ablehnend im Übrigen. Dementsprechend konnten auch die militärischen Möglichkeiten der amerikanischen Milizen ein- und geringgeschätzt werden. Darin spiegelte sich freilich auch der Blick der Offiziere wider, die das Gros der Autoren ausmachten. Und sie mussten ihre Urteile im Laufe der Zeit deutlich revidieren, denn was 1792 Valmy für die Preußen, war bereits 1776 Trenton für die Hessen.

Größere Verwunderung löste aber die selbständigere Rolle der Frauen aus, die den Soldaten in amerikanischen Haushalten auffiel. Dieser Eindruck war nachhaltig, denn er begegnete ihnen auch in den Gottesdiensten der Quäker, sogar in der familiären Arbeitsteilung der Indianer. Wachsende Sprachkenntnisse und längere Einquartierungen, vor allem während der Gefangenschaft, erlaubten solche Einblicke. Mit offener Neugier begegneten die Soldaten nicht zuletzt der konfessionellen Vielfalt. Fremd kamen ihnen am ehesten Afroamerikaner und Indianer vor, allerdings primär in Bezug auf bestimmte Praktiken. Das galt für den abstoßenden Umgang der weißen Sklavenhalter mit den Schwarzen, aber auch für die Gewaltpraktiken der indianischen Gegner. Nicht weniger entsetzt waren die Deutschen jedoch auch über eine andere, oft vernachlässigte Dimension des Konflikts: den anscheinend abgründigen Hass zwischen den Rebellen und den Loyalisten, der mitunter sogar Familien bis auf den Tod entzweite. Das entzog sich den vertrauten Maßstäben der deutschen Verhältnisse.

Hauverts Studie wie die von ihr mitbesorgten Editionen reihen sich ein in einige frische Impulse der Forschung über die ‚Hessians‘, die der fast gleichzeitig erschienene Sammelband bündelt und vorantreibt. Sie bestimmen auch die Anordnung der Beiträge. Im Zentrum, unter dem Schlagwort „Neue Medien“, steht eine seit 2012 online verfügbare Datenbank über die Hessischen TRuppen IN Amerika (HETRINA) – und damit sind wirklich nur die Hessen gemeint. Die Kumulierung vorwiegend, aber nicht ausschließlich serieller Akten hat über Jahrzehnte eine einzigartige Dokumentation dieser Kontingente und insbesondere der einfachen Soldaten generiert. Carmen Win-

kel misst die Möglichkeiten dieses Projekts an einem vergleichenden Überblick quantifizierender Forschungen zum Militär des 18. Jh.s in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Stefan Aumann, Stephan Giersch und Johannes Koenig stellen Geschichte, Struktur, Anwendungsmöglichkeiten und Perspektiven der Datenbank vor. Der Abschnitt über „Neue Quellen“ fällt bescheidener aus. Marco Ulm kommentiert die Erkenntnismöglichkeiten des jüngst edierten Tagebuchs eines hessischen Leutnants aus der Sicht der Kanadistik; Patrick Sturm nutzt die parallele Überlieferung von Tagebuchnotizen und Briefen eines anderen Leutnants zu einer kritisch vergleichenden Lektüre.

Die größte Anzahl an Beiträgen umfasst der Abschnitt „Neue Forschungen“. Drei Aufsätze referieren neuere Befunde aus jüngst erschienenen Büchern, einer stammt von Lena Haunert, außerdem schöpft Stephan Huck aus seiner Arbeit über das braunschweigische Kontingent für Amerika und Daniel Krebs aus seiner Studie über das Schicksal deutscher Kriegsgefangener in Amerika. Dass das dank einkommender Subsidien in Hanau errichtete Wilhelmsbad wenigstens nicht nur der Reputation des Bauherrn Graf Wilhelm diene, sondern auch dem Plaisir des Publikums und der Strukturentwicklung des Landes, kann Christian Ottersbach nicht zuletzt anhand der Selbstaussagen des Grafen plausibel machen. Karl Murk wirft bemerkenswerte aktengestützte Schlaglichter auf Umstände und Motive der Rekrutierung, aber auch auf das Ringen der letzten Veteranen um eine erst 1830 generell bewilligte Pension.

Drei weitere Aufsätze behandeln Aspekte der Rezeptionsgeschichte. Unausweichlich stoßen die Beiträgerin und Beiträger auf den üblen Ruf des ‚Soldatenhandels‘ und schreiben tapfer dagegen an. Christine Braun lenkt die Aufmerksamkeit auf die Minderheit derjenigen Zeitgenossen, die die Subsidienpolitik verteidigten. Zu einer reizvollen parallelen Lektüre laden Mark Häberlein und Wynfrid Kriegleder ein, die den literarischen Niederschlag der ‚Hessians‘ in den Vereinigten Staaten und im deutschsprachigen Raum seit dem 18. Jh. skizzieren. Amerikanische Autoren, wenn auch nicht alle, konnten es sich mit einem bequemen Feindbild leicht machen, während deutsche Autoren ‚Gut‘ und ‚Böse‘ etwas komplexer verteilen mussten, um auch hessische Helden zur Geltung bringen zu können.

An der Skandalisierung der Subsidienpolitik arbeiten sich schließlich auch drei einleitende Aufsätze mit Blick auf das Große und Ganze ab und stellen dem deren Normalisierung entgegen. Für Philippe Rogger stellt sich Hessen als normale Söldnerlandschaft dar, in der militärische Traditionen und ökonomische Vorteile für viele Parteien – nicht nur den Landgrafen – dazu motivierten, den vorhandenen Überschuss an jungen Männern in handelbares Militär zu lenken. Dafür muss er aber den gewiss schwierigen Söldnerbegriff so diffus halten, dass darunter auch die dienstverpflichteten Kantonisten fallen, die Mehrheit des hessischen Kontingents. Für Christoph Kampmann agierte der Landgraf wie ein normaler Reichsfürst, der mit den Subsidien nichts weniger als die traditionelle Dignität seines Ranges und Territoriums aufrechtzuerhalten suchte, mit fragilem Erfolg. Das konkretisiert ähnliche Argumente, die Peter Wilson 1996 in die Debatte brachte. Für Holger Gräf erscheint der Subsidienvertrag von 1776 als normale Abmachung unter 36 anderen Verträgen Hessens und mehreren Hundert anderer Reichsfürsten seit 1648. Mit Zahlen kann er aber veranschaulichen, dass diese Praxis Hessen dennoch besonders gemacht hat: mit einem deutlich höheren militärischen Mobilisierungsgrad als selbst Preußen – und gegen Ende des Jahrhunderts mit einem außerordentlich hohen Bevölkerungsanteil mit Überseeerfahrung. Das führt zurück zu Lena Haunerts Buch, und man fragt sich, ob wohl die Rückkehrer ihre Frauen respektvoller behandelt haben.

Die Verteufelung des ‚Soldatenhandels‘ darf nun endgültig als entsorgt betrachtet werden, wenn dies noch nötig gewesen sein sollte – denn auch die Normalisierung kann zum Topos werden. Die neuen Impulse versachlichen, indem sie die Perspektive der Betroffenen einnehmen, sozial- wie kulturgeschichtlich, und der reiche Niederschlag an Quellen stiftet zu vielen Fragen an. Einige sind nun schon beantwortet, aber sicher nicht alle. Die ‚Hessians‘ sind damit auch in der deutschen Forschungslandschaft als Symbol für ein fruchtbares Forschungsfeld aufgestellt.

MICHAEL SIKORA  
Münster

VSWG 103, 2016/4, 536–537

Marie Sophie Graf

**Die Inszenierung der Neuen Armut im sozialpolitischen Repertoire von SPD und Grünen 1983–1987**

(Moderne Geschichte und Politik 27). Lang, Frankfurt a. M. 2015, 204 S. (6 Tab.), 49,95 €.

Auch die Armut ist heute nicht mehr das, was sie einmal war. Standen früher stets ausgemergelte Gestalten für Entbehrung und Elend, so gelten heute in allen westlichen Gesellschaften eher besonders übergewichtige Menschen als Repräsentanten der Armut, während gerade die Wohlstandsbürger rank und asketisch schlank daherkommen. Historisch ist dieser Wandel nichts Neues: Die Geschichtswissenschaft hat in den letzten Jahren an Beispielen aus mehreren Epochen eindringlich gezeigt, wie wandelbar „Armut“ als soziales Phänomen und als kulturell geprägtes Stereotyp im Laufe der Zeit ausfiel.

Die hier anzuzeigende Arbeit von Marie Sophie Graf bereichert diese kulturalistisch inspirierten Forschungen zur Historisierung der Armut durch einen Blick in die neuere Zeitgeschichte. Die Verfasserin untersucht, wie sich die Oppositionsparteien SPD und „Die Grünen“ in den ersten fünf Jahren der Kohl-Ära bemühten, auf die sozialen Belange armer Menschen in der reichen bundesdeutschen Gesellschaft hinzuweisen. Selbstverständlich ging es beiden Organisationen dabei zentral auch um ihr eigenes soziales und politisches Profil sowie um Kritik an der christlich-liberalen Bundesregierung. Neben einer Vielzahl gedruckter Quellen hat Graf zudem Akten aus den Archiven der beiden Parteien genutzt, wobei sich das verfügbare interne Material bei den Grünen als ergiebiger erwies als bei der SPD.

Nach einer knappen Einleitung, die pointiert über die definitorische Unschärfe des Begriffs „Armut“ informiert und aus der Literatur gewonnenes statistisches Material zur Entwicklung der Armut in der Bundesrepublik zusammenfasst, beschäftigen sich zwei etwa gleich lange Kapitel jeweils mit dem Armutsbild und der projektierten Armutspolitik der untersuchten Parteien. Für die Sozialdemokraten besaß die von ihnen so benannte „Neue Armut“ der 1980er Jahre große politische Bedeutung. Graf zeigt sehr überzeugend, wie die von der politischen Macht in Bonn verdrängte SPD dieses Thema benutzte, um ihr traditionelles soziales Profil wieder zu schärfen, das

in den vorangegangenen Jahren als Partei, die den Bundeskanzler stellte, doch deutlichen Schaden genommen hatte. „Neu“ war in der Sicht der Partei die marginalisierte soziale Stellung von Langzeitarbeitslosen; dementsprechend propagierte sie als probates Mittel der Armutsbekämpfung vor allem das Konzept eines „Zweiten Arbeitsmarktes“, den der bundesdeutsche Sozialstaat finanzieren und lenken sollte.

Anders als die SPD vermieden die Grünen den Begriff „Neue Armut“; zudem verorteten sie die Armen in der Bundesrepublik eher in sozialen Randgruppen als in der Arbeiterschaft. Das seinerzeit noch stark entwickelte utopische Potential der jungen Partei inspirierte die Idee eines „garantierten Grundeinkommens“, auf das alle erwachsenen Bürger ein Anrecht haben sollten, um so die Zwänge der kapitalistischen Erwerbsarbeit aufzubrechen. Allerdings fiel das Engagement der Grünen in dieser Sache eher bescheiden aus: Soziale Fragen und Probleme waren für die stark mittelständisch geprägte Partei deutlich weniger wichtig als die für ihre Mitglieder zentral bedeutsamen Themen „Umwelt“ und „Frieden“.

Ihrem politikgeschichtlichen Ansatz wird die Verfasserin in ihrer Studie auf fast vorbildlich umfassende Weise gerecht: Sie stellt nicht nur einzelne politische Akteure vor, sondern fragt auch nach deren Umfeld und Netzwerken, beleuchtet die Zusammenarbeit mit Experten und „intermediären Organisationen“ wie den Gewerkschaften, Kirchen und Arbeitslosen-Initiativen. Auch das Presse-Echo, das die beiden Parteien mit ihren politischen Bemühungen ernteten, wird untersucht. Kurz gesagt, fiel es enttäuschend aus, zumal bei den Grünen, weil sich dort – anders als bei der SPD – keine der prominenten Führungsfiguren der Bewegung für das Thema Armut interessierte. Lediglich den Titel des Buches halte ich für etwas unglücklich. „Inszenierung“ – das klingt, zumal dann, wenn von Politikern und ihren Aktivitäten die Rede ist, doch stark nach künstlich erzeugter Erregung. Wenn Armut aber durchweg sozial konstruiert wird, dann ist ein solcher Zungenschlag gerade bei diesem Thema unangebracht. Ansonsten aber handelt es sich um einen sehr informativen und zudem auch noch gut geschriebenen Beitrag zur neueren Politikgeschichte der Bundesrepublik.

KARL CHRISTIAN FÜHRER  
Hamburg

VSWG 103, 2016/4, 537–539

André Griemert

**Jüdische Klagen gegen Reichsadelige. Prozesse am Reichshofrat in den Herrschaftsjahren Rudolfs II. und Franz I. Stephan**

(bibliothek altes Reich 16). De Gruyter / Oldenbourg, Berlin / München / Boston 2015, 517 S. (14 Abb., 2 Tab.), 79,95 €.

Bereits seit etwa fünfzehn Jahren sind die Verfahren von Juden vor den höchsten Gerichten des Alten Reiches in ihrer Bedeutsamkeit erkannt und in den Fokus der Forschung gerückt worden. In diesem Kontext entstand die Arbeit von André Griemert 2011 als Marburger Dissertation und liegt nun gekürzt vor. Er widmet sich der Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Kaiser und

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

den Juden, wie es sich in den Verfahren von Juden vor dem Hofrat äußert. Angesichts der Fülle der Überlieferung grenzt der Autor plausibel seine Auswahl auf den Reichsadel als dominierenden Klagegegner von Juden ein und wählt zwei Zeiträume aus, das Ende des 16. und die Mitte des 18. Jh.s. Die gut strukturierte, aus einer großen Fülle von Quellen und Literatur erarbeitete Untersuchung stellt in ihrer Einleitung Forschungsstand, Fragestellung, Quellen sowie Methoden vor und kontextualisiert dann die Verfahren und die an ihnen beteiligten Personen.

Die drei folgenden Kapitel sind jeweils für die beiden Zeitphasen der Analyse der Verfahren nach den rechtsstrategischen Handlungen von Juden, ihrer Meinung gegenüber Kaiser und Reichsgerichtsbarkeit sowie Selbstbildern und Ehrvorstellungen beider Konfliktparteien gewidmet. Abgeschlossen wird die Untersuchung mit dem Handeln und den Erwartungen des Hofrates sowie mit einem Resümee. Der Anhang bietet Diagramme der statistischen Auswertungen der Verfahren, Verzeichnisse und ein Personenregister.

Der Reichshofrat (RHR) fungierte als das Gerichtsgremium des Kaisers, vor dem Untertanen Klagen gegen ihre Obrigkeiten vorbringen und gegen Urteile territorialer Obergerichte appellieren konnten. Auch die Untertanen der Kurfürsten, deren Territorien von diesem Instanzenzug befreit waren, konnten sich an den Reichshofrat wenden, wenn ihnen das Recht verweigert worden war. Es galt das Schriftlichkeitsprinzip mit strengen formalen Vorgaben. Das Gremium sprach in der Regel keine Endurteile aus, sondern arbeitete auf Kompromisse hin. In seiner Bedeutung überflügelte es seit Ende des 16. Jh.s allmählich das eher ständisch geprägte Reichskammergericht.

Etwa fünf Prozent, also überproportional viele der Verfahren vor dem RHR wurden von Juden angestrengt, die schwerpunktmäßig aus den reichsnahen *territoria non clausa* in Süddeutschland und im 18. Jh. vielfach aus Frankfurt stammten. Die Juden klagten vor allem wegen Schuldforderungen aus Geldleihgeschäften und der Lieferung von Luxuswaren, die den Rittern sowie kleinen Adeligen ein standesgemäßes Leben ermöglichten. Gewaltausübung (inkl. Vertreibungen) als Klagegrund nahm zwischen dem 16. und 18. Jh. stark ab. Die Sachanträge in den Klagen zielten häufig und meist erfolgreich auf die Einsetzung von Kommissionen, die im Namen des Kaisers eine gütliche Lösung oder bei deren Scheitern eine Exekution anstrebten.

Juden nutzten also den RHR selbstbewusst und gleichberechtigt für ihre juristischen Anliegen, ihre Benachteiligung ist nicht feststellbar. Sie sahen den Kaiser als letzte Instanz über den Adeligen, beriefen sich auf ihre Rechte als Römische Bürger und appellierten im 16. Jh. stark an die Billigkeit. Im 18. Jh. betonten sie ihre säkulare, am Gemeinwohl orientierte Kaufmannslehre und forderten die Einhaltung der Regeln der Ökonomie ein. Den Anspruch auf Gleichbehandlung machten die Adeligen ihnen jedoch streitig, indem sie sie im 16. Jh. dämonisierten, ihre Vertreibung verlangten, sie im 18. Jh. als Betrüger und wucherische Sünder darstellten, gegenüber denen man ökonomische Regeln nicht einhalten müsse. Der RHR entschied sachlich, orientiert an der Oberhoheit und Schutzfunktion des Kaisers über die Juden, der Einhaltung des Reichsrechts, dem Rechtsfrieden und im 18. Jh. zudem auch der Stabilität des Wirtschaftssystems verpflichtet. Nur in Appellationsfällen schwächten politische Gründe gegebenenfalls das Gewicht dieser Kriterien ab.

Detailliert hat Griemert die Argumente der Parteien aus den Quellen herausgearbeitet und gezeigt, wie die klageführenden Juden flexibel, kompetent und erfolgreich ihre Anliegen vor dem RHR vertraten. Er geht jedoch noch einen Schritt weiter und macht die Argumente zur Basis für eine Darstellung der Haltungen von Juden gegenüber Kaiser und Reich sowie zur Untersuchung ihrer Selbstbilder und Ehrvorstellungen. Damit überstrapaziert er die Aussagemöglichkeiten sei-



ner Quellen. Auch heute noch geht es in einem Zivilprozess nie um die Wahrheit, um Haltungen oder Überzeugungen, sondern allein darum, mit seinen Argumenten und seinem Verhalten die Gegenpartei und mehr noch die Entscheider zu einer für beide Seiten akzeptablen Lösung eines Konflikts zu bringen. Die Argumente in den untersuchten Verfahren wurden im Rahmen enger formaler Vorgaben des Gerichts zudem nicht von den klagenden Juden selbst, sondern von Anwälten und Agenten empfängerzentriert, vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen am RHR und nach der Darstellung der Sachlage durch die Juden formuliert. Darauf hat Griemert, wenn auch nur kurz, hingewiesen (S. 50 f.). Der jüdische Anteil an den Argumenten bleibt also letztlich unklar, wohl eher klein und für weitreichende Interpretationen nicht geeignet. Auch die Verallgemeinerungen von der kleinen Gruppe der klagenden Juden mit speziellem sozialem Profil und eingeschränkter regionaler Zugehörigkeit auf „die Juden“ sowie ihr Verhältnis zu Kaiser und Reich scheinen gewagt.

Die umfassende Erarbeitung der Verfahren von Juden vor dem RHR für die beiden Zeiträume, Stellung, Strategien und Erfolg der Kläger darin sowie die Vielzahl und die Entwicklung der verwandten Argumente beider Seiten machen die Studie jedoch zu einem Gewinn für die Forschung. Den inzwischen wiederholt infrage gestellten Vorgang der Territorialisierung der frühneuzeitlichen Juden kann Griemert nicht widerlegen, leistet jedoch einen wichtigen differenzierenden Beitrag: Der Kaiser blieb als Landesherr oder als Korrektiv der Territorialherren immer im Spiel.

ROTRAUD RIES

Würzburg

VSWG 103, 2016/4, 539–540

Sylvelyn Hähner-Rombach (Hg.)

**Geschichte der Prävention. Akteure, Praktiken, Instrumente**

(Medizin, Gesellschaft und Geschichte, Beiheft 54). Steiner, Stuttgart 2015, 256 S., 49,00 €.

Dieser Band ist hochaktuell und nicht allein deshalb sehr lesenswert. Er historisiert mit seinen Studien zur Präventionsgeschichte ein Thema, das viele Gesundheitspolitiker und Mediziner gegenwärtig für eine der wichtigsten Möglichkeiten des Umgangs mit einer älter werdenden Gesellschaft halten. Zugleich fügt er sich in aktuelle geschichtswissenschaftliche Debatten ein, die sich im weitesten Sinne mit Risiken, Gefahren, Sicherheit und eben Prävention in der Geschichte beschäftigen. Dieses Themenfeld hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass sich Medizin- und Sozialgeschichte gegenseitig füreinander öffneten und stark aufeinander zubewegten. Von den Vorteilen, die dieser Austausch für beide Seiten hat, zeugt auch dieses Buch, das aus zwei Tagungen zum Thema Prävention am Institut der Geschichte der Medizin der Robert Bosch-Stiftung hervorgegangen ist.

Wie groß die Anschlussfähigkeit des Themas Prävention zur Wirtschafts- und Sozial-, aber auch zur Kulturgeschichte ist, zeigt sich schon an der Fülle der Themen, die der Band abdeckt. Dazu gehören unter anderem die Unternehmensgeschichte, die sich mit dem Umgang und der Vermeidung

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

von Arbeitsunfällen beschäftigt (Sylvelyn Hähner-Rombach und Sebastian Knoll-Jung), ebenso die Geschlechtergeschichte (Jeanette Madarasz-Lebenhagen, Christoph Schwemm und Pierre Pfüttsch), die Geschichte des Impfens als einer Geschichte moderner Ordnungsversuche (Malte Thießen) sowie die Geschichte des Films als eines Mediums zur Vermittlung von Prävention (Iris Ritzmann). Neben schulmedizinischen Strategien der Vorsorge wie der Durchsetzung von Impfprogrammen und der Gesundheitsberatung durch Betriebsärzte werden in dem Band auch Präventionswege abseits staatlicher Programme diskutiert, insbesondere die Naturheilkunde (Daniel Walther und Philipp Eisele).

Bei aller Vielfalt der Themen verbindet die meisten der in diesem Band versammelten Aufsätze vor allem eines: ihr starker Alltagsbezug. Denn anders als manche der gegenwärtigen Studien, die sich mit gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen auseinandersetzen, interessieren sich die Autorinnen und Autoren dieses Bandes nicht nur für die ohne Zweifel einflussreichen und wichtigen Experten – Gesundheitspolitiker, Mediziner sowie Wissenschaftler. Vielmehr liegt ein wichtiger Schwerpunkt der Beiträge gerade darin, zu untersuchen, wie Patienten Präventionsangebote nutzen und wahrnehmen. Damit verschafft der Band mit seinen empirischen und quellengesättigten Studien faszinierende Einblicke in Lebenswelten, und zwar oft differenziert nach Geschlecht sowie sozialen Faktoren wie dem Bildungsgrad.

Zu diesem Zweck haben die Autoren beispielsweise Eingaben von Bürgern an die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und das Bundesgesundheitsministerium oder Briefe von Patienten an einen naturheilkundlichen Verein quantitativ und qualitativ ausgewertet. Die Befunde sind oft hochinteressant – etwa die Tatsache, dass entgegen dem klassischen Bild der gesundheitsbewussten Frau es vor allem Männer waren, die in den Nachkriegsjahrzehnten an staatliche Stellen schrieben, um sich in Präventionsfragen zu erkundigen, ein Umstand, der plausibel damit erklärt wird, dass in den traditionellen Rollenverhältnissen von Mann und Frau es der Mann war, der die schriftliche Kommunikation ‚nach außen‘ zu regeln hatte. Ein anderes Beispiel ist die Feststellung, wie differenziert Patienten mit dem Angebot der Naturheilkunde umgingen – eben nicht dogmatisch, sondern als eine zusätzliche Möglichkeit der Prävention. Nicht nur dabei zeigt sich, dass Vorsorgemaßnahmen nicht allein positive Folgen hatten, sondern zu einer Sensibilisierung für Gesundheitsthemen und damit auch zu Sorgen und Ängsten führten, die nicht immer begründet waren – ein Kritikpunkt beispielsweise an der aktuellen Kinderheilkunde, mit der sich Stefan Heinrich Nolte auseinandersetzt.

Solche bemerkenswerten alltags-, sozial- und kulturgeschichtlichen Einsichten bietet das Buch immer wieder und macht damit deutlich, wie gewinnbringend die Beschäftigung mit der Medizingeschichte gerade für klassische Alltags- und Sozialhistoriker sein kann.

PETER ITZEN

Freiburg



VSWG 103, 2016/4, 541–542

Benjamin Hitz

### **Kämpfen um Sold. Eine Alltags- und Sozialgeschichte schweizerischer Söldner in der Frühen Neuzeit**

Böhlau, Köln / Weimar / Wien 2015, 385 S. (2 Tab.), 49,90 €.

Die in den 1990er Jahren einsetzende Konjunktur der Sozial- und Kulturgeschichte des Militärs ist noch nicht abgeflaut. So wurde in den letzten zehn Jahren an den Universitäten Zürich, Bern und Luzern eine Anzahl Projekte gestartet, welche sich mit dem eidgenössischen Solddienst im 16. und 17. Jh. befassen. In diesem Kontext entstand auch die vorzustellende Arbeit, die am Beispiel des eidgenössischen Standes (Kanton) Luzern die ökonomischen, kulturellen sowie sozialen Lebensbedingungen von Söldnern thematisiert, welche sich zwischen 1550 und 1600 durch einen Luzerner Kompanieinhaber (Hauptmann und Soldunternehmer) anwerben ließen.

Die Quellenlage für ein solches Forschungsvorhaben mit Fokus auf den Lebensverhältnissen der einfachen Söldner ist alles andere als komfortabel. Weder Selbstzeugnisse noch direkte Berichte über das Schicksal der Söldner liegen vor. Trotzdem hat sich der Autor nicht davon abhalten lassen, das entbehrungsreiche Leben von Söldnern im Dienste vor allem Frankreichs, ferner Savoyens, der Katholischen Liga und Spaniens mit bemerkenswerter Akribie und Ausdauer zu untersuchen. Mit großem Geschick destilliert er aus Aufzeichnungen, welche im Zusammenhang mit Soldrückständen der Dienstherren, Soldstreitigkeiten der Söldner mit den Hauptleuten und anderen Auseinandersetzungen entstanden, alles heraus, was sich über die Bedingungen und Folgen des Engagements als Söldner sagen lässt. Neben den Protokollen der Räte, welche solche Auseinandersetzungen dokumentieren, wurden auch Berichte (Missiven) der Hauptleute herangezogen, die zu meist strittigen Problemlagen Stellung nahmen.

Die Darstellung der Resultate ist sehr übersichtlich angelegt. Zuerst wird der Solddienst-Ort Luzern situiert: die Interessenlage der Ratsgeschlechter, welche den Solddienst als Unternehmer zunehmend kontrollierten und sich ihre potentielle Dienstbereitschaft gegenüber den fürstlichen Dienstherren durch Pensionszahlungen honorieren ließen. Die Hauptkapitel beschäftigen sich mit dem Söldneralltag (Tod als Berufsrisiko, Ernährung und Unterkunft, Ausschweifungen sowie Gewalt in der Freizeit), dem Verhältnis zwischen Söldnern und Hauptleuten bzw. Kompaniebesitzern (Herkunft der Söldner, Meuterei und Desertion sowie „Asymmetrien“ des Arbeitsverhältnisses) und dem zeitgenössischen „Reden über den Solddienst“. Zwei weitere Kapitel thematisieren die Bezahlung und vor allem Nicht-Bezahlung des Soldes (Mikroökonomie des Solddienstes und Verhandlungen über ausstehenden Sold), die Demarchen der Söldner sowie die Auswirkungen des ausbleibenden Soldes auf deren Familien. Insbesondere diese Kapitel profitieren von den oft verschriftlichten Auseinandersetzungen um die verspäteten und unvollständigen Soldzahlungen.

Durch die Vielzahl von neuen Erkenntnissen über den gegenüber der ersten Hälfte des 16. Jh.s merklich regulierteren Solddienst bildet die Studie von Hitz einen äußerst wertvollen Baustein in der laufenden Solddienstforschung der Schweiz, insbesondere weil die Ergebnisse differenziert dargestellt und die oft prekären Verhältnisse nicht durch eine plakative Begrifflichkeit verstellt werden.

Unverkennbar ist jedoch, dass dem Autor das Phänomen Söldner in fremden Diensten nicht geheuer ist und er wenig Empathie für die ständisch ungleiche Gesellschaft des 16. Jh.s hat. So wirkt

die Betonung der Asymmetrie des Verhältnisses von Söldnern und Hauptleuten sowie das Befremden über das noch zwei weitere Jahrhunderte andauernde Solddienstgeschäft etwas angestrengt. Kein Verständnis hat Hitz auch für Gefechtsleistungen und die sich daraus ergebende Reputation der Söldner, auf die sich ihr Ehrverständnis wesentlich stützte. Die vielfach fassbare Rede über Ehre interpretiert der Autor primär als Diskurs, welcher die pekuniären Problemlagen des Soldienstes verunklärt und zugedeckt habe. Es ist zu hoffen, dass diese äußerst wertvolle Studie der Soldienstforschung weiteren Auftrieb gibt und eine breite Leserschaft findet.

RUDOLF JAUN  
Zürich

VSWG 103, 2016/4, 542–543

Marc Höchner

**Selbstzeugnisse von Schweizer Söldneroffizieren im 18. Jahrhundert**  
(Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit 18). V&R unipress,  
Göttingen 2015, 284 S. (16 Abb., 2 Karten), 54,99 €.

Über die Geschichte des Söldnerwesens in der vormodernen Schweiz wird, befeuert von Jubiläen, immer wieder viel geredet und gestritten. Das war schon früher so: Seit das Geschäft im ausgehenden 15. Jh. zu boomen begann, wurde es kontrovers diskutiert.

Marc Höchner will mit seiner Freiburger (i. Ü.) Dissertation einen anderen, von den langlebigen moralischen Diskursen über Käuflichkeit und staatszersetzende Luxussucht wie auch der heldenhaften Überhöhung befreiten Blick auf das Soldgeschäft und die Offiziere werfen. Dies macht er auch deutlich, wenn er im Buchtitel statt des neutraleren Begriffs Fremde Dienste den polarisierenden Terminus Söldneroffiziere verwendet und deren Tätigkeit schlicht als Beruf bezeichnet. Genau dieser Beruf und „was die Männer, in deren Händen dieses Geschäft lag, von ihrem Beruf hielten“ (S. 12), bilden die Frage, die Höchner seiner Untersuchung zugrunde legt. Die Forschung, konstatiert er, habe sich kaum mit deren Selbstverständnis, Selbstdarstellung und speziell der Kriegserfahrung auseinandergesetzt. Diese Aspekte untersucht er, ausgehend von seiner Lizenziatsarbeit zum Siebenjährigen Krieg, für das 18. Jh., ohne die Wahl des Zeitraums zu erläutern. Den inhaltlichen Rahmen der Arbeit spannt er zum einen weit, indem er Soldoffiziere unabhängig von deren Dienstherren, Herkunftsort und Konfession betrachtet. Zum anderen engt er den Kreis der Akteure durch die Art der Quellen ein: Höchner konzentriert sich primär auf Selbstzeugnisse. 400 Dokumente sind es insgesamt: ein größtenteils unediertes Konvolut aus Briefen, ferner Tagebüchern, Erinnerungen, Lebensläufen und Autobiographien von rund 40 Söldnerführern. Zu welchen Befunden gelangt der Autor mit seiner Untersuchungsanordnung? Aufgrund der Quellenauswahl erstaunt nicht, dass die Offiziere primär über Militärisches schrieben: über ihren Garnisonsalltag, die militärische Ausbildung, Musterungen und Annehmlichkeiten der dienstfreien Zeit. Viel Raum nehmen auch finanzielle Angelegenheiten ein, Bitten um Geld, weiter Reiseberichte, grenzüberschreitende Warentransfers und Importe kultureller Praktiken in die Herkunftsorte. Die Kriegszüge bestanden vor allem aus langen

Märschen und Belagerungen, was sich in den Aufzeichnungen widerspiegelt: Zu lesen ist etwa von logistischen und gesundheitlichen Problemen. Bei den Schilderungen von Feldschlachten fällt auf, dass zeitnah verfasste Texte die Kampfhandlungen als unüberblickbar, ja unfassbar beschreiben. Mit zeitlichem Abstand dagegen werden die Erzählungen stringenter: Die Offiziere wollten, auf offizielle Berichte zurückgreifend, belegen, dass ihre Einheiten die Ordnung während des Gefechts aufrechterhielten. Die Wahrnehmungen und Selbstdarstellung der Akteure wurden überdies von kulturellen Deutungsmustern – vor allem der Religion und Ehrkonzepten – geformt.

Unter der problematischen Kapitelüberschrift „Das Schweizerische in den Selbstzeugnissen“ (Kap. 8) thematisiert Höchner dann die Familienökonomie mit der typischen Einbindung vieler Verwandter ins komplexe Soldgeschäft und das gemeinsame nationale Bewusstsein im Offizierskorps. Zum Schluss analysiert er das Soldwesen im Kontext der außenpolitischen Ereignisse, welche die innereidgenössischen Entwicklungen und Debatten rund um die Fremden Dienste, aber auch die geschäftlichen Bedingungen nachhaltig geprägt haben. Höchner schreitet in seiner materialreichen, bebilderten und mit einem informativen Anhang versehenen Arbeit ein derart großes Feld ab, dass wenig Raum bleibt, um interessante Beobachtungen zu vertiefen sowie methodisch-theoretisch zu reflektieren.

Die Einbettung des spannenden Materials in aktuelle Zugänge – anbieten würden sich u. a. Ansätze der Emotionsgeschichte, der Geschichte der Verwandtschaft, der Männlichkeiten, Selbstzeugnis-Forschung oder das Konzept der Transkulturalität – hätten in eine Problemstellung und eine geschärfte Fragestellung münden können, wodurch der engagierten Arbeit die verdiente, über die Militärgeschichte hinausgehende Rezeption sicher gewesen wäre. Zwar ist Höchners Ansinnen, seinen Protagonisten unvoreingenommen zu begegnen, begrüßenswert, nur darf dies nicht für den Umgang mit deren schriftlicher Hinterlassenschaft gelten: Gerade Selbstzeugnisse gehören kräftig durchgeschüttelt. Sie müssen gegen den Strich gelesen werden, man muss sie nach Lücken und verdächtigen Akzentuierungen absuchen, nach deren Gebrauch und Weiterleben fragen. So aber wartet die Arbeit letztlich mit wenig überraschenden Ergebnissen auf.

NATHALIE BÜSSER

Zürich

VSWG 103, 2016/4, 543–545

Reinhard Ilg

**Bedrohte Bildung – bedrohte Nation? Mentalitätsgeschichtliche Studie zu humanistischen Schulen in Württemberg zwischen Reichsgründung und Weimarer Republik**

(Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg B 203). Kohlhammer, Stuttgart 2015, 400 S. (17 Abb.), 38,00 €.

Diese Tübinger Dissertation untersucht das Verhältnis zwischen dem humanistischen Gymnasium als etablierter Institution mit einem relativ statischen Lehrangebot und den sich ändernden

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

gesellschaftlichen und ökonomischen Anforderungen einer Zeit, die von gesellschaftlicher Beschleunigung und politischen Brüchen gekennzeichnet war. Dem Modernisierungsdruck des 19. Jh.s begegneten die Schulen, teils aus ehemaligen Klosterschulen hervorgegangen, durch begrenzte Anpassung, während durch die Bildungsexpansion außerhalb der geschützten Räume der gesellschaftliche Druck auf den Neuhumanismus abgefangen wurde.

Hervorgegangen ist die Arbeit aus einem Forschungsprojekt der 1990er Jahre zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Nach einem einleitenden Abschnitt, der den sechs in Württemberg angesiedelten, untersuchten Institutionen gilt, den evangelischen Seminaren Maulbronn, Blaubeuren, Schöntal, Urach sowie den faktisch katholischen Konvikten Ehingen und Rottweil, die mit dem dortigen Gymnasium zusammenarbeiteten, folgen drei Hauptteile, die schwerpunktmäßig die Epoche des wilhelminischen Kaiserreichs beleuchten.

Zunächst werden Bildungsbegriff, Selbstverständnis sowie Werteordnung der Lehrerschaft untersucht: Neben Statusfragen stehen die Debatte um die Ausweitung des Fächerkanons und allgemeiner die Frage nach der wahren Bildung im Mittelpunkt, die statt Wissen Können verlangt. Dann folgen Analysen zum Verhältnis von Staat und Geschichte, wobei sowohl die Landes- als auch die Reichsebene berücksichtigt werden. Für das vielfach großdeutsch denkende Württemberg war 1871 zweifellos eine Zäsur. Auffällig ist dabei die rasche Anpassung an die neue borussische Ordnung, die Nationalisierung der Geschichtskultur, ohne dass die alten Bindungen aufgegeben worden wären. Bemerkenswert differenziert ist auch der letzte Hauptteil über die Schulen während des Ersten Weltkriegs. Hier zeigen die überlieferten Äußerungen neben einem Reflexionsverlust und Strukturvereinfachungen im Denken eine heilsgeschichtliche Aufladung der Ereignisse, sicher dem theologischen Horizont der untersuchten Einrichtungen geschuldet, die sich als Vorbereitungsanstalten für angehende Geistliche verstanden und daher historischen Erklärungen fern standen. Außerdem fließen die Quellen für diesen Zeitraum deutlich spärlicher: Ilg nutzte überwiegend sogenanntes graues Schrifttum aus dem Umfeld der Schulen, in denen sich das Subjekt in der von zyklischen Festen geprägten Lebenswelt der Schule aktualisiert sowie dokumentiert und das für das 19. Jh. gut erhalten ist, dazu Aktenmaterial. Doch Feierlichkeiten kamen nach 1914 außer Mode, während für Nekrologisches das Papier fehlte. Mit Recht wird die Wichtigkeit der alljährlich gedruckten Schulprogramme hervorgehoben, die auch wissenschaftliche Beiträge brachten.

Ilg verbleibt im Deutungsrahmen bevorzugter und bewährter Interpreten wie Dieter Langewiesche, Thomas Nipperdey und Wolfgang Hardtwig, lässt aber auch die Gymnasiallehrer in Quellenzitaten ausführlich zu Wort kommen. Eine wesentliche Stärke ist die konfessionelle Kategorie, die die Studie durchzieht. Mit diesem vergleichenden Ansatz für ein milieubezogenes Untersuchungsobjekt wie Schule lassen sich Ergebnisse erzielen, die auch dann gültig sind, wenn, wie der Verfasser betont, sich die beiden Untersuchungsgruppen nur graduell in ihrem Tun unterschieden. Die Katholiken, in der Minderheit und auf Reichsebene offen angefeindet, zeigten eine Überkompensation: Sie gingen stärker in ihrer Rolle auf und wehrten Veränderungen heftiger ab. Der Antimodernismus war stärker ausgeprägt, während die evangelischen Lehrer mehr Offenheit und Reflexivität, zum Beispiel in ihrer pädagogischen Arbeit, zeigten. Ilg nimmt damit die Untersuchung von Gerhard Schmidtchen auf (ohne die maßgebliche Monographie zu zitieren), der die dogmatisch unbestimmtere protestantische Theologie mit ihren Leerstellen in der Sinnfrage erklärend dafür heranzieht, dass Protestanten in ihrer Unsicherheit säkularen Bewegungen gegenüber aufgeschlossener agierten. In der Staatsnähe und der zeittypischen Rhetorik unterschieden sich die beiden



Konfessionsgruppen hingegen nicht. Letztlich war die lebensweltliche Homogenität stärker wirksam als der Konfessionsunterschied, so dass die Differenzen gering blieben. Ein Personenregister schließt die angenehm lesbare, sinnvoll gegliederte und überzeugend argumentierende Arbeit ab.

STEFAN BENZ

Bayreuth

VSWG 103, 2016/4, 545–546

Niklaus Ingold

**Lichtduschen. Geschichte einer Gesundheitstechnik, 1890–1975**  
(Interferenzen 22). Chronos, Zürich 2015, 280 S. (22 Abb.), 34,00 €.

Licht und Luft wurden seit der Antike als grundlegend für die Gesundheit propagiert. Im 19. Jh. verwies die Lebensreformbewegung als Kritik an Modernisierungsprozessen auf die gesundheitsfördernde Wirkung von Tageslicht. In Sonnenheilanstalten wurden Luft- und Lichtbäder verordnet, um eine naturgemäße und deshalb gesunde Lebensführung angesichts der Belastungen von Industrialisierung und Urbanisierung zu gewährleisten. Auch in der Medizin begann man zunehmend über die gesundheitliche Bedeutung der Art des Lichts zu forschen, und technische Errungenschaften ebneten den Weg dafür, sich über das Sonnenlicht hinaus hierzu auch künstliches Licht verfügbar zu machen. Mit der Elektrifizierung von Arztpraxen und Laboratorien konnte so eine moderne Lichttherapie abseits der sonnenreichen Küsten- und Alpenregionen angeboten werden. Im Zusammenspiel mit der Elektroindustrie wurde schließlich die sogenannte ‚Höhensonne‘ entwickelt, die in Kliniken und Sanatorien sowie in privaten Haushalten eingesetzt wurde.

Niklaus Ingold befasst sich in seiner Dissertation mit der Entstehung, Verbreitung und Veränderung des Wissens über die Bedeutung von Lichtstrahlen für die menschliche Gesundheit. Was im 19. Jh. mit der Verwendung elektrischer Lampen als Sonnenmodelle in lichtbiologischen Experimenten und zu Beginn des 20. Jh.s in medizinischen Behandlungsversuchen vor allem bestimmter Formen der Tuberkulose sowie der Rachitis begann, entwickelte sich im weiteren Verlauf des Jahrhunderts als Ultraviolettstrahler zu einem normalen Requisite des Badezimmers. Alle paar Tage sollten Brust und Rücken für wenige Minuten bestrahlt werden, zum Schutz der Augen musste eine Spezialbrille getragen werden. Für diese kurzen Bestrahlungen des Körpers mit Ultraviolettlicht wurde die titelgebende Bezeichnung ‚Lichtduschen‘ geprägt. Mit der verstärkten Technisierung der Haushalte in den 1960er Jahren erreichte diese Gesundheitstechnik ihren Höhepunkt.

Angelegt als moderne Wissenschaftsgeschichte möchte Ingold auf der Basis von Fachzeitschriften, Ratgeberliteratur und Werbebroschüren sowohl den Expertendiskurs als auch das öffentliche Sprechen über die gesundheitliche Wirkung des Lichts chronologisch rekonstruieren. Mit der Verwissenschaftlichung und Kommerzialisierung der Lichtaussetzung des Körpers, wie sie sich im 20. Jh. mithilfe der Industrie zu einem Massenphänomen im Bereich der Eigentherapien hinsichtlich Gesundheit und Wellness entwickelte, vermarktete die Elektroindustrie das Lichtduschen ab den 1920er Jahren als gesundheitsförderliches Handeln, das Männern, Frauen und Kindern zu

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

einem erfolgreichen Leben in der modernen Industriegesellschaft verhelfen sollte. Durch regelmäßige Selbstbestrahlungen mit Heimsonnen sollten der Körper gestärkt sowie die Arbeits- und Leistungsfähigkeit gesteigert werden. Damit reflektierte die Ultraviolettbestrahlung – so die These – die krisenhaften Erscheinungen der ersten Jahrhunderthälfte und entfaltete große Symbolwirkung als eine von Wissenschaft und Spitzentechnologie konzipierte Antwort auf die daraus resultierenden gesundheitlichen Bedingungen. Als dann aus den ‚Mangelkörpern der dunklen Städte‘ in der zweiten Jahrhunderthälfte zunehmend ‚Wohlstandskörper‘ wurden und Medizin sowie Pharmaindustrie mit dem Einsatz von Antibiotika andere Karriere und Profit versprechende Wege gingen, erlahmte das Interesse an dem therapeutischen Einsatz der Ultraviolettbestrahlungen; ab etwa 1975 verdrängten neuartige Solarien schließlich die ‚Höhensonne‘ und zielten weniger auf gesundheitliche Aspekte als auf die Verschönerung des Teints bzw. Vorspiegelung von zunehmend möglichen Urlaubsreisen in sonnige Gefilde.

Ingold zeigt am Beispiel der Bestrahlung mit UV-Licht, wie Medizin, elektrotechnische Innovationen und gesellschaftliche Problemwahrnehmungen ineinandergreifen und gibt damit einen eindrucksvollen Einblick in das Potential einer modernen kulturgeschichtlich orientierten Wissenschaftsgeschichte. Hieran anschließen könnte eine Untersuchung, die komplementär stärker die wirtschaftsgeschichtlichen Aspekte der Lichttherapie in den Vordergrund stellt.

JÖRG VÖGELE  
Düsseldorf

VSWG 103, 2016/4, 546–547

Frank Jacob

**Geheimgesellschaften. Geschichte und Gegenwart verborgener Macht**  
(Kohlhammer Urban Akademie). Kohlhammer, Stuttgart 2015, 133 S., 25,00 €.

Der klar gegliederte Band zielt auf eine breitenwirksame, rasch zu rezipierende Grundinformation zu dem amorphen Bereich der „Geheimgesellschaften“. Folgerichtig kreist das erste Kapitel um die Frage des Geheimnisses, da ein solches allein aus einem Zusammenschluss noch keine Geheimgesellschaft macht. Dabei bemüht sich der Autor unter Heranziehung gängiger Literatur um die Klarstellung des Begriffs – unter gleichzeitiger Abgrenzung von Verschwörungstheorien. „Eine Geheimgesellschaft ist“, so Jacob, „eine Gruppierung von Menschen, die sich basierend auf der Geheimhaltung – und das unabhängig vom jeweiligen Grund für diese Entscheidung – ihrer Existenz, zu einer Gesellschaft verbinden, die zumindest partiell bzw. für einen bestimmten Zeitraum ihre Mitgliederstrukturen, Handlungen sowie ihren Einfluss nicht öffentlich macht.“ (S. 29)

Auf dieser Basis setzt sich der Verfasser mit den Pythagoreern, Freimaurern, Illuminaten, den United Irishmen, chinesischen Geheimbünden und schließlich mit der schon im einleitenden Bereich der Darstellung ausführlich angesprochenen Thule-Gesellschaft auseinander. Dabei bewegt er sich im Rahmen gängiger Darstellungsformen, die sich wie etwa Georg Schuster (1905), Eugen Lennhoff (1932) und Lothar Diehl als Herausgeber (1999) als Wissenschaftler, Aufklärer oder Eso-

teriker dem Thema annähern. Zweifellos hat Jacob große Fachkompetenz im Bereich der Thule-Gesellschaft, vielleicht auch der asiatischen Geheimgesellschaften, dezidiert muss ihm aber eine solche für die Freimaurerei abgesprochen werden, wiewohl er diese als „Geheimgesellschaft *par excellence*“ zentriert. Und das ist ärgerlich, weil er diese Auswahl mit dem Fluidum falscher Kennerschaft maskiert.

Diese Urform eines privaten Zusammenschlusses an der Nahtstelle des Intimen zum Öffentlichen entstand in jener englischen Gesellschaft des ausgehenden 17. und beginnenden 18. Jh.s, die mit den Kaffeehäusern und Clubs erste Begegnungsstätten der Oberschicht schuf, in der das Private in einer beschränkten Öffentlichkeit sichtbar wurde (Jürgen Habermas). Das aus handwerklichen Traditionen stammende Ritual bediente den *homo ludens* (Johan Huizinga) ebenso wie den Umgang des aufstrebenden Bürgertums mit den in die Logen eintretenden Aristokraten. Bereits kurz nach Schaffung einer klaren Struktur in der ersten Großloge publizierte man 1723 die Old Charges, in denen man die Öffentlichkeit über die Aufnahmebedingungen, die Verhaltensweisen der Mitglieder und die Struktur dieses Zusammenschlusses informierte. Mit dem Sprung der Freimaurerei auf den absolutistisch regierten Kontinent kam es zur charakteristischen partiellen Verbindung eines modischen Zusammenschlusses mit den Ideen der Aufklärung, aber ebenso mit der Anti-aufklärung, der Alchemie und der Esoterik. Das eigentliche Geheimnis der Logen lag aber auch hier zweifellos, wie Reinhart Koselleck bereits 1958 ausführlich dargestellt hat, in der Überwindung der ständischen Unterschiede und in der Zurückweisung des Absolutheitsanspruches des Staates und der Kirchen im privaten Raum. Das Arkanum, auf das die Mitglieder eingeschworen wurden, klammerte die persönliche Haltung zu Politik und Religion aus und beschränkte sich letztlich auf das Ritual, das in seiner Vielfalt nahezu zeitgleich mit seiner Verfestigung auch in unterschiedlichen Drucken der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. Darüber hinaus fanden gerade im englischen, deutschen und skandinavischen Raum die Dynastien jenen Zugang zu den Logen, der teilweise dazu führte, dass Herrscher in den Status des geborenen Großmeisters rückten. In weiterer Folge erleichterten derartige Nahverhältnisse den Wandel der Logen dieses Raumes von modernen Zusammenschlüssen zu strukturkonservativen, ja geradezu reaktionären Gesellschaften, die im Gegensatz zur romanischen Maurerei den Modernisierungsprozessen des 19. und 20. Jh.s äußerst zurückhaltend gegenüberstanden. Die Zurückweisung des Absolutheitsanspruches der Kirchen hatte Verbote der Freimaurerei durch katholische, islamische, teilweise auch durch lutherische und calvinische Autoritäten zur Folge, der Untergang des Ancien Régime in der französischen Revolution führte zur Ausformulierung jener Verschwörungstheorie, in der die Freimaurerei zur revolutionären „Geheimgesellschaft“ stilisiert wurde. Aber auch Augustin Barruel findet sich nicht auf der Leseliste Jacobs. Stattdessen gibt es falsche Zuordnungen, überflüssiges *Namedropping*, ein eigenes Kapitel über die Illuminaten, während die Rosenkreuzer fehlen – aber da gibt es auch keinen Hype à la Dan Brown.

DIETER A. BINDER  
Budapest/Graz



VSWG 103, 2016/4, 548–549

Yong Suk Jung

### **Strukturwandel im sozialen Feld. Bergarbeiterfamilien im Ruhrgebiet**

**1945 bis 2000**

(Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen 54). Klartext, Essen 2015, 218 S. (16 Abb., 29 Tab.), 29,95 €.

Dass der Untertitel dieser Publikation der Koreanerin Yong Suk Jung – basierend auf ihrer von Klaus Tenfelde an der Bochumer Universität betreuten Dissertation – ein inzwischen breit untersuchtes soziologisch-sozialhistorisches Forschungsfeld anspricht, liegt auf der Hand. Allerdings geht es der Verfasserin nicht in erster Linie um „lebensgeschichtliche Befunde, sondern um eine Rekonstruktion der Familie als Sozialform“ (S. 21), d. h. um eine Analyse des demographischen Wandels der Familiensituation infolge des in den 1950er Jahren auch in den Bergarbeiterfamilien des Ruhrgebiets einsetzenden Geburten- und Bevölkerungsrückgangs sowie um die sozialen Folgen dieses Wandels. Dabei war ihr Interesse insbesondere auf die sich in diesem Kontext von den Nachkriegsjahren bis zur Jahrtausendwende verändernde Situation der Frauen und Mütter aus dem Bergarbeitermilieu ausgerichtet. Die Verfasserin bearbeitete eine Fülle von amtlichen Veröffentlichungen zur Bevölkerungsstruktur, zur Bevölkerungsentwicklung und Statistik in Nordrhein-Westfalen, speziell des Ruhrgebiets. Darüber hinaus wertete sie exemplarisch Archivmaterialien einer konkreten Ruhrgebietsstadt (Herne) einerseits, andererseits umfangreiche Literatur zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte des Ruhrgebiets aus. So gelingt ihr – nach einer einleuchtenden Einleitung – in fünf Hauptkapiteln eine umsichtige, zudem durch eine große Zahl von Diagrammen und Tabellen untermauerte Analyse zunächst der Bevölkerungsverhältnisse und der Situation vor allem der Bergarbeiterschaft bis Ende der 1950er Jahre. Es folgt eine Darstellung der Art und Weise des Wohnungsbaus, des alltäglichen Wohnens sowie der Wohnungseinrichtungen in den Bergarbeiterfamilien. Die folgenden drei Kapitel wenden sich zunächst dem Strukturwandel der Frauennarbeit bis in die 1980er Jahre, anschließend den Veränderungen der weiblichen Bildungs- und Ausbildungschancen im Ruhrgebiet seit den 1950er Jahren und schließlich der Frage zu, wie sich die Bevölkerungs- und Familienverhältnisse im Kontext einer fortschreitenden „Deindustrialisierung“ seit den 1960er Jahren insbesondere mit Blick auf die Veränderungen des generativen Verhaltens gewandelt haben.

Die Ergebnisse der mit statistischem Material breit belegten Studie laufen darauf hinaus, dass sich zwar in der Bergarbeiterschaft seit den 1950er Jahren ein deutliches Streben nach „Entproletarisierung“ und „Verbürgerlichung“ verbreitet habe, die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen (infolge auch zunehmender Beschäftigungsunsicherheit der Ehemänner) „allerdings in Konflikt mit dem familialen Konservatismus im Bergarbeitermilieu“ geraten sei (S. 182). Dennoch habe die „Bildungsexpansion“ seit den 1960er Jahren angesichts der bisher in den Arbeiterfamilien des Ruhrgebiets verbreiteten Bildungsferne die Berufsperspektiven von Frauen stärker als im übrigen Bundesgebiet verbessert. Doch sei, so lautet der abschließende Befund der Verfasserin, die geschlechterspezifische Arbeitsteilung nicht grundsätzlich aufgehoben worden, so dass die häufig geäußerte These, Frauen seien die Gewinnerinnen des Strukturwandels, hier relativiert werden müsse. Was jedoch den Wandel der gesamten Bevölkerungs- und Familienstruktur dieses Raumes angehe, so

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

habe in den letzten Jahrzehnten die intergenerationelle sowie überregionale Berufsmobilität zugenommen und eine weitgehende Auflösung des traditionellen Arbeitermilieus hervorgerufen sowie auch – bezogen auf die gestiegene weibliche Erwerbstätigkeit – eine deutliche Verzögerung der Familienbildung mitbewirkt.

Mit Blick auf die nach der Gründung der Bochumer Universität Mitte der 1960er Jahre beginnende breite Hinwendung zur Sozial- und auch Alltags- und Mentalitätsgeschichte des Ruhrgebiets, angestoßen vor allem durch Hans Mommsen und Wolfgang Köllmann sowie deren Schüler, gibt Yong Suk Jung mit ihrer Studie weitere innovative Impulse zur Erforschung des sozialen Strukturwandels dieser Region, weshalb sie bereits im Herbst 2011 mit dem Förderpreis des Bochumer „Fördervereins des Instituts für soziale Bewegungen“ ausgezeichnet wurde.

JÜRGEN REULECKE  
Essen / Gießen

VSWG 103, 2016/4, 549–550

Fritz Keller

**Die Küche im Krieg. Lebensmittelstandards 1933 bis 1945**

New Academic Press, Wien 2015, 135 S. (9 Abb., 4 Tab.), 19,90 €.

Die Lebensmittelstandards wurden vor und im Zweiten Weltkrieg massiv herabgesetzt. Das ist weder neu noch verblüffend, aber nach wie vor ein aktuelles Thema vor dem Hintergrund weltweit agierender Lebensmittelproduzenten. So wird auch gegenwärtig etwa die Diskussion um das Freihandelsabkommen mit den USA mit Angst vor dem Verlust europäischer Lebensmittelstandards medial aufgeladen.

Nun hat Fritz Keller, der in Österreich lebende Gewerkschafter und Historiker, eine inhouse-Publikation im doppelten Sinne vorgelegt. Der zuletzt als Lebensmittelpolitiker der Stadt Wien tätige Keller publizierte bereits Zeitungsartikel zu einzelnen Lebensmittel- und Konsumfragen während des Zweiten Weltkrieges. Bei dem zu besprechenden Werk handelt es sich um eine Art Konklusion seiner Forschungen anhand aller das Lebensmittelrecht betreffenden Bestimmungen, die der Autor durchaus fachkundig und ausführlich zu erläutern vermag. So werden die zugesetzten Ersatzstoffe chemisch auseinandergenommen und die Wirkung für den menschlichen Organismus in Ansätzen beschrieben. Aber auch in anderer Hinsicht ist es ein ‚hausgemachtes‘ Werk. Denn der Autor greift in erster Linie auf Bestände des Wiener Marktamtes sowie auf einige des Österreichischen Staatsarchivs zurück; leider – muss der Rezensent anmerken – nur auf diese. Verhindert wird dadurch der ministerielle Blick auf die Reichsebene. Mit einigen Hitler-Zitaten (S. 18, 20, 45, 72, 99) lässt sich dies nicht auffangen.

Die Untersuchungsfrage dieser „Studie“ kann nicht klar benannt werden, weil sie nicht gestellt wird. Auch Kellers Perspektive – Verwaltung, Industrie, Verbraucher – schwankt. Bei der Veröffentlichung handelt es sich um eine Zusammenstellung von Gesetzen und Verordnungen, die Produktionsweise diverser Lebens- und Genussmittel zwischen 1933 und 1945 betreffend. Entge-

gen des vielversprechenden Titels über „Lebensmittelstandards“ behandelt Keller tatsächlich allein die „normale“ Zivilbevölkerung als Konsument, alle „Sondergruppen“ werden ausgespart. Im Kern geht es aber um die Übertragung des deutschen Lebensmittelrechts auf das „angeschlossene“ österreichische Gebiet, die „Ostmark“. Diese Beschränkung ist schlüssig und einer Untersuchung zuträglich, aber die Rahmenbedingungen (Autarkieprimat, Frontverlauf, Bevölkerungsstimmung) bleiben zu oft außen vor, eine Kontextualisierung wird viel zu häufig dem Leser überlassen.

Nach einer Einführung ins deutsche Lebensmittelrecht folgen als Unterüberschriften in chronologischer Reihenfolge nur noch die Verordnungen zu den einzelnen Lebensmitteln, durchbrochen von Exkursen zum österreichischen Lebensmittelrecht und dem Transfer der Bestimmungen in die „Ostmark“. Das ist stringent und hilft beim schnellen Nachschlagen. Weniger schlüssig gestalten sich die Brüche in der Darlegung. So wechselt Keller nach der Darstellung der letzten Verordnung vom 8. August 1944 – für den Leser völlig unvermittelt – den Stil. Ab hier beschreibt er alphabetisch die „Produktionseinschränkungen“ anhand ausgewählter Grundnahrungsmittel (von Brot bis Wurst). Konsequenterweise endet für Keller das „Großdeutsche Reich“ auf dem Nahrungsmittelsektor in einem „Deregulierungsprozess“, wobei die Kontrollmechanismen bereits ab 1938 durch zunehmenden Personalmangel ausgehöhlt wurden (S. 112).

Gewinnbringend sind die in den Exkursen anklingenden Vergleiche zwischen Deutschland und Österreich. Hier galten weitaus mehr Reinheitsgebote, und generell war die Ernährung ein sensibler Bereich. Eine gewisse Verordnungstradition dokumentiert der „Codex Alimentarius Austriacus“ (zuerst 1891). Dieses zwar rechtlich unverbindliche „Lebensmittelbuch“ besaß aber einen derart hohen Stellenwert, dass es auch nach dem „Anschluss“ 1938 nicht abgeschafft wurde.

Nach der Lektüre von Kellers Studie fällt dem Rezensenten ein Fazit schwer. Die Geschichte des Konsums ist mittlerweile etabliert, auch die Reihe der Untersuchungen entlang einzelner Produkte oder Inhaltsstoffe (Schuhe, Kaffee, Tabak, Vitamine, Vollkorn) ist lang, wenngleich fortsetzbar. Keller schließt zwar dort nicht an, legt aber eine verdienstvolle Zusammenstellung rechtlicher Grundlagen im Überblick vor. Dieses Buch ist aufgrund seiner Konzeption nur schlecht lesbar, aber zumindest benutzbar. Leider ist das Register derart fehlerhaft, dass man dem Werk nicht zuletzt hierfür ein Lektorat gewünscht hätte. Den Adressatenkreis vermag der Rezensent nicht recht zu bestimmen. Die Bekanntheit des Autors und die Popularität des Themas werden aber für ausreichend Leser sorgen.

JOACHIM HENDEL  
Marburg





VSWG 103, 2016/4, 551–552

Jan Kilián (Hg.)

**Michel Stüelers Gedenkbuch (1629–1649). Alltagsleben in Böhmen zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges**

(Herrschaft und Soziale Systeme 17). V&R unipress, Göttingen 2014, 462 S., 60,00 €.

Seit den 1980er Jahren gewinnen sogenannte Ego-Dokumente für die Erforschung des Dreißigjährigen Krieges mehr und mehr an Gewicht und werden systematisch ausgewertet. Die verschriftlichte Erfahrung der Miterlebenden sowie deren Perspektive auf das Kriegsgeschehen, das ihren Alltag prägte, hilft uns zu verstehen, wie die Menschen die Ereignisse, die ihnen auferlegten Lasten und von ihnen durchlebten Notsituationen deuteten. Der Arbeitskreis Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit macht mit der Publikation des Gedenkbuchs Michel Stüelers eine weitere wichtige chronikalische und autobiographische Quelle aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges leicht zugänglich. Die Edition hat der tschechische Historiker Jan Kilián besorgt, der auch eine ausführliche Einleitung dazu verfasst hat, welche die komplizierte Überlieferungsgeschichte des Textes berücksichtigt, von dem die einzig erhaltene Abschrift heute im Kreisarchiv Teplitz (Teplice) verwahrt wird.

Mit dem Lohgerber Michel Stüeler (1583–1656) aus Graupen (Krupka) im südlichen böhmischen Erzgebirge begegnet dem Leser ein Mensch, dessen Leben zutiefst geprägt war von den gravierenden politischen und konfessionellen Umbrüchen in seiner Heimat und von den Auswirkungen des Krieges. Dabei ist einerseits zu bedenken, dass es sich um einen Bürger einer zwar kleinen, aber doch für das Heilige Römische Reich typischen landsässigen Stadt handelte. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass die Zugehörigkeit der Stadt zum Königreich Böhmen auf eine besondere Situation verweist, die sich aus der Herrschaftsdurchsetzung der Habsburger und phasenweise aus besonders intensiven Truppenbewegungen ergab. Für Historiker relevant ist sicherlich die Tatsache, dass Stüeler zur katholischen Konfession gezwungen wurde und die Durchdringung seiner Heimat mit katholischen Geistlichen und deren Lehre erlebte. Dabei war er, wie in der Einleitung herausgearbeitet wird, ein Mann, der über eine solide, lokal vermittelte Schulbildung verfügte, rudimentär Latein beherrschte, eigene Bücher, vor allem protestantische Erbauungsschriften, besaß, im Chor sang und die Orgel schlug. Die gute Besitz- und Finanzlage, die Stüeler vor Ausbruch des Krieges erreicht hatte und die sich auch in zahlreichen bürgerlichen Ämtern ausdrückte, beruhte offenkundig weniger auf der regelmäßigen Ausübung seines erlernten, recht spezialisierten Gewerbes, als vielmehr zeittypisch auf mehreren Einnahmequellen. Nach dem Krieg war er offenbar nur noch begrenzt liquide und hoch verschuldet. Vor allem Steuerschulden drückten ihn – ein Schicksal, das allerorten in Deutschland nach 1648 vorkam. Stüeler war dreimal verheiratet und musste ein Dutzend Kinder zu Grabe tragen; über diejenigen, welche das Erwachsenenalter erreichten, konnte er sich ärgern. Überhaupt trug er Züge, die ihn aus heutiger Perspektive unsympathisch erscheinen lassen: Er trank habituell viel Alkohol, übte Gewalt gegen seine Ehefrau aus – wiewohl die Ehe trotz alledem zu funktionieren schien – und war in zahlreiche Streitigkeiten verwickelt. Über seine Mitmenschen äußerte er sich in seinen Aufzeichnungen mitunter höchst abfällig, und zwar so, dass ihm bei öffentlicher Aussprache seiner Einschätzungen gewiss noch mehr Injurienprozesse gedroht hätten.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Das chronikalische Werk Stüelers ist deswegen bemerkenswert, weil die Aufzeichnungen offenkundig zeitnah und über einen sehr langen Zeitraum regelmäßig erfolgten. Sie enthalten nicht nur Bemerkungen zum Wetter, zur Ernte und zu Ereignissen wie Geburt, Krankheit und Tod in der eigenen Familie oder bei Bekannten, sondern es wird auch über Träume und Ängste berichtet. Eine persönliche Gottesfurcht wird deutlich, die mit einer Glaubenspraxis verbunden war, die nur schwer konfessionell zugeordnet werden kann, auch wenn Kontakte zu katholischen Geistlichen gepflegt wurden. Ein konfessioneller Eiferer war Stüeler jedenfalls nicht, sein Seelenheil sah er durch die Konversion nicht bedroht, singend begleitete er den Gottesdienst – als Protestant und als Katholik. Ist das ein typisches oder ein untypisches Verhalten im Konfessionellen Zeitalter?

Es zeigt sich ferner, wie stark die Bindungen und zugleich die Konfliktrichtigkeit der städtischen Gesellschaft waren, in der sich der Chronist aber alles in allem sehr gut behaupten konnte. Bemerkenswert oft berichtet er nicht nur von typischen frühneuzeitlichen Ehrverletzungen, sondern auch regelmäßig von kleineren Diebstählen. Auch Brandschäden begegnen dem Leser recht oft. Zwischendurch wird immer wieder auf Kriegseignisse rekurriert: Es wird deutlich, welche Wirkung Gerüchte hatten und was von der allgemeinen Kriegslage bekannt war – schließlich bestanden regelmäßige Kontakte nach Prag und ins benachbarte Kurfürstentum Sachsen. Der selbstverständliche Umgang mit Einquartierungen fällt genauso auf wie die lakonischen Berichte über Vorfälle mit Soldaten, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden. Die wichtigsten militärischen Vorgänge gehören schließlich ebenso zur Jahresbilanz, die Stüeler stets Ende Dezember zog, wie das Resümee der Jahresernte. Krieg erscheint so nicht mehr als Störung des Alltags, sondern ist selbst Alltag geworden, der nicht weiter hinterfragt wird. An den edierten Text können zahlreiche Fragen gestellt werden, da er vielfältige Möglichkeiten zur Analyse bietet.

Die Edition ist sorgsam aufbereitet. Erklärt werden vor allem Orts- und Personennamen sowie einzelne Sachbegriffe. Die Beigabe eines Orts- und Personenverzeichnisses ist äußerst nützlich und hilft bei der Analyse der Lebenswelt, die Stüeler in seinen Aufzeichnungen eingefangen hat. Das Personenverzeichnis allein, um dies hervorzuheben, ist eine bemerkenswerte prosopographische Leistung, die eine wichtige und nützliche Edition abrundet.

FRANK KLEINEHAGENBROCK  
Würzburg

VSWG 103, 2016/4, 552–554

Kathrin Krogner-Kornalik

**Tod in der Stadt. Religion, Alltag und Festkultur in Krakau 1869–1914**  
(Religiöse Kulturen im Europa der Neuzeit 5). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015, 310 S. (3 Abb.), 69,99 €.

Die attraktiv publizierte Dissertation von 2014 aus dem Graduiertenkolleg „Religiöse Kulturen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts“ setzt sich mit den Thesen zur Verdrängung des Todes aus dem Alltagsleben im 19. Jh. auseinander. Durch den Übergang des Sterbens aus dem familiären Umfeld

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

in einen professionellen Medizinbereich und die Verlagerung der Friedhöfe aus dem Zentrum an den Rand der Städte verschwanden Sterben und Tod aus dem alltäglichen Leben. Darüber hinaus wurde das Bestattungswesen zunehmend öffentlich reglementiert, nicht nur aus hygienischen Gründen, sondern auch im Kontext der Stadtgestaltung und der symbolischen Politik. Gleichzeitig wurde der Tod der „Männer, die die Welt bewegten“, zur öffentlichen Angelegenheit. In diesem Spannungsfeld bewegten sich seit dem 19. Jh. auch die Religionsgemeinschaften. Die Untersuchung von Kathrin Krogner-Kornalik fragt nach dem Umgang der verschiedenen Religionsgemeinschaften mit diesem fundamentalen Wandel in Bezug auf den Tod.

Das ist eine außerordentlich interessante Fragestellung, da Gesellschaften notwendigerweise gezwungen sind, sich mit dem Tod und dem Umgang mit den Toten zu beschäftigen. Dabei beziehen sie über ihre Friedhöfe und deren Gestaltung sowie über die symbolische Auseinandersetzung mit dem Sterben auch Stellung zum Leben und reflektieren den Umgang der Lebenden mit dem Sterben. Am Fallbeispiel Krakaus analysiert Krogner-Kornalik für eine Stadt – als Ort der Modernisierung – den Umgang mit dem Sterben. Krakau ist allerdings kein „Normalfall“ – wohl nicht nur, aber besonders vor dem Hintergrund seiner Stellung in der polnischen Geschichte.

Der erste große Einschnitt, der meist übersehen wird, war die Neuanlage von Friedhöfen am Stadtrand. Damit endete die räumliche Nähe zwischen den Lebenden und den Toten und es reduzierte sich die Bedeutung der Friedhöfe: Sie waren nun lediglich noch Orte des Todes und der Erinnerung an die Toten. Zusätzlich erlangten weltliche Behörden und nicht allein religiöse „Dienstleister“ Einfluss auf das Bestattungswesen. Für die Städte bedeutete die Verlagerung der Friedhöfe naturgemäß Veränderungen in der Stadtgestalt.

Zunächst analysiert Krogner-Kornalik die Bestattungskultur im Alltag Krakaus. Detailreich werden Veränderungen und Besonderheiten der Bestattungen im 19. Jh. beschrieben. Es kam zu einer Professionalisierung und Kommerzialisierung durch Bestattungsunternehmen und zu Eingriffen der Behörden. Säkularisierung und Modernisierung fanden allerdings ihre Grenzen bei der Leichenverbrennung und Urnenbestattung. Auch über Formen der Gestaltung von Grabmalen wurde gestritten. Hier setzten sich meist religiöse Vorstellungen durch, im Krakauer Fall also katholische und jüdische.

Im zweiten Hauptteil geht es um die Festkultur und die Bestattungen bedeutender Persönlichkeiten: um Krakaus große Beerdigungen im 19. Jh. Hier wird die Bestattungskultur als symbolische Politik zur Stabilisierung von Gemeinschaften, kollektiven Identitäten und zur Herrschaftslegitimation sichtbar. Im Krakauer Fall ging es insbesondere darum, nationale Identität und Kontinuität von Herrschaft durch einen Totenkult zu demonstrieren und zu rechtfertigen. An den zahlreichen Beispielen, die behandelt werden, zeigt sich, dass die posthume Ehrerweisung nicht mehr nur an dynastische Zugehörigkeiten gebunden war, sondern mit der Modernisierung ging es nun auch um persönliche Verdienste in Bereichen wie Kultur, Wissenschaft, aber auch Politik. Dabei werden drei Typen von öffentlichkeitswirksamen Beerdigungen festgestellt – die prachtvolle Beisetzung, die Überführung schon länger verstorbener Personen und die weniger geplante, stille Demonstration bei der Beerdigung von Opfern staatlicher Repression. Vor dem Hintergrund der polnischen Geschichte ist verständlich, dass solche nicht alltäglichen Beisetzungen, die symbolische Bedeutung hatten, mit großem Konfliktpotenzial verbunden waren.

Letztlich bleibt für die detailreiche Darstellung der Veränderungen der Bestattungskulturen in Krakau nicht nur die für Fallbeispiele immer zu stellende Frage, wie repräsentativ oder typisch der

untersuchte Fall ist, sondern auch der Zweifel, ob nicht für den Bereich der öffentlichen Beerdigungsrituale Krakau ein zu besonderes Beispiel ist. Das mindert nicht den Wert der Untersuchung, sondern führt zu der Forderung nach weiteren einschlägigen Studien.

STEFAN GOCH  
Gelsenkirchen

VSWG 103, 2016/4, 554–555

Simona Lavaud

**Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit? Jüdische Wohlfahrt in der Weimarer Republik zwischen privaten Initiativen und öffentlichem Engagement am Beispiel der Berliner Gemeinde**

(Zivilisationen & Geschichte 32). Lang, Frankfurt a. M. 2015, 297 S., 59,95 €.

Zum jüdischen Wohlfahrtswesen vor 1933 gibt es kaum Forschungen. Insofern nimmt man mit großer Erwartung diese Kasseler geschichtswissenschaftliche Dissertation in die Hand. Sie will zeigen, wie sich Juden gerade in wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten vor allem für ihre sozial schwächer gestellten Glaubensgenossen engagierten. Angesichts der Fülle der überlieferten Quellen – trotz massiver, zum Teil unwiederbringlicher Verluste an Archivalien als Folge der Shoah – hat die Verfasserin ihre Untersuchung auf eine Stadt begrenzt. Da in Berlin Anfang des 20. Jh.s im Vergleich mit anderen deutschen Städten die meisten Juden wohnten und zudem der Zustrom von Ostjuden vor und besonders nach dem Ersten Weltkrieg dort eine große Herausforderung für das Wohlfahrtswesen bedeutete, macht diese Fokussierung durchaus Sinn. Allerdings ist die Bezeichnung „Berliner Gemeinde“, die auch im Titel auftaucht, insofern irreführend, als es damals nicht bloß in dieser Stadt mehr als eine jüdische Gemeinde gab. Doch damit ist bereits auch ein Problem dieser Untersuchung benannt: Es wird nicht zwischen der Fürsorge von Juden für Juden aus philanthropischen Gründen und der an die jeweilige Gemeinde (liberal, orthodox etc.) angebundenen Mildtätigkeit (hebr. *zedaka*) unterschieden, die im Judentum eine lange, bis in biblische Zeiten zurückgehende Tradition hat. Ein weiteres Manko dieser Arbeit ist das Nichteinbeziehen von Quellen in anderen Sprachen (in diesem Fall: Jiddisch, Hebräisch, Russisch). Gerade wenn man die Leistungen der Berliner Juden auf dem Gebiet der sogenannten „Ostjudenfürsorge“ beurteilen will, kann man ohne solche Sprachkenntnisse kaum ein profundes Urteil fällen.

Im Hauptteil wird zunächst das traditionelle jüdische Wohlfahrtswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung skizziert. Dazu gehört auch ein Abschnitt über das Entstehen von jüdischen Vereinen, wobei der zeitliche Schwerpunkt auf dem 19. Jh. liegt. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, dass die Bedürftigkeitsprüfung in den christlichen Konfessionen – wie die Autorin behauptet – nicht erst in dieser Zeit einsetzte, sondern bereits eine Folge der Reformation war. Es folgt eine Beschreibung der Strukturen und der Rahmenbedingungen der jüdischen Wohlfahrtspflege in der Zeit vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Ende der Weimarer Republik. Diese Jahre, so die Verfasserin, seien durch eine Modernisierung und Professionalisierung des Fürsorgesystems gekennzeichnet.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Im zweiten Teil, dem eigentlichen Hauptteil, wird die jüdische Wohlfahrt in unterschiedlichen Lebensbereichen (Fürsorge für Kinder und Jugendliche, Gesundheits- und Arbeitsfürsorge, Fürsorge für Mädchen und Frauen sowie für Gefährdete und die „Hilfe für die ostjüdischen Glaubensbrüder“) aus zum Teil bislang kaum herangezogenen Quellen dargestellt.

Das Spektrum der jüdischen Wohltätigkeit, das hier aufgezeigt wird, ist beeindruckend. Auch Umfang und Vielzahl der Institutionen, die sich auf diesem Gebiet betätigten, sind bemerkenswert und waren bislang kaum bekannt. So gab es 1925 in Berlin gemäß einem zeitgenössischen Handbuch mehr als 800 jüdische Wohlfahrtseinrichtungen. Angesichts der Tatsache, dass nach zeitgenössischen Schätzungen zwischen zwei und zehn Prozent der jüdischen Bevölkerung der Reichshauptstadt hilfsbedürftig waren, überrascht diese hohe Zahl der mildtätigen Stiftungen und Vereine nicht.

Das Verdienst dieser Dissertation ist es, den heute größtenteils in Vergessenheit geratenen damaligen Hilfsangeboten von jüdischer Seite ein bleibendes Denkmal gesetzt zu haben. Bedauerlicherweise kommt die eigentliche Arbeit dieser Wohltätigkeitseinrichtungen dabei zu kurz – und das ist nicht allein dem Mangel an entsprechenden Quellen geschuldet. So existieren nämlich durchaus neuere Untersuchungen zu einzelnen Aspekten jüdischer Wohltätigkeit in dieser Zeit (z. B. Taubstummenfürsorge), die belegen, dass man gerade aus Zeitschriften und Vereinsberichten sehr viel über den Umfang der Aktivitäten herausfinden kann.

ROBERT JÜTTE  
Stuttgart

VSWG 103, 2016/4, 555–556

Annette Leo / Christian König

### **Die „Wunschkindpille“. Weibliche Erfahrung und staatliche Geburtenpolitik in der DDR**

Wallstein, Göttingen 2015, 314 S. (7 Abb.), 29,90 €.

Die Autoren stellen das von dem volkseigenen Betrieb Jenapharm produzierte und im November 1965 auf der Leipziger Frühjahrsmesse präsentierte Verhütungsmittel der DDR – Ovosiston – ins Zentrum ihrer Untersuchung. Somit ist das Buch ein Novum im Bereich der DDR-Forschung, denn im Kontrast zu der weitgehend erforschten Markteinführung des hormonalen Verhütungsmittels mit seinen gesellschaftlichen und kulturellen Konsequenzen in der Bundesrepublik unterblieb bisher der Fokus auf die DDR.

Die positive Bezeichnung des Präparates als „Wunschkindpille“ sollte, im Gegensatz zur westdeutschen „Antibaby-Pille“, den Anspruch der Familienpolitik in den sechziger Jahren widerspiegeln: die Förderung von Geburten und die gleichzeitige Integration der Frauen in den Arbeitsprozess. Die Markteinführung von Ovosiston war demnach ein Teil der Modernisierungspolitik nach dem Mauerbau 1961 sowie der Versuch, die DDR zwischen dem Westen und den sozialistischen Ländern, in welchen vor allem durch legale Abtreibung verhütet wurde, zu positionieren.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Dennoch untersuchen die Autoren nicht nur die öffentlichen Debatten und die Hintergründe dieser politischen Entscheidungen, sondern lenken das Erkenntnisinteresse auch auf die Pillen-Konsumentinnen und ihre Sexualpartner sowie deren alltägliche Erfahrung mit dem Präparat. Demnach dienen neben schriftlichen Akten und Publikationen zur Erforschung von politischen sowie ökonomischen Strategien vor allem Interviews mit Frauen (und teilweise mit ihren Partnern) als Quelle, um auf diese Weise die Alltagspraxis zu beleuchten und die Ebene der Politik mit der Perspektive von unten zu verschränken. Befragt wurden drei Generationen von Frauen unterschiedlicher Herkunft und aus diversen sozialen Umgebungen: zwischen 1935 und 1938 geborene Vertreterinnen der sog. „Kriegskinder“; „Kinder des Aufbaus“, zwischen 1948 und 1950 geboren; Frauen der Generation der „Babyboomerinnen“, die zwischen 1962 und 1965 geboren wurden.

Der von den Autoren vielschichtig gezeichnete Kontext um das Präparat Ovoviston macht anschaulich, dass an dem Prozess der Einführung, der Verbreitung und des Gebrauchs der Pille zahlreiche Akteure mit unterschiedlichen Interessen beteiligt waren: Das Politbüro und das Wirtschaftsministerium wollten möglichst viele Frauen in den Arbeitsprozess bei gleichzeitiger Beibehaltung einer hohen Geburtenrate miteinbeziehen; die Verantwortlichen im VEB Jenapharm, wo die Pille nach westlichem Vorbild entwickelt wurde, erhofften sich damit, die staatlichen Planvorgaben zu erfüllen und devisenträchtige Exporte zu gewährleisten; Mediziner suchten die illegalen Abtreibungen mit oft schweren gesundheitlichen Folgen zu vermeiden; die Frauenkommission des SED-Politbüros nutzte die Pille als Propagandamittel für die Durchsetzung von Ideen der Selbstverwirklichung und Gleichberechtigung der Frauen; die Sexualforscher schlossen sich den Diskussionen um das Verhütungsmittel an, um somit das Thema der Sexualität zu thematisieren und sie zum Bestandteil der Qualität des Sozialismus zu erklären. Mittendrin in diesen öffentlich-politischen Debatten befanden sich die Frauen und ihre Partner, die sich je nach individuellem Bedarf sowie persönlicher Einstellung mit der Pille auseinandersetzten.

Gerade durch die Beschreibung des persönlichen Umgangs mit dem vom Staat angebotenen Mittel zur Familienplanung bietet das Buch nicht nur ein breites Panorama der Geschichte des Verhütungsmittels, sondern auch interessante Einblicke in die Geschlechter-Ordnung und das sexuelle Leben in Ostdeutschland. Dieser Blick, gezeichnet aus einer langfristigen Perspektive unterschiedlicher Generationen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Wiedervereinigung Deutschlands sowie diverser sozialer Umgebungen, lässt hervorragend den gesellschaftlichen Veränderungen im Umgang mit Sexualität und Geschlechterrollen nachspüren. Somit ist das Buch nicht nur ein bemerkenswerter Beitrag zur Erfahrungsgeschichte, sondern füllt auch eine Lücke in der Geschlechter- und Gesellschaftsgeschichte der DDR.

ANNA PELKA  
München





VSWG 103, 2016/4, 557–558

Helmut Maier

**Chemiker im „Dritten Reich“. Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat**

Wiley-VCH, Weinheim 2015, 731 S. (117 Tab., zahlr. s/w-Abb.), 99,00 €.

Auf Initiative des Berufsverbandes der Deutschen Chemiker hat der Wissenschaftshistoriker Helmut Maier die interne Geschichte von dessen beiden Vorgängerorganisationen während der Zeit des Nationalsozialismus erforscht: der Deutschen Chemischen Gesellschaft (DChG) und des Vereins Deutscher Chemiker (VDCh). Maiers Werk legt ein detailreiches prosopografisches Analyseschema aller von ihm ausgewählten Chemiker und ihrer beruflichen Lebensläufe während des Nationalsozialismus und danach vor. Nahezu alle waren in das NS-Regime mehr oder weniger stark eingebunden und setzten ihre beruflichen Karrieren in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bis auf wenige Ausnahmen bruchlos fort. Das Ausmaß ihrer politischen Ausrichtung auf die ideologischen sowie politischen Ziele des Nationalsozialismus variierte je nach Stellung in den Werks- und Verbandshierarchien. Es ist aber schwer zu bestimmen – trotz des prosopografischen Ansatzes des Buches –, da die persönlichen und verbandsinternen Leugnungs-, Verharmlosungs- sowie Verschleierungsstrategien jegliche kritische Auseinandersetzung damit unmöglich machten und entsprechende Quellen fehlen. Folgt man dieser Überlieferung kritiklos, hatte eigentlich jeder eine weiße Weste. Dass Maier dieser apologetischen Tendenz verbandspezifischer Publikationen und Quellen nicht vollständig erliegt, ist leicht anerkennend zu konstatieren.

So gilt generell: Je weiter man nach oben vordrang, desto stärker war man ideologisch und damit nationalsozialistisch eingestellt. Denn damit bewährte man sich in der Konkurrenz Gleichgesinnter auf der Karriereleiter. Der Anteil solcher Karrieristen mit NS-Drang ist in Maiers Studie vergleichsweise groß ausgefallen, demzufolge erfährt man einiges über deren Politikmanagement. Über die mehr als zehntausend Namenlosen, die vor allem im Verein Deutscher Chemiker organisiert waren, dem ungleich mitgliederstärkeren der beiden Verbände, informiert Maiers Studie allerdings kaum. In den Mittelpunkt rückt die berufsständische Einhegungs- und Solidarisierungsstrategie, die von der arbeitspolitischen NS-Führungsriege um Robert Ley ausging. Später wurde dieser Einfluss marginalisiert durch jenen Albert Speers sowie vor allem den der Wehrmachtforschung, verkörpert durch das Heereswaffenamt unter Leitung von Professor Becker von der TH Berlin-Charlottenburg. Leider bleiben alle darauf hinweisenden Verbindungen zu den Universitäten ausgespart, so dass Netzwerke außerhalb der Verbandsorganisation in Maiers Studie nicht erkennbar werden. Chemiker wurden über kurz oder lang zu willigen Komplizen des Expansionsinteresses der NS-Herrscher, welche im Gegenzug militärraffine Forschungsvorhaben finanzierten. Diese fatale Symbiose zwischen ziviler Akademikerschicht und deren erst politischer, dann militärischer Indienstnahme wird in den sechs Kapiteln des Buches aus der Perspektive der involvierten Chemiker geschildert, wobei teilweise auch deren spätere Exkulpationsstrategien thematisiert werden. So entsteht ansatzweise ein Bild der politischen Winkelzüge zwischen der von allen mitgetragenen „Gleichschaltung“ der Chemiker-Verbände ab 1933, welche die Verdrängung aller Juden meinte, und der seit 1936 zunächst noch innerhalb der Vierjahresplanbehörde organisierten, dann immer unabhängiger auftretenden Wehrmachtforschung.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Aber die Auswahl der im Buch analysierten Forschungsthemen frappt: Folgt man Maier, waren die Chemiker in ihren beiden Berufsverbänden ausschließlich mit der Implementierung der Kunststoffproduktion als Vorläuferin der späteren zivilen „Wiederaufbauproduktion“ befasst und mit Kampfstoffen, namentlich mit Gas, das als Ausfluss des Luftschutzes beforscht wurde. Synthetischer Kautschuk wird nur am Rande erwähnt, die Mineralölsynthese – im Jahre 1944 schließlich noch kriegsentscheidender – gar nicht. Haben sich die Chemiker-Verbände überhaupt nicht um diese beiden Kernstücke der Rüstungsproduktion gekümmert? Andererseits argumentiert der Autor, dass die IG Farben in der ersten Hälfte des 20. Jh.s nahezu alle Führungspositionen der beiden Verbände mit Spitzenmanagern infiltriert und diese auch finanziert haben – eine indirekt wirkungsvolle Strategie, die mehr als nahe lag und NS-spezifischen Herrschaftsmustern folgte. Immer wieder werden einzelne IG Farbenindustrie-Chemiker genannt, aber ihre Bedeutung für die Verbandspolitik erhellt sich durch dieses Buch nicht. Das ist seine größte Schwäche, denn damit bekommt die politische Gewichtung ihrer Forschungsstrategien eine schwer korrigierbare Schiefelage. Dem Leser drängt sich je länger, je mehr der Eindruck auf: Alles Unwichtige wurde von den Chemikern der Verbände erforscht; mit der eigentlich kriegswichtigen Produktion hatten sie nichts zu tun. Stimmt dieses Gesamtbild oder wird es schief, weil seine Inhalte vom Autor nicht repräsentativ oder nach Wichtigkeit ausgewählt wurden?

Kritisch anzumerken ist auch, dass der Leser insgesamt ein Übermaß an personenbezogenen Reiheninformationen erhält, welches lediglich punktuell bereichernd wirkt, aber kein Gesamtbild ergibt. In 117 Tabellen werden überwiegend die beruflichen Lebensstationen der im Verbandsarchiv vorliegenden Reihenlisten und Personalakten referiert. Das kann ein hilfreicher Grundstock für weiterführende Fragen zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der deutschen Chemiker sein, welche unter dem nachhaltigen Eindruck ihrer Kumpanei mit dem NS-Regime zu Mittätern mutierten. Allerdings weicht die Studie immer wieder auf stark formalisierte Analyseaspekte aus und knüpft nicht an die bislang empirisch breit unterlegten, aber nur zaghaf in den Mainstream übernommenen Forschungskontroversen an. Deshalb fehlt ein gründlich ausgearbeiteter Forschungsüberblick, der das viel zu enge Korsett der Verbandshistorie hinter sich ließe.

Aber wenn wir eine Verbandsgeschichte der deutschen Chemiker schreiben, dann müssen wir schon fragen, ob es eine berufsständisch vermittelte Mentalität gab, die sie zu spezifischem Korporatismus erzog. Denn dieser schlug sich nach Lage der Dinge gerade in der Verbandspolitik nieder. Gab es so etwas wie eine Schule der „Menschenführung“, die von den großen Chemiewerken der IG Farbenindustrie auch auf die Verbandsebene ausstrahlte? Waren die Chemiker-Verbände Bremsen oder Beschleuniger totalitärer Arbeitspolitik? Diese Fragen bleiben offen.

Auch ein sozialgeschichtlicher Schub, wie er in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft in den 1970er Jahren stattfand, ist hier ausgeblieben. So bleibt das Resultat zwiespältig: Ein Katalog an Lebensläufen wird durch eine chronologische Studie zur NS-Politikgeschichte der Verbandsaktivitäten erweitert, allerdings ohne dem Selbstverständnis der technischen Eliten näher zu kommen. Damit kann ihr Mitmachen bei den Verlockungen des NS-Regimes allerdings nicht hinreichend erklärt werden.

GEORG WAGNER-KYORA  
Hannover

VSWG 103, 2016/4, 559–560

Angelika Möller

**Das andere New York. Friedhöfe, Freiräume und Vergnügungen**

(Amerika: Kultur – Geschichte – Politik 7). Transcript, Bielefeld 2015, 268 S. (33 sw-Abb.), 29,99 €.

New York ist spätestens seit den 1850er Jahren das Symbol für das (urbane) Amerika. Im Verlauf des 19. Jh.s überflügelte die Metropole alle anderen Städte der USA an Größe und Wirtschaftskraft, sie etablierte sich als zentraler Anlaufpunkt europäischer Immigranten und avancierte bereits in den 1830er Jahren in den Augen der (europäischen) Besucher zu einer modellhaften Großstadt.

Angelika Möller widmet sich in ihrer 2014 als Dissertation angenommenen Studie den Ambivalenzen des New Yorker Wachstums aus einer bisher vernachlässigten Perspektive. Sie untersucht, wie sich öffentliches Land – hier insbesondere unbebaute Flächen und Armenfriedhöfe – und dessen Nutzung veränderten. Nach Möller galt dieses Land als unstrukturierter und unreglementierter Raum. Diese Räume waren, folgt man der Autorin, Orte ‚egalitären‘ Zusammenkommens, in denen die New Yorker schichtenübergreifend Freizeitvergnügungen nachgingen und sich trafen. Durch öffentliche Bebauungspläne und Umnutzungen oder ‚Gentrifizierung‘, also durch Prozesse konfliktiver Aneignung sowie Umwandlung, wurden diese ‚freien‘ Räume zu Orten sozialer Distinktion und Regelmäßigkeit.

Für die Untersuchung nutzt Möller das Konzept des *terrain vague*, das von Ignasi de Sola-Morales für die Analyse der Genese und Veränderungsprozesse moderner Metropolen entwickelt wurde. De Sola-Morales versteht darunter Räume, die sich u. a. durch das „Fehlen konkreter übergreifender Nutzungsvorgaben“ als „unbestimmte[s] Territorium“ (S. 17) auszeichnen und sich temporär der produktiven Nutzung entziehen. Möller erweitert dieses Konzept um eine kulturgeschichtliche Perspektive. Sie rückt die ‚umkämpften‘ Praktiken, wie Heu einbringen und Sport, in den Mittelpunkt, die das *terrain vague* jenseits von Regeln und Nutzungsordnungen bestimmten.

Der Blick der Verfasserin richtet sich dementsprechend auf die Nutzungen dieses öffentlichen Raumes, die nicht dem Zweck oder den dort geltenden Regeln entsprachen. Parallel analysiert sie Praktiken, die in den Phasen der Unbestimmtheit, des Brachliegens, stattfanden. Am Beispiel von öffentlichem Gelände – besonders (Armen)Friedhöfen – kann sie darlegen, welche Funktionen diese Orte im Alltag der New Yorker Bevölkerung besaßen. Die ärmeren Bürger nutzten die Armenfriedhöfe – *potter's fields* – zur Subsistenz und zur Aufbesserung des Einkommens: Heidelbeeren pflücken und Heu ernten waren bis zur Jahrhundertmitte fester Bestandteil der ‚Ökonomie des Notbehelfs‘ in der Stadt. Gleichzeitig boten sie als unbeobachtete Orte der Freizeitgestaltung die Möglichkeit, über soziale Grenzen hinweg, gemeinsam auch gesellschaftlich unerwünschten Aktivitäten nachzugehen. Sie konnten als Schauplatz von Hinrichtungen, wie im Fall des späteren Washington Square, auch zu Orten des schichtenübergreifenden Spektakels werden. Oder man nutzte den Raum und dessen Einrichtungen, um Sport zu treiben, zu schwimmen oder heimlich mit seiner Geliebten Zeit zu verbringen. Den Jugendlichen der oberen Schichten dienten die Räume dazu, das andere Geschlecht kennenzulernen.

Dass derartige Regel- und Maßlosigkeiten in bestimmten Kreisen auf Ablehnung und Widerstand stießen, ist nicht verwunderlich. Im Fall des Washington Square wurde aus dem Armenfried-

hof zunächst ein Paradeplatz und um 1850 ein Park mit einem Wasserspiel. Von nun an diente er in der publizierten Wahrnehmung ausschließlich der Erholung und dem domestizierten Kinderspiel. Ab den 1870er Jahren wurde der Platz durch Modernisierung und Ausbau endgültig zu einem Ort für Familien der oberen Mittelklasse, die von den umliegenden Straßen vollständig Besitz ergriffen hatten. Die verdrängten alten Nutzer und deren Praktiken mussten sich neue Räume suchen.

Möllers ausführliche Analyse der Entstehungs- und Veränderungsprozesse öffentlicher Räume zeigt präzise die Stärken des erweiterten *terrain vague*-Konzeptes bei der Nutzung in historischen Arbeiten. Der unbestimmte, sich verändernde und veränderbare Raum wird durch Praktiken konstituiert, die in ihm stattfinden. Verändern sich die Praktiken, verändern sich auch die Räume. Das Ergebnis im ‚Kampf‘ um diese wird zwangsläufig durch den hierarchischen Zugang zu Ressourcen (mit)bestimmt, die dabei verdrängten Praktiken (und Menschen) verschwinden aber nicht, sondern suchen und finden andere Orte. Die Geschichte eines *terrain vague* ist also nie nur die einer Verdrängung, sondern auch die einer Neuschöpfung im doppelten Sinn. Eine der Stärken der Studie von Angelika Möller ist die detaillierte Beschreibung und Analyse dieser Prozesse von Verdrängung und Erfindung, die die Verdrängenden sowie die Verdrängten in den Blick nimmt.

Die Arbeit bietet darüber hinaus vielfältige Erweiterungs- und Anknüpfungspunkte, insbesondere für Forschungsprojekte, die sich auf unveröffentlichtes Quellenmaterial wie Tagebücher oder Briefe stützen. Derartige Untersuchungen könnten die Ergebnisse Möllers ergänzen und präzisieren.

JENS GRÜNDLER  
Stuttgart

VSWG 103, 2016/4, 560–562

Sitta von Reden (Hg.)

### **Stiftungen zwischen Politik und Wirtschaft. Geschichte und Gegenwart im Dialog**

(Historische Zeitschrift, Beiheft 66). De Gruyter Oldenbourg, Berlin / Boston 2015, 319 S., 84,95 €.

Mit der anhaltenden Finanzkrise und der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank stehen nicht nur die Ertragslagen von Banken und Versicherungen, sondern auch die der Stiftungen in Frage. Dieser konjunkturellen Entwicklung folgt offenbar ebenso das Forschungsinteresse am Stiftungswesen und Mäzenatentum. Der von Sitta von Reden herausgegebene Band bildet dabei eine erfreuliche Ausnahme. Er gibt die Ergebnisse einer im März 2011 veranstalteten Tagung an der Universität Freiburg wieder.

Der Band ist in drei chronologisch angelegte Abschnitte gegliedert, wobei der dritte Teil, „Stiftungen in der Gegenwart“, das Zentrum des Bandes darstellt. Hier ist zunächst der Beitrag von Volker Then und Konstantin Kehl „Stiften als soziale Investition an den Grenzen der Sektoren“ zu nennen. Die Autoren stellen ihr Analysemodell vor, das in der Zwischenzeit auch an anderer

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Stelle publiziert wurde: „In der einfachsten Grunddefinition“, so die Autoren, „verstehen wir unter sozialen Investitionen alle Formen privater Beiträge zum Gemeinwohl, die freiwillig erbracht und von der (entsprechenden) gesellschaftlichen Öffentlichkeit als legitim anerkannt werden.“ (S. 261) Die Definition gibt vor, alle Formen des Stiftens zu umfassen. Dem steht der Beitrag von Rupert Graf Strachwitz „Stiftungen und moderner Staat. Zur Genese und Argumentation einer Legitimationsdebatte“ gegenüber. Mit Blick auf die europäische und nordamerikanische Forschungstradition konstatiert Strachwitz die Schwierigkeiten, den Begriff „Stiftung“ präzise zu definieren (S. 287), und greift auf die bewährten kultur- und rechtsgeschichtlichen Bezüge zurück.

Ausgesprochen und unausgesprochen nehmen die meisten Beiträge Bezug auf diese beiden Konzepte. Den ersten Teil „Stiftungen in Neuzeit und Moderne“ eröffnet Thomas Adam („Stiften und Stiftungen im deutsch-amerikanischen Vergleich von 1815 bis 1945“) mit einem Forschungsüberblick, in dem er insbesondere auf die Beziehungen von Stiftungen zum Staat und zum Markt sowie auf das Problem der „toten Hand“ eingeht. Definitiv orientiert er sich an Strachwitz, grenzt sich gegenüber dem Modell der „sozialen Investition“ ab und widerspricht Then / Kehl insbesondere in einzelnen inhaltlichen Fragen.

Den prinzipiellen Überlegungen von Strachwitz folgen stillschweigend auch die weiteren Aufsätze. Franz Kogelmann („Kinder unseres Viertels. Das islamische Stiftungswesen in Ägypten“) und Astrid Meier („Stiftungen für die Blinden im osmanischen Damaskus. Eigeninteresse und Altruismus im islamischen Stiftungswesen“) stellen mit Blick auf den islamischen Raum die in der westlichen Welt gebräuchliche Unterscheidung von privaten und öffentlichen Stiftungen in Frage. Georg von Schnurbein („Der Stifter als Unternehmer. Parallelen und Unterschiede der Philanthropie im 19. und 21. Jahrhundert“) untersucht vorzugsweise das Verhältnis von Altruismus und Egoismus im Handeln von Stiftern. Elisabeth Kraus („Jüdische Wohltätigkeit in Religion und Tradition sowie innerjüdischer Praxis in Deutschland seit dem Mittelalter“) beleuchtet die soziale und religiöse Bedeutung von Stiftungen im Judentum, und Gury Schneider-Ludorff („Stiftungen in den protestantischen Reichsstädten der frühen Neuzeit“) analysiert den durch die Reformation ausgelösten Bedeutungswandel von reichsstädtischen Stiftungen. Da Schneider-Ludorff allein auf frühneuzeitliche Stiftungen eingeht, ist es wenig verständlich, dass der von Joachim Bahlcke und Thomas Winkelbauer herausgegebene Sammelband, der sich auf das frühneuzeitliche mittel-ost-europäische Bildungsmäzenatentum konzentriert, im vorliegenden Band vollkommen unberücksichtigt bleibt.<sup>2</sup>

Der zweite Abschnitt des Bandes ist dem vormodernen Stiftungswesen gewidmet. Während in den Beiträgen von Yukiyo Kasai („Stifter in alttürkischen buddhistischen Texten aus dem 10. bis 14. Jahrhundert“) und Peregrine Horden („Cities within Cities. Early Hospital Foundations and Urban Space“) nur wenige Verbindungslinien zu den beiden Grundsatzartikeln zu erkennen sind, setzen sich Kaja Harter-Uibopuu („Stadt und Stifter: Rechtshistorische Einblicke in die Struktur und Verwaltung öffentlicher Stiftungen im Hellenismus und in der Kaiserzeit“) und vor allem die Herausgeberin Sitta von Reden („Stiftungen und politische Kommunikation in hellenistischen Städten“) intensiv mit den theoretischen Positionen auseinander. Von Reden unternimmt es, „antike Stiftungen innerhalb Thens und Kehls Modell der sozialen Investition zu verorten“ (S. 210), und greift dazu insbesondere den Bereich der demokratischen Kontrolle und Legitimation von Stiftungen heraus.

Die anhand von unterschiedlichen religiösen und kulturellen Beispielen geführte Auseinander-

setzung um die von Then / Kehl und Strachwitz aufgeworfenen theoretischen sowie begrifflichen Fragen ist zweifellos eine Stärke des Sammelbandes. Strukturelle Rahmenbedingungen und persönliche Motive können so deutlicher herausgearbeitet werden. Die Aufsätze zeigen damit aber auch eine wesentliche Schwäche des Modells von Then / Kehl auf, das in seinen historischen Bezügen kaum über das 19. und 20. Jh. hinausgeht. Es orientiert sich hauptsächlich an sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnisse und Notlagen und lässt den gesellschaftlichen Gestaltungswillen von Stiftern weitgehend unberücksichtigt. Religiöse Stiftungsmotive bleiben für die Neuzeit damit vollkommen ausgeschlossen.

Insgesamt stellt der Sammelband sowohl in inhaltlicher als auch begrifflicher und theoretischer Hinsicht eine Bereicherung dar. Inwieweit das Modell der „sozialen Investition“ epochenübergreifend für das Stiftungswesen tragfähig ist, bleibt allerdings offen.

- 1 Helmut K. Anheier / Andreas Schröer / Volker Then (Hg.): Soziale Investitionen. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden 2012.
- 2 Joachim Bahlcke / Thomas Winkelbauer (Hg.): Schulstiftungen und Studienfinanzierung. Bildungsmäzenatentum in den böhmischen, österreichischen und ungarischen Ländern 1500–1800 (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 58). München 2011.

JONAS FLÖTER

Leipzig

VSWG 103, 2016/4, 562–563

Daniel Schäfer

### **Der Tod und die Medizin. Kurze Geschichte einer Annäherung**

Springer Spektrum, Berlin / Heidelberg 2015, 249 S. (25 Abb.), 24,99 €.

Der früher gern vertretene Allgemeinplatz, Sterben und Tod gehörten zu den letzten Tabus unserer Gesellschaft, ist längst revisionsbedürftig. Politische Debatten über Sterbehilfe und Palliativmedizin, moralische Appelle zur Organspende, Trauerzeremonien für prominente Persönlichkeiten oder die Berichterstattung über Krieg und Terrorismus konfrontieren uns beinahe täglich mit der Endlichkeit menschlichen Lebens. Auch an populären und wissenschaftlichen Publikationen mangelt es nicht.

Einen Ausschnitt aus diesem Themenfeld bietet die Frage nach dem Verhältnis von Medizin und Tod. Die mittelalterliche Weisheit, wonach gegen den Tod kein Kraut gewachsen sei, besitzt bis heute Gültigkeit. Dennoch – oder vielleicht gerade deshalb? – ist das Lebensende gegenwärtig kaum noch ohne die Medizin(er) zu denken. Jeder zweite Deutsche stirbt inzwischen in einem Krankenhaus, nur die wenigsten verbringen ihre letzten Tage in häuslicher Umgebung, obwohl sich die meisten gerade dies wünschen.

Welche Rolle spielen Ärzte am Sterbebett, welche Deutungsmacht besitzen sie über den Tod und welches wissenschaftliche Interesse bringen sie Verstorbenen entgegen? Der Kölner Medizin-



historiker Daniel Schäfer hat es unternommen, auf knappem Raum diesen Fragen nachzugehen, wobei er sowohl die Geschichte als auch die Gegenwart in den Blick nimmt. Das Ergebnis ist eine von der Antike bis ins 21. Jh. reichende Kulturgeschichte des Todes, die daneben über zahlreiche medizinische Sachverhalte Auskunft gibt. Definitionen, Ursachen und Zeichen des Todes, Sterberituale, Ängste vor dem Scheintod, Umgangsweisen mit der Leiche – diese und andere Aspekte der zunehmenden Medikalisierung des Todes werden in leicht lesbarer Weise erörtert. Der Expertise des Verfassers gemäß liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf der europäischen Gedankenwelt der Frühen Neuzeit. Darüber hinaus finden auch aktuelle Fragen aus den Bereichen Sterbehilfe und Transplantationsmedizin Erwähnung. Allerdings wird die Komplexität mancher zeitgenössischer Themen stark heruntergebrochen, indem der Verfasser wichtige Informationen hier und da in den Text einstreut, anstatt sie an einem Ort abzuhandeln. So hätte etwa das Hirntodkonzept – in seiner Genese und Problematik ein Inbegriff der Medikalisierung des Todes – eine systematischere Darstellung verdient. Aus Sicht des Rezensenten wäre daher angesichts des knappen Raumes eine klarere thematische Strukturierung oder eine bewusste inhaltliche Beschränkung sinnvoll gewesen.

Das Inhaltsverzeichnis ist nur sehr grob gegliedert, was das Auffinden der zahlreichen Unterkapitel und Exkurse erschwert. Nicht immer gelungen wirkt die Betitelung der Hauptkapitel. Weder passen Überschriften wie „Medicine meets death“ oder „Ärztliches Image im Umgang mit dem Tod“ zum ansonsten eher sachlich-nüchternen Sprachstil des Autors, noch sind sie inhaltlich sehr aussagekräftig. Positiv hervorzuheben sind neben der Auswahlliteratur am Ende eines jeden Kapitels die seitengenaue Quellenverweise, die auch für kundige Leser interessant und hilfreich sind.

Es ist nicht leicht, aus der oft beschriebenen Reibungsfläche zwischen Medizin und Tod neue Funken zu schlagen. Daniel Schäfer meistert diese Schwierigkeit, indem er seine solide Darstellung mit wenig bekannten Einzelheiten und präzisen Quellennachweisen anreichert. Je nach Interesse und Vorwissen des Lesers bietet das Buch wahlweise einen guten Einstieg in die Thematik oder ein fundiertes Repetitorium.

FLORIAN BRUNS

Berlin

VSWG 103, 2016/4, 563–564

Michael Seelig

**Alltagsadel. Der ehemalige ostelbische Adel in der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1975**

(Adelswelten 3). Böhlau, Köln / Weimar / Wien 2015, 591 S., 79,90 €.

Das Jahr 1945 galt in der historischen Forschung lange Zeit als definitiver Endpunkt der Geschichte des Adels in Deutschland. Nachdem er seit dem 19. Jh. seine überkommenen Vorrechte weitgehend verloren hatte und 1919 durch die Verfassung der Weimarer Republik als öffentlich-rechtliche Institution abgeschafft worden war, entzog das Ende des Zweiten Weltkrieges insbesondere dem Adel in den sowjetisch besetzten Gebieten Deutschlands durch Flucht, Vertreibung und Enteignung auch die letzten materiellen Grundlagen seiner bisherigen sozialen Stellung. In der Gesellschaft der

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Bundesrepublik Deutschland habe sich der Adel als soziale Gruppe schließlich endgültig aufgelöst. In den letzten Jahren hat in der Geschichtswissenschaft allerdings die Interpretation an Gewicht gewonnen, dass der Adel trotz des Verlustes seiner besonderen Rechtsstellung und sozioökonomischen Grundlagen seinen Zusammenhalt als eigenständige soziale Gruppe durch spezifische Kommunikations- und Symbolisierungsleistungen bewahren konnte.

An dieser Stelle setzt die Marburger Dissertation von Michael Seelig an. Am Beispiel des ehemaligen ostelbischen Adels in der Bundesrepublik möchte er zeigen, was den Adel auch nach 1945 noch als eine eigenständige Sozialformation zusammenhielt. Seine Hauptthese ist, dass der Adel nach seiner weiteren „Entkonkretisierung“ (Josef Matzerath), also der weiteren Diversifizierung adeliger Lebensläufe und dem sozioökonomischen Eintritt in die Mittelschichten, sein adeliges Selbstverständnis sowie seine spezifisch adelige Lebensform nur noch auf der Ebene des Alltags habe praktizieren können, dass er also zu einem „Alltagsadel“ geworden sei. Der Adelsbegriff habe sich „banalisiert“, womit gemeint ist, dass der Adel als soziale Gruppe keine öffentliche Geltung oder gar politische Macht mehr beanspruchte, sondern seine vermeintlich herausragenden Qualitäten nur noch in den banalen, alltäglichen Lebenszusammenhängen umgesetzt habe. Der Adel sei so zu einer reinen „Gesinnungsgemeinschaft“ geworden.

Seine Thesen entfaltet Seelig im Hauptteil der Studie in zwei großen Schritten zum einen auf der ideengeschichtlichen, zum anderen auf der alltagspraktischen Ebene. Auf die Ebene des tatsächlichen alltäglichen Lebensvollzugs einzelner adeliger Akteure dringt er dabei freilich nur selten vor. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen vielmehr die Strukturen, die internen wie öffentlichen Verlautbarungen sowie die Aktivitäten der nach 1945 erstaunlich rasch und flächendeckend neu- oder wiederbegründeten Familienverbände des ehemaligen ostelbischen Adels. Diese integrierten zwar stets nur einen Teil aller adeligen Namensträger und noch weniger Familienangehörige nahmen an deren Veranstaltungen wie Familientagen teil. Dennoch waren die Familienverbände Foren, auf denen Adeligkeit hergestellt, vermittelt und tradiert werden konnte. Anhand einer Fülle von Quellen, wie Familienzeitungen, Familiengeschichten oder Protokollen von Familientagen, kann Seelig die Aufladung von Schlüsselbegriffen wie Familie, Name, Tradition, Geschichte, Genealogie oder der in der Adelforschung bisher oft vernachlässigten Religiosität mit einem spezifisch adeligen Bedeutungsgehalt nachweisen. Eine wichtige Rolle spielte lange Zeit auch noch die Norm einer „reinen“ adeligen Abstammung, die erst vor dem Hintergrund der Reform des Ehe- und Familienrechtes allmählich gelockert wurde.

Am Ende seiner Untersuchung scheint sich Seelig über seine Ergebnisse selbst unsicher geworden zu sein. In der Schlussbetrachtung diskutiert er mehrere soziologische und sozialhistorische Konzepte zur Verortung seines Gegenstandes und legt sich schließlich auf den Begriff des sozialen bzw. des soziokulturellen Milieus fest. Dies führt aber eher vom Kern der aktuellen adelshistorischen Debatten weg. Hilfreicher wäre es gewesen, deren vielfältige Ansätze wie die Vorstellung dauerhafter adeliger „Mentalitätskerne“ (Heinz Reif) oder die Auffassung einer zunehmenden „Metaphorisierung“ (Ewald Frie) des Adelsbegriffes gegen das selbst gewählte Konzept abzuwägen. Insgesamt aber hat Michael Seelig zweifellos eine überzeugende Studie vorgelegt, die für die Forschung zur Geschichte des Adels nach 1945 sicher bald den Rang eines Standardwerkes einnehmen wird.

MARKO KREUTZMANN

Jena

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

VSWG 103, 2016/4, 565–566

Birgit Stalder u. a. (Hg.)

**Von Bernern & Burgern. Tradition und Neuerfindung einer Bürgergemeinde**

Hier und Jetzt, Baden 2015, 863 S. (2 Bde., zahlr. Abb. u. Karten), 80,00 €.

Die Bürgergemeinde Bern ist die reichste und mächtigste Bürgergemeinde der Schweiz. Als größte Bodenbesitzerin der Stadt Bern spielt sie seit rund 200 Jahren eine zentrale Rolle bei der Stadtentwicklung und übt damit auch einen bedeutenden Einfluss auf die Gesellschafts- sowie Wirtschaftsentwicklung aus.

Der auf die Zeit kurz nach der Französischen Revolution zurückgehende Gemeindedualismus zählt zu den zentralen Besonderheiten der Schweiz. Bis heute existieren in 22 der 26 Kantone neben den politisch-territorialen immer noch personale Gemeinden. Diese als Bürger- oder Bürgergemeinden bezeichneten Institutionen besitzen als Erben die früheren Allmenden und Immobilien. Ursprünglich bildeten nur die politisch und ökonomisch privilegierten Familien die Bürgergemeinde. Im Verlaufe des 19. und 20. Jh.s kamen aber weitere Personenkreise dazu, die über ein ordentliches Verfahren und durch eine Einkaufssumme die entsprechenden Rechte erwarben.

Ziel der vorliegenden, im Auftrag der Bürgergemeinde Bern von fünf renommierten Historikern und Historikerinnen erarbeiteten umfangreichen Publikation ist es, die Geschichte der Institution im 19. und 20. Jh. im Zusammenspiel mit der Einwohnergemeinde und dem Kanton Bern sowie im Kontext vergleichbarer Korporationen in der Schweiz wissenschaftlich fundiert und für ein allgemeines, historisch interessiertes Publikum darzustellen. Das umfangreiche Archiv der Bürgergemeinde stand den Autoren vollumfänglich zur Verfügung.

Das erste Kapitel untersucht die institutionelle Entwicklung der Bürgergemeinde und ihrer Organe. Im zweiten Kapitel zur Institution als soziale Gruppe geht es um die Frage, ob bestimmte Elemente des Denkens, Fühlens und Handelns allen Bürgerinnen und Burgern gemeinsam sind. Im Kapitel „Vom Bürgernutzen zur Bodenpolitik“ wird die für die Entwicklung der Stadt zentrale Bedeutung der ausgedehnten Stadtfelder und Forsten, der ehemaligen Allmenden, dargestellt. Die Diskussion über die Verteilung der Erträge setzte bereits im 19. Jh. ein und führte zu mehreren Versuchen, die Bürgergemeinde abzuschaffen bzw. in die Einwohnergemeinde zu integrieren. Im Kapitel zur Kulturpolitik wird die Bürgergemeinde als Mäzenin und Förderin des bernischen Kulturlebens sowie Trägerin zentraler kultureller Einrichtungen wie der Stadtbibliothek, des Naturhistorischen Museums und des Kultur Casinos analysiert. Neben der Bodenpolitik spielt die Bürgergemeinde für die soziale Fürsorge und Vormundschaftspflege ihrer Mitglieder eine wichtige Rolle, da sie für diese bis heute allein zuständig ist. Und schließlich wird im Kapitel „Die Bürgergemeinde und die gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Zwischenkriegszeit“ die Schweizer Politlandschaft der 1930-Jahre dargestellt, weil in den letzten Jahren einzelnen führenden Burgern eine große Nähe zu frontistischen und rechtskonservativen Bewegungen vorgeworfen wurde.

Im Gegensatz zur politischen Gemeinde hat die Bürgergemeinde kein Recht, von ihren Mitgliedern Steuern zu erheben. Das Finanzierungssystem muss deshalb nach der alten Logik der Vermögenserträge funktionieren. Mit der Umwandlung der Stadtfelder in Bauland im Zuge der Stadterweiterung seit dem 19. Jh. haben die rund 800 Hektar ursprünglicher Weiden, Wiesen und Äcker einen enormen Wertzuwachs erfahren. Die Darstellung zeigt auch kartographisch sehr schön

auf, wie die Bürgergemeinde direkten Einfluss auf die Stadtentwicklung nahm. Die meisten Großüberbauungen Berns konnten auf ehemaligen Stadtfeldern realisiert werden, weil es sich dabei um große Besitzparzellen handelte. Im Gegensatz zu den Feldern haben die Stadtwälder, die durch den Holzverkauf bis in die Mitte des 20. Jh.s die wichtigste ökonomische Basis der Bürgergemeinde waren, ihre wirtschaftliche Funktion weitgehend eingebüßt. Sie dienen heute vorwiegend der Ökologie- und der Erholungsfunktion. Dieser Dienst für die breite Öffentlichkeit ist neben kulturellen Institutionen wichtig für die Imagepflege der Bürgergemeinde.

Ursprünglich war die soziale Fürsorge die zentrale Aufgabe der Bürgergemeinde. Die Publikation zeigt einerseits die Entwicklung der speziellen Einrichtungen wie Waisenhäuser und Burghospital, andererseits aber auch die langsame Öffnung für nichtbürgerliche Stadtbewohner und -bewohnerinnen detailliert nach.

Das in einem eigenen Kapitel dargestellte Verhältnis der Bürgergemeinde und bürgerlicher Mandatsträger zum Frontismus in den 1930er-Jahren und der Nachweis eines Desinteresses dieser Einrichtung an der problematischen Vergangenheit einzelner Bürger ist eine wichtige Ergänzung der in den letzten Jahren vorgetragenen Kritik. Diese Teiluntersuchung kommt zum Schluss, dass das Verhalten der Bürgergemeinde und einzelner Mitglieder einer damals gängigen Haltung entsprach.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Bürgergemeinde Bern durch ihre Größe und Bedeutung auch in der Schweiz einzigartig und deshalb mit ähnlichen Institutionen nur bedingt vergleichbar ist. Die schrittweise Öffnung von einer geschlossenen zu einer für eine breite Öffentlichkeit bedeutenden Einrichtung, die sich aber immer noch der Tradition verpflichtet fühlt, ist umfassend. Dank der Unabhängigkeit des Autorenteam liegt nun ein wissenschaftlich fundiertes, sehr gut lesbares und reich illustriertes Werk zur lokalen Institutionen-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mit einem Ausblick auf die spezifisch schweizerischen Verhältnisse vor. Die Lektüre lohnt sich nicht allein für ein lokalgeschichtliches Publikum, da der schweizerische Gemeindedualismus exemplarisch dargestellt ist.

HANS-RUDOLF EGLI

Bern

VSWG 103, 2016/4, 566–568

Juliane Tatarinov

**Kriminalisierung des ambulanten Gewerbes. Zigeuner- und Wandergewerbe- politik im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik**

(Inklusion/Exklusion 19). Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2015, 324 S. (19 Abb., 5 Karten), 59,95 €.

Die vorliegende Studie entstand im Sonderforschungsbereich „Fremdheit und Armut“. Die als Dissertation an der Universität Trier angenommene Arbeit legt ihr Hauptaugenmerk auf behördlich veranlasste Zuschreibungen, die den Ausschluss von Menschen mit devianter Lebensweise

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

aus dem sozialen Gefüge legitimierten. Der akteurszentrierte Ansatz lässt Rückschlüsse darauf zu, wie Etikettierungen beispielsweise als „Zigeuner“ entstanden und welche Auswirkungen diese für die Betroffenen hatten. Tatarinov wertete hierfür vor allem Reichstagsprotokolle, Polizeiakten und -verordnungen, Wandergewerbeakten sowie Beschwerdeschreiben für die Eifel und den Hunsrück in der preußischen Rheinprovinz aus.

In diesem wirtschaftlich ärmlichen Raum war das Wandergewerbe eine wichtige Nebeneinkunft, nicht selten sogar die einzige Einkommensquelle. Die vielfältigen Formen dieses Gewerbes, darunter Korb- und Siebmacher, Drahtflechter und Viktualienhändler, waren hier auch strukturell im Wirtschaftsgefüge verankert. Zur Entlastung der Armenfürsorge war die Bedürftigkeit oftmals das ausschlaggebende Kriterium für die Vergabe von Wandergewerbebescheinen. Diese lokalen Gegebenheiten kollidierten jedoch zunehmend mit der auf höheren Verwaltungsebenen forcierten Einschränkung des Hausierergewerbes, u. a. durch Stigmatisierung dieser Gewerbeform im Rahmen der Zigeunergesetzgebung. In der Folge führte das zu Exklusionsmustern gegenüber mobilen Armen, so dass die polizeiliche Überwachung auch auf solche Gruppen ausgedehnt wurde, die ursprünglich nicht unter dem „Zigeuner“-Begriff subsummiert worden waren. „Zigeuner“ galten von Natur aus im Sinne kleinerer Delikte als verbrecherisch veranlagt; in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre wurde der Vorwurf der Arbeitsscheu ausschlaggebend. Mit Hilfe definitorisch unklarer Verordnungen konnten nun „Zigeuner“ und Wandergewerbetreibende gleichermaßen aus dem lokalen Akteursradius und damit aus dem Kreis der kommunalen Unterstützungsempfänger ausgeschlossen werden.

Aus allgemeiner sozial- und wirtschaftshistorischer Perspektive ist interessant, dass sich trotz geltender Gewerbefreiheit gerade während der Großen Depression seit den 1880er-Jahren die Debatten über die sog. „Zigeunerplage“ sowie das Wandergewerbeprobem argumentativ zu überlappen begannen. Dabei wurde der Diskurs um die Hausierer vor allem durch die Interessen des stehenden Gewerbes und des Kleinhandels geleitet, während der Zigeunerdiskurs traditionell von anthropologischem und kriminalbiologischem Gedankengut geprägt war. Noch im Kaiserreich gerieten so alle Wandergewerbetreibenden in den Generalverdacht der Unehrlichkeit, bis sich die Zigeunerpolitik mit erneuter krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklung seit 1925 radikalisierte. Eine Gemengelage aus wohlfahrts-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Aspekten führte jetzt zu lückenloser Überwachung, Registrierung, Kriminalisierung und auf lokaler Ebene nicht selten zu Abschiebung und temporärer Inhaftierung von Wandergewerbetreibenden und „Zigeunern“. Nunmehr sollte die Zuordnung eines Gewerbes wie das des Pferdehändlers, Kesselflickers, Scherenschleifers, Schaustellers oder Bärenführers lediglich die „Zigeuner“-Eigenschaft untermauern. Nicht zuletzt die Bemühungen um die Einführung zentraler Fingerabdruckverfahren bereiteten den Boden für die folgende NS-Vernichtungspolitik. „Der widersprüchliche und schon in den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik begonnene behördliche Zuschreibungsprozess war somit entscheidend für die spätere Tötung vieler Menschen als ‚Zigeuner‘ in den Konzentrationslagern.“ (S. 184)

Aus wirtschaftshistorischer Perspektive bietet das Thema mit Blick auf übergeordnete, jenseits des kommunalen Handelns agierende Behörden reichlich Stoff für weiterführende Forschungen. Es ist das Verdienst Juliane Tatarinovs, diesbezüglich den Weg gewiesen zu haben, wobei sich ihre Verdienste für die Forschung zu als „Zigeuner“ verfolgten Menschen damit noch längst nicht erschöpfen, wie die Einführung eines erweiterten „Zigeuner“-Begriffs – des „behördlichen“ anstatt

„polizeilichen“ Ordnungsbegriffs – als forschungsleitendes Konstrukt zeigt. Ein in jeder Hinsicht sehr wichtiges Buch!

HEIKE KNORTZ

Karlsruhe

## D. Wirtschaftsgeschichte

VSWG 103, 2016/4, 568–569

Johannes Bähr / Christopher Kopper

### **Munich Re. Die Geschichte der Münchener Rück 1880–1980**

Beck, München 2015, 463 S. (38 Abb., 10 Tab., 2 Grafiken), 39,95 €.

Trotz ihrer jahrzehntelang führenden Position auf dem deutschen ebenso wie auf dem Weltmarkt stand die Münchener Rückversicherungsgesellschaft nicht gerade im Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung. Zu wenig sichtbar waren ihre „Produkte“, zu gering die Zahl der lange Zeit nur einigen hundert Mitarbeiter – erst zuletzt stieg die Belegschaft im Stammgeschäft auf mehrere tausend Beschäftigte an. In nur wenigen Jahren nach ihrer Gründung gelang es der Unternehmensleitung, die Mitbewerber zum Teil weit hinter sich zu lassen und die herausragende Stellung der Münchener Rück – seit 2009 Munich Re – trotz zweier Weltkriege bis zuletzt zu halten. Welche Geschäftsmodelle dieser Erfolgsgeschichte zugrunde lagen, mit welchen Herausforderungen die leitenden Persönlichkeiten des Unternehmens konfrontiert waren, welche Rolle gelegentlich auch das Glück oder die Gunst der Stunde spielten und vieles mehr wird von den beiden Autoren in einer überaus profunden, detailreichen und ausgewogenen Studie dargelegt – und dies obwohl ein Großteil der Akten in den Jahren 1945 und – „aus Ignoranz und Gleichgültigkeit“ – insbesondere 1979 verloren ging.

Unter den langfristigen Erfolgsfaktoren sollten sich neben vielen anderen vor allem zwei als besonders wichtig erweisen: die ausgeprägte Transnationalität und die enge Verbindung mit der Allianz als bald bedeutendstem Erstversicherer auf dem deutschen Markt. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges lag der Anteil des Auslandsgeschäftes bei rund 70 Prozent, und die bereits 1889 von leitenden Funktionären der Münchener Rück ins Leben gerufene und mit dieser in Personalunion geleitete Allianz Versicherung – eine Kapitalbeteiligung erfolgte erst später – stellte bis zur Trennung vor wenigen Jahren ein entscheidendes zweites Standbein des Unternehmens dar. Zwar wurden die in nur wenigen Jahren in Europa wie in Übersee aufgebauten Netzwerke sowohl durch den Ersten als auch durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen – 1945 verlor die Münchener Rück sämtliche ausländischen Kapitalbeteiligungen, Sicherheiten und Prämiendepots –, doch konnten sie wie bei anderen deutschen Großunternehmen im einen wie im anderen Fall wieder neu geknüpft und erweitert werden. Dank einer soliden Geschäftspolitik gelang es der Münchener Rück, auch größere Schadensfälle wie etwa das Erdbeben von San Francisco im Jahre 1906 und die Hamburger Sturmflut von 1962 ohne existenzbedrohende Einbußen zu verkraften. Wie schon die Erstversicherer, so passte sich auch der Rückversicherer den wirtschaftlichen Veränderungen insofern an, als er nach

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016



einer jahrelangen Dominanz der Feuerversicherung in neue Sparten des Versicherungsgeschäftes wie insbesondere die Lebensversicherung und in jüngerer Zeit auch in die Kfz-Versicherung einstieg. Aus der Politik der Nationalsozialisten zog die Münchener Rück erfolgreich Nutzen, indem sie sich an das Regime und seine Wirtschaftspolitik anpasste, ohne sie aktiv zu fördern. Mit der Schweizer Rück, ihrer Hauptkonkurrentin, suchte sie nach 1945 die Kooperation.

Diese wenigen Hinweise können nur ansatzweise die Fülle an reichhaltigen und mit zahllosen Daten gesättigten Informationen andeuten, die das Buch dem unternehmensgeschichtlich interessierten Leser bietet. Neben der äußeren Entwicklung der Münchener Rück, die immer wieder in den Kontext des nationalen und internationalen Versicherungswesens gestellt wird, werden im Einzelnen auch die vielfältigen Aktivitäten der leitenden Personen, ihre möglichen Beweggründe, Fähigkeiten und biographischen Werdegänge sowie die inneren Strukturen des Unternehmens untersucht. Kurzum, eine für die deutsche Wirtschaftsgeschichte wesentliche und gleichzeitig beispielgebende unternehmensgeschichtliche Fallstudie im besten Sinn.

FRANZ MATHIS

Innsbruck

VSWG 103, 2016/4, 569–570

Pierpaolo Barbieri

**Hitler's Shadow Empire. Nazi Economics and the Spanish Civil War**

Harvard U. P., Cambridge, Mass. / London 2015, 349 S. (14 Abb., 7 Tab.), 25,95 €.

Der spanische Bürgerkrieg gehört zu den Themen, die ständig in der Forschung wiederaufgegriffen werden, mit der Absicht, längst erforschte Aspekte des Konflikts anhand neuer Quellen oder Ansätze erneut auszuwerten. In den letzten Jahren hat sich die historische Forschung zumeist mit den kulturgeschichtlichen Dimensionen des Konflikts beschäftigt, etwa mit der Kriegserfahrung und -erinnerung der einzelnen Kombattanten sowie mit den kulturpolitischen Seiten der Kriegsmobilisierung beider kriegführenden Parteien. Dagegen schienen sowohl diplomatie- als auch wirtschaftsgeschichtliche Forschungsansätze zum internationalen Kontext des Krieges in den Hintergrund zu rücken.

Die vorliegende Studie ist dennoch ein gutes Beispiel dafür, wie „alte“ Themen in einem neuen Licht erklärt werden können – nicht nur aufgrund neuer Quellen, sondern auch aus einem differenzierten Blickwinkel heraus, der über den spanischen Kontext hinausgeht. Die deutsche Intervention im spanischen Bürgerkrieg, die bereits eine Woche nach dem Putsch aus einer persönlichen Entscheidung Hitlers hervorging, nachdem er einige Gesandte des Generals Franco in Bayreuth empfangen hatte, gehört zu den Themen, die am meisten erforscht wurden. Trotzdem versucht Barbieri eine neue Erklärung der Ereignisse zu bieten, die den Akzent eher auf die wirtschaftspolitischen Interessen des „Dritten Reiches“ setzt, ein neues Imperium mittels des politischen und wirtschaftlichen Einflusses Deutschlands aufzubauen. Obwohl die Bedeutung der wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen des nationalsozialistischen Regimes bereits von früheren Autoren,

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

wie Merkes und Viñas, hervorgehoben wurden, gelingt es dem Verfasser, nicht nur diese Interpretation noch ausführlicher zu untermauern, sondern auch die deutsche militärische und wirtschaftliche Intervention in Spanien überzeugend im Kontext der mittelfristigen Strategie des deutschen Wirtschaftsministers Hjalmar Schacht zu verorten. Diese Strategie bestand darin, die wirtschaftspolitische Herrschaft Deutschlands in Europa mittels des direkten und indirekten Zugangs zu den wichtigsten Rohstoffen und Ressourcen in den dem „Dritten Reich“ untergeordneten Ländern zu festigen. Der spanische Bürgerkrieg kann als ein erster Versuch Deutschlands gelten, diese Form des „informellen Imperiums“ umzusetzen. Die Strategie wurde durch großen Erfolg gekrönt, trotzdem wurde sie nach 1937/38 zugunsten einer neuen Vorstellung der rassistischen und militärischen Herrschaft über den „Lebensraum“ vernachlässigt, die seit Beginn des Zweiten Weltkrieges die neue imperiale Strategie des „Dritten Reiches“ bestimmte.

Barbieris Studie stützt sich auf eine breite Palette diplomatischer Quellen, Statistiken und Memoiren, die zum Teil bislang kaum ausgewertet wurden, und zeichnet sich durch Klarheit und einen beinahe literarischen Stil aus, der die Lektüre besonders angenehm macht. Allerdings sind seine Schlussfolgerungen (S. 246–255) in Bezug auf den spanischen Bürgerkrieg viel weniger relevant als seine Neudeutung der Rolle der deutschen Intervention in Spanien als Prüfstein einer neuen imperialen Herrschaftsstrategie, die auf der Idee des „informellen Imperiums“ fußte. In dieser Hinsicht sind die deutsche und die internationale Dimension dieses Buches, insbesondere die Seiten, die der Verfasser der Rolle Hjalmar Schachts widmet, wesentlich innovativer als diejenigen, die sich auf den spanischen Bürgerkrieg beziehen. Gerade sein Einführungskapitel (S. 16–34) zum politischen und sozialen Hintergrund des Bürgerkriegs, mit dem stereotypen – und für die spanische Forschung ziemlich irritierenden – Titel „Two Spains“, ist alles andere als neu und originell. Auch seine detaillierte Rekonstruktion der ersten Schritte der deutschen Intervention in Spanien, die sich allerdings spannend wie ein Thriller liest, bringt wenig Neues zu dem, was nicht schon längst bekannt ist: Die NSDAP und ihre Auslandsorganisation spielten bei der ersten Kontaktaufnahme zwischen Franco und Hitler eine entscheidende Rolle, und sie konnten sich mit ihrem Anliegen, sich in den Bürgerkrieg einzumischen, trotz Ablehnung des Auswärtigen Amtes durchsetzen. Nichtsdestoweniger leistet diese Studie einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung der internationalen Dimension des spanischen Bürgerkrieges.

XOSÉ M. NÚÑEZ SEIXAS

München

VSWG 103, 2016/4, 570–572

Maxine Berg u. a. (Hg.)

**Goods from the East, 1600–1800. Trading Eurasia**

(Europe's Asian Centuries 1). Palgrave Macmillan, Basingstoke 2015, 369 S. (33 Abb., 26 Tab., 1 Karte), 105.00 \$.

Dieser Sammelband ist aus dem von der englischen Historikerin Maxine Berg geleiteten Forschungsprojekt „Europe's Asian Centuries: Trading Eurasia 1600–1830“ hervorgegangen, das sich

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

mit der Frage befasst, wie die von den Ostindienkompanien importierten Güter – Baumwollstoffe, Seide, Porzellan, Tee etc. – die wirtschaftliche Entwicklung und die materielle Kultur im Nordwesten Europas beeinflussten. Handelsnetzwerke und kommerzielle Strategien sind in diesem Zusammenhang ebenso von Interesse wie Objektqualitäten und Konsumpraktiken. Wie Berg in ihrer knappen Einleitung betont, unterscheidet sich das Projekt von früheren, vorwiegend quantifizierend ausgerichteten Forschungen zu den Ostindienkompanien durch die Einbeziehung lokal- und mikrohistorischer Perspektiven (S. 3). Daran anschließend resümiert Jan de Vries seine Arbeiten zur Entwicklung des europäischen Asienhandels, der im 17. und 18. Jh. ein moderates Wachstum von rund einem Prozent pro Jahr aufgewiesen habe und weder für den Außenhandel der westeuropäischen Volkswirtschaften noch für die Monetarisierung der großen asiatischen Reiche essentiell gewesen sei. Wichtiger erscheinen die damit verbundenen Informations- und Wissenstransfers: Asiatische Güter übten in Europa einen „Demonstrationseffekt“ aus, beeinflussten das Konsumverhalten und setzten Substitutions- und Innovationsprozesse in Gang (S. 31, 35).

Die folgenden 18 Kapitel sind in vier Sektionen gegliedert. In der ersten, „Objects of Encounter and Transfers of Knowledge“, zeigt Romain Bertrand, dass die Etablierung der Niederländer in der interkulturellen Kontaktzone des Malaiischen Archipels mit vielfältigen Lern- und Aushandlungsprozessen verbunden war. Ghulam A. Nadri untersucht mit Indigo ein Produkt, das für die East India Company (EIC) in der ersten Hälfte des 17. Jh.s zentrale Bedeutung hatte: Die EIC konzentrierte sich auf den Einkauf bestimmter Sorten, arbeitete dabei auch mit der niederländischen Konkurrenz zusammen, ergriff Maßnahmen zur Qualitätskontrolle und ging gegen private Importe und Produktimitation vor. In einem der spannendsten Kapitel weist Olivier Raveux nach, dass eine kleine Gruppe armenischer Experten aus Konstantinopel im letzten Drittel des 17. Jh.s den Kattundruck in Marseille etablierte und damit eine wichtige Rolle im ost-westlichen Technologietransfer spielte. Wie Xu Xiaodong anschließend aufzeigt, verlief der Transferprozess im Falle des Emailleirens zunächst in umgekehrter Richtung: Europäische Techniken wurden um 1700 in China adaptiert, die nach dem neuen Verfahren hergestellten Produkte später wiederum nach Europa exportiert. Ausgehend von einem Stickmusterbuch, das ein englischer Offizier um 1850 in China erwarb, argumentiert Dagmar Schäfer, dass solche Musterbücher in China wie in Westeuropa der Popularisierung und Verbreitung von Techniken und ästhetischen Vorlieben dienten. Maxine Berg stellt den Bericht des Residenten der EIC in Dhaka, John Taylor, über die Kattunherstellung in Bengalen um 1800 als Beispiel für die Sammlung nützlichen Wissens im Zeitalter der Aufklärung vor.

In der zweiten Sektion „Private Trade and Networks“ zeigt Tijn Vanneste anhand der Auswertung des Geschäftsbuchs von James Dormer, einem Diamantenhändler in Antwerpen, dass die großen europäischen Edelsteinmärkte um die Mitte des 18. Jh.s – London, Lissabon, Amsterdam und Antwerpen – auf unterschiedliche Qualitäten spezialisiert waren und komplementär funktionierten. Timothy Davies demonstriert anhand der Beziehungen eines englischen Kaufmanns in Bombay, des vor allem im Drogen- und Arzneimittelhandel tätigen Charles Walters, wie britische und anglo-indische Handelsnetzwerke um dieselbe Zeit ineinander griffen. Meike von Brescius beleuchtet am Beispiel von Charles Irvine, einem Schotten im Dienst der schwedischen Ostindienkompanie, die Bedeutung von Kapitänen und Ladungsoffizieren für die Organisation und Abwicklung des euro-asiatischen Privathandels. Om Prakash vergleicht die Rolle der EIC und der niederländischen Ostindienkompanie im Handel mit indischen Textilien. Einen entscheidenden Unterschied sieht er darin, dass die Niederländer ihre Aktivitäten in Indien von ihrer Zentrale in

Batavia aus koordinierten, während die Engländer den Faktoren vor Ort größere Freiheiten und Spielräume ließen.

In der dritten Sektion „Consuming East and West“ untersucht Anne McCants das Konsumverhalten in Haushalten der Amsterdamer Unter- und Mittelschichten im 18. Jh. Sowohl einheimische als auch zugewanderte Amsterdamer besaßen häufig Porzellan, Tee, Seide und Baumwollstoffe; bei Einheimischen trifft dies sogar auf Arme zu, die die entsprechenden Güter möglicherweise gebraucht erwarben. Kévin Le Doudic macht deutlich, wie Importgüter aus Ostasien die materielle Kultur in der französischen Kolonialstadt Pondicherry in Indien prägten und dort eine Symbiose mit westeuropäischen Einflüssen eingingen. Natacha Coquery zufolge bot im Paris des Ancien Régime eine Vielzahl von Einzelhändlern „indische“ und „chinesische“ Waren an, wobei die exotische Herkunft als Verkaufsargument diente. Felicia Gottmann führt vor Augen, wie das 1686 in Frankreich erlassene Importverbot für asiatische Textilien von Angehörigen verschiedener sozialer Schichten und oft mit stillschweigender Duldung der Behörden unterlaufen wurde.

Die vierte Sektion ist dem Teehandel im 18. Jh. gewidmet. Die Beiträge von Chris Nierstrasz, Hanna Hodacs und Leos Müller sowie Andrew Mackillop greifen insofern eng ineinander, als sie einen dynamischen, expandierenden nordwesteuropäischen Teemarkt beschreiben, auf dem die schwedische Ostindienkompanie und schottische Kaufleute reüssierten, indem sie sich auf bestimmte Sorten und Qualitäten spezialisierten und engmaschige Distributionsnetzwerke aufbauten. Bruno Blondé und Walter Ryckbosch zeigen, wie der Konsum von Heißgetränken die materielle Kultur in flämischen und brabantischen Städten im 18. Jh. veränderte. Die Adaption neuer Materialien wie Porzellan und Keramik war, so die Autoren, jedoch keine Folge des steigenden Kaffee- und Teekonsums, sondern ging diesem zeitlich voraus. Somit waren es die exotischen Heißgetränke, die in eine bereits ausdifferenzierte urbane Kultur integriert wurden. Ein breit angelegter Vergleich der Ausweitung des Warenkonsums in den Niederlanden und in Indien in der Frühen Neuzeit von Jos Gommans beschließt den Band.

Insgesamt gelingt es den Autorinnen und Autoren, durch tiefenscharfe Analysen von Netzwerken, kommerziellen Strukturen und Konsumpraktiken ein differenziertes und komplexes Bild der materiellen Transferprozesse zwischen Asien und Europa zu zeichnen. Gerade deutschen Lesern drängt sich zudem der Eindruck auf, dass die nordwesteuropäische Forschung hier einmal mehr auf einem innovativen Gebiet der frühneuzeitlichen Wirtschaftsgeschichte die Nase vorn hat. Viele der untersuchten Fragestellungen ließen sich jedenfalls auch für Städte und Territorien im Heiligen Römischen Reich im Rahmen größerer Forschungsprojekte bearbeiten.

MARK HÄBERLEIN

Bamberg



VSWG 103, 2016/4, 573–574

Marcel Boldorf

**Governance in der Planwirtschaft. Industrielle Führungskräfte in der Stahl- und Textilbranche der SBZ / DDR (1945–1958)**

(Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 18). De Gruyter / Oldenbourg, Berlin / Boston 2015, 281 S. (17 Tab.), 69,95 €.

Marcel Boldorfs Studie entstand im Rahmen des DFG-Projekts „Politische Säuberung unter den wirtschaftlichen Führungskräften der SBZ / DDR (1945–1958)“, das Entnazifizierung sowie Kaderauswahl bei der Errichtung der Zentralverwaltungswirtschaft fokussierte. Am Beispiel ausgewählter traditionsreicher Unternehmen der Stahl- und Textilindustrie zeigt sich, dass der Entnazifizierung, zumal wenn es um das Nachrücken „alter Kräfte aus der zweiten Reihe an die Betriebsspitze“ (S. 11) ging, wesentlich geringerer Einfluss auf die Zusammensetzung der Betriebsleitungen zukam, als vermutet werden könnte. Wenn aber die Mitgliedschaft in NSDAP – oder auch SED – für die Erklärung der Personalauswahl nicht hinreicht, muss der analytische Fokus erweitert werden. Boldorf greift dazu auf das ‚Konzept‘ der betrieblichen *Governance* zurück, wobei sein theoretisches Analyseraster nicht nur an dieser Stelle merkwürdig unscharf ist und es zudem erklärungsbedürftig bleibt, warum auf ‚betriebswirtschaftliche‘ Literatur der frühen 1960er-Jahre zurückgegriffen wird. Auch die forschungsleitenden Problemstellungen provozieren Nachfragen nach dem analytischen Instrumentarium, denn was bedeutet „adäquat“, wenn gefragt wird, wie „die ausgewählten Betriebe adäquat geleitet und überwacht“ (S. 17) wurden? Mit diesem insgesamt unscharfen Ansatz werden personelle Umbrüche und Unternehmensführung während der Sequestrierung (bis Oktober 1945), des Treuhandregimes (bis April 1948), der Bildung Volkseigener Betriebe (bis 1950) sowie der entwickelten Planwirtschaft bis 1958 analysiert.

Entgegen späterer parteipolitischer Rhetorik, und dieser Nachweis ist ein Verdienst der vorliegenden Studie, setzte sich im fraglichen Zeitraum regelmäßig der pragmatische Umgang zumal mit technischem Leitungspersonal durch, das beim Aufbau in der SBZ / DDR unverzichtbar war und insofern im Zuge der Entnazifizierung nicht einfach aus Führungspositionen entfernt wurde. Bei den nachgewiesenen personellen Umbrüchen spielten zudem Abwanderung in den Westen und freiwillige Wechsel in andere Betriebe eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Trotzdem wurde eine NS-Belastung bis in die 1950er-Jahre immer dann bemüht, wenn es beispielsweise im Zuge der Verstaatlichung darum ging, politisch erwünschte Personalwechsel durchzusetzen. Hieran wird die Vielschichtigkeit, aber auch die Willkür der kommunistischen Kaderpolitik deutlich. Dass vor allem in Schwerpunktbereichen wie der Stahlindustrie von Beginn an auf die Einsetzung von fachlich weniger geeigneten KPD-Aktivisten hingewirkt wurde, ist ein weiteres wichtiges Ergebnis der Studie.

Das Jahr 1948 schließlich war eine zweifache Zäsur: Zum einen verstärkte die SED nunmehr die Verstaatlichung der Industrie und damit ihr Bemühen um die Durchsetzung der Zentralverwaltungswirtschaft (im Buch fast durchgehend populär als „Planwirtschaft“ bezeichnet), zum anderen übernahm die SED in den so gebildeten Volkseigenen Betrieben Teile der betrieblichen *Governance* (wenngleich eingeschränkt im Bereich der technischen Leitung). Damit wurde aber auch mit alten Pfadabhängigkeiten sowie ökonomischen Rationalitätserwägungen gebrochen und diese durch das

Ziel der Autarkie nach sowjetischem Vorbild ersetzt. Die Priorität (parti-)politischer Interessen, die zudem nach umfangreicher Überwachung und Kontrolle der Wirtschaft verlangte, führte in der Folge zu den altbekannten Problemen der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs: zu Innovationsschwäche und ineffizienten betrieblichen Abläufen.

Mit Boldorfs Studie liegt ein weiterer wichtiger Beitrag zum – leider von ihm so nicht explizit benannten – ‚Splitting der Managementfunktionen‘ in der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR vor. Der SED-Führung wurden die hieraus resultierenden Probleme im Laufe der Zeit durchaus vor Augen geführt, so dass beispielsweise mit der Kombinatserordnung von 1979 die Verfügungsrechte zwischen betrieblicher Führung und SED neu verteilt wurden. Das Schließen der Forschungslücke auf Basis der Theorie der *property rights* für die sich an Boldorfs Studie anschließenden 15 bis 20 Jahre steht noch aus. Es bleibt zu wünschen, dass dadurch genauso fruchtbringende Ergebnisse geliefert werden.

HEIKE KNORTZ

Karlsruhe

VSWG 103, 2016/4, 574–575

Stephen Broadberry u. a.

**British Economic Growth, 1270–1870**

Cambridge U. P., Cambridge 2015, 461 S., 24.99 £.

Die Wirtschaftsgeschichte in Großbritannien ist zu beneiden. Ein Buch wie das vorliegende ist hierzulande (noch?) kaum denkbar: Es bietet für nicht weniger als 600 Jahre durchgehende Reihen zur jährlichen Wirtschaftsleistung in den Sektoren Landwirtschaft, Gewerbe/Industrie und Dienstleistungen, zum Bruttoinlandsprodukt sowie zur Bevölkerung, verbunden mit umfassenden Interpretationen. Quantitative Analysen zum langfristigen britischen Wirtschaftswachstum begannen in den 1960er Jahren, als zwei junge Wissenschaftler vom Department of Applied Economics in Cambridge, Phyllis Deane und W.A. Cole, von Simon Kuznets inspiriert ihre bahnbrechende Studie für den Zeitraum von 1688 bis 1959 publizierten. Seither hat eine Generation von Wirtschaftshistorikern deren Daten ergänzt, verfeinert und revidiert. Die vorliegende Veröffentlichung geht auf eine 2006 auf dem World Economic History Congress in Helsinki gehaltene Session zurück. In den Folgejahren führten die Autoren mehrere Projekte zu einzelnen Teilaspekten durch, bei denen die englische/britische Entwicklung auch mit der holländischen/niederländischen verglichen wurde. Dabei verlängerte man die untersuchte Zeitspanne weit nach hinten und berücksichtigte eigene Vorarbeiten zu spätmittelalterlichen Einnahme- und Ausgabeverzeichnissen oder frühneuzeitlichen Nachlassinventaren, die zum Teil bis in die 1970er Jahre zurückgehen, sowie zahlreiche, größtenteils bislang unveröffentlichte Daten weiterer Kollegen. Ungewöhnlich ist, dass hier ungeachtet der gängigen Epochen Grenzen – diese werden ausdrücklich so weit wie möglich ignoriert – ein Zeitraum bearbeitet wird, der schon im frühen Spätmittelalter beginnt und mit dem Ende 1870 die Industrialisierung weitgehend einschließt.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016



Das Ergebnis ist in zwei große Teile untergliedert: Im ersten werden die Quellen dokumentiert, Methoden beschrieben und Annahmen erläutert, die der Konstruktion der langen Reihen zugrunde lagen, im zweiten werden darauf aufbauend die Daten analysiert und Schlussfolgerungen aus ihnen gezogen.

Der Quellenteil widmet sich zunächst der Rekonstruktion der Bevölkerungszahl. Obwohl hier schon zahlreiche Vorarbeiten vorliegen, entwickeln die Autoren eine neue, aus ihrer Sicht konsistente Chronologie der Entwicklung. Ähnliches gilt im Folgenden für die Berechnung der landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie die daraus resultierende Agrarproduktion und das, was man heute als industrielle Produktion und Dienstleistung bezeichnet. Schließlich folgen ausführliche Überlegungen, wie man vor diesem Hintergrund ein neues Inlandsprodukt berechnet. Die zentralen Serien zur Wirtschaftsleistung der Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung, zum Sozialprodukt und zur Bevölkerungsentwicklung schließen als jährliche Indexreihen auf 18 Seiten den ersten Teil ab (S. 227–244).

Der zweite Teil beginnt mit dem Vergleich verschiedener Schätzungen zur Reallohn- und Sozialproduktentwicklung, dem schließen sich Überlegungen zum Konsum, zur Einkommensverteilung und zur Arbeitsproduktivität an. Das vorletzte Kapitel schließlich widmet sich dem internationalen Kontext, bevor eine als Epilog bezeichnete Zusammenfassung noch einmal die zentralen Ergebnisse bündelt.

Es ist beeindruckend, welche Fülle an Material verarbeitet, wie umsichtig und intensiv über die zahlreichen sich daraus ergebenden Probleme nachgedacht wurde. Betrachtet man die Entwicklung des englischen/britischen Sozialprodukts im Vergleich mit den – ebenfalls erstaunlich langen – Reihen für Holland/die Niederlande, Italien und Spanien (S. 378 ff.), die über eine Umrechnung in *International Dollars* (Geary-Khamis Dollars) zeitlich und untereinander vergleichbar gemacht wurden, kommen leise Zweifel auf: Deren Verlauf, insbesondere ihre Verhältnisse zueinander, entsprechen nicht immer dem, was man von der historischen Entwicklung zu wissen glaubt. Betrug das Sozialprodukt pro Kopf in Spanien tatsächlich über 500 Jahre nur rund zwei Drittel des italienischen? Hatte dasjenige Hollands schon am Ende des 16. Jh.s ein Niveau erreicht, zu dem das britische erst zu Beginn des 19. Jh.s aufschließen konnte? Die Autoren betonen rechtschaffen immer wieder Unsicherheiten und geben alternative Schätzungen an. Diese sind zum Beispiel für den durchschnittlichen Kalorienverbrauch erheblich (S. 293). Solche Bemerkungen sollen die fulminante Leistung der Autoren aber nicht schmälern: Stephen Broadberry und seine Mitautoren (Bruce Campbell, Alexander Klein, Mark Overton und Bas van Leeuwen) haben ein Werk vorgelegt, das die historische Statistik ebenso wie die britische Wirtschaftshistoriographie enorm bereichert.

THOMAS RAHLF

Bonn



VSWG 103, 2016/4, 576–577

Klara Deecke

**„Staatwirtschaft vom Himmel herabgeholt“. Konzeptionen liberaler Wirtschaftspolitik in Universität und Verwaltung 1785–1845. Ausprägungen und Brechungen am Beispiel Ostpreußens und Vorpommerns**

(Studien zu Policy, Kriminalitätsgeschichte und Konfliktregulierung).

Klostermann, Frankfurt a. M. 2015, 683 S., 89,00 €.

Der Autor beschäftigt sich mit der Frage, wie wirtschaftsliberale Ideen im ausgehenden 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jh.s in Ostpreußen und im schwedischen Vorpommern von Wissenschaft und Verwaltung konzipiert und wechselseitig aufgenommen wurden, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es dabei zwischen beiden Institutionen sowie den untersuchten Regionen gab und wie sie sich gegenseitig beeinflussten. Es werden nicht nur die theoretischen wirtschaftspolitischen Denkweisen in Universität und Verwaltung miteinander verglichen, sondern auch die praktischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Verwaltungen ergriffen. Dazu wird der Text in sechs Hauptkapitel gegliedert. Nach der Einleitung stellt das zweite Kapitel die „liberalen wirtschaftspolitischen Konzeptionen im universitären Kontext“ an den Universitäten Königsberg und Greifswald vor. Zunächst werden die jeweiligen Rahmenbedingungen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung aufgezeigt und dann die Positionen der Hochschullehrer in den untersuchten Jahrzehnten analysiert. Im dritten Abschnitt geht es um die „liberalen wirtschaftspolitischen Konzeptionen im Kontext der Verwaltung“. Auch hier werden zuerst allgemeine Tendenzen kameralistischer ‚Wirtschaftspolicy‘ und liberaler Wirtschaftspolitik beleuchtet und dann die konkreten Verwaltungspraktiken unter den Kammer- und Regierungspräsidenten sowie Gouverneuren in beiden Bezirken behandelt. Das vierte Kapitel untersucht die „Schnittstelle zwischen universitärer Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsverwaltung“ mit Unterkapiteln zur Beamtenausbildung und zur Tätigkeit der Professoren in der Verwaltung bzw. der Verwaltungsbeamten an der Universität. Der fünfte Abschnitt behandelt „liberale Elemente der wirtschaftspolitischen Konzeptionen im inhaltlichen Vergleich“ zwischen Ostpreußen und Vorpommern und zwar im Hinblick auf verschiedene Politikfelder (Agrar-, Gewerbe- und Handelspolitik), ökonomische Krisen als Bewährungsprobe liberaler Wirtschaftspolitik, Begründungen und Verfahrensweisen staatlicher Einflussnahme auf die Wirtschaft, das Bild des Menschen als Wirtschaftsakteur, das Verhältnis von wirtschaftspolitischer Theorie und Praxis und die Auseinandersetzung mit alternativen wirtschaftspolitischen Konzeptionen. Schließlich bietet das sechste Kapitel eine ausführliche Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und deren Einordnung in übergreifende Forschungszusammenhänge.

Insgesamt ist die Arbeit durchaus gelungen. Das gilt insbesondere für die inhaltlichen Ergebnisse. Mit ihrem Ansatz des ‚kulturellen Austauschs‘ gelingt es der Autorin, über die bereits intensiv erforschte Geschichte der Rezeption des angelsächsischen Liberalismus in Deutschland hinauszugehen, den Eigenbeitrag von Wirtschaftswissenschaft und -verwaltung bei der „Übersetzung“ dieser Ideen zu würdigen und damit das Denken und Handeln der untersuchten Protagonisten zu kontextualisieren. Sehr genau wird aufgezeigt, welche kameralistischen Traditionen fortlebten, wie sie mit den neuen liberalen Ideen und Praktiken verklammert wurden und wie sich Wissenschaft und Verwaltung gegenseitig beeinflussten. „Anwendungsorientierte universitäre Staatwirtschafts-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

lehre und theorieorientierte Wirtschaftsverwaltung erwiesen sich insbesondere in Ostpreußen als zwei Seiten derselben Medaille liberaler wirtschaftspolitischer Konzeptionsbildung.“ (S. 626) Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den untersuchten Provinzialverwaltungen werden sensibel herausgearbeitet. Die Untersuchung ist klar gegliedert, die Sprache im Großen und Ganzen verständlich, manchmal jedoch etwas umständlich. Generell hätten der Text allerdings gestrafft und Wiederholungen vermieden werden können. Theoretisch-methodisch ist zu bemängeln, dass sowohl der – lediglich angedeutete – Forschungsansatz des kulturellen Austausches als auch der Vergleich als methodischer Zugriff präziser hätten ausgeführt werden können – Letzterer insbesondere im Hinblick auf die Wirtschaftskonzeptionen. Diese Kritik soll aber den positiven Gesamteindruck nur bedingt relativieren. Demjenigen, der sich nicht mit der theorielastigen Dogmen- und Rezeptionsgeschichte begnügen will, sondern sich für die Übernahme liberaler Ideen in Wissenschaft und Verwaltung und damit Politik „vor Ort“ interessiert, sei diese Untersuchung nachdrücklich empfohlen.

GEROLD AMBROSIUS

Siegen

VSWG 103, 2016/4, 577–578

Franz J. Felten (Hg.)

**Mittelalterliche Kaufhäuser im europäischen Vergleich**

(Mainzer Vorträge 18). Steiner, Stuttgart 2015, 157 S. (zahlr. Abb.), 24,00 €.

Waren ‚Kaufhäuser‘ im 19. und 20. Jh. zwar anders verfasst und mit anderer merkantiler Funktion versehen als im Mittelalter, so lässt allein schon der begriffsgeschichtliche Rückgriff nach der Geschichte jener mittelalterlichen, zumeist stadtgemeindlich betriebenen ‚Gemeinschaftswarenhäuser‘ (in heutiger Terminologie) fragen. Neben dem Zweck der (wiewohl unterschiedlichen) Warenverteilung dürfte beiden Phänomenen die Faszination gemein gewesen sein, die sie auf die zeitgenössischen Betrachter und Nutzer ausübten. Der vorliegende Band sowie die ihm zu Grunde liegende Vortragsreihe des Instituts für Geschichtliche Landeskunde zu Mainz im Jahr 2012 hatten, wie Franz J. Felten in seiner auch als Zusammenfassung dienenden Einführung darlegt, als Anstoß eine vertiefte wissenschaftliche Beschäftigung mit dem vor 1317 erbauten und Anfang des 19. Jh.s als Gebäude abgetragenen Mainzer Kaufhaus ‚am Brand‘. Zu diesem wissenschaftlichen Unternehmen gehörten zum einen die Edition der Mainzer Kaufhausordnung(en) des 15. Jh.s, zum anderen eine – teils auf jener beruhende – virtuelle Rekonstruktion und 3D-Visualisierung des Kaufhauses in Zusammenarbeit mit dem Institut für Mediengestaltung der FH Mainz.

Über die bemerkenswerte digitale Umsetzung sowie ihre Chancen und Grenzen berichten Manfred Liedtke und Manfred Große. Danach gibt Wolfgang Dobras einen Überblick zu „Verfassung, Gesellschaft und Wirtschaft in Mainz im 14. Jahrhundert“. Es folgt eine Vorstellung der Überlieferung, der Edition und der Auswertungsmöglichkeiten der Kaufhausordnung durch Stefan Grathoff, in der er auch die Funktionsweise des spätmittelalterlichen Mainzer Kaufhauses als „Stät-

te des Großhandels“ (S. 70) erläutert. Detailhandel war im Kaufhaus nur sehr begrenzt erlaubt, dafür vorgesehen waren neben den anderen Marktorten in der Stadt aber auch Krambuden an der Außenmauer des Gebäudes.

Zum Zwecke des europäischen Vergleichs schließen sich drei Beiträge an: Bogusław Krasnowolski stellt die „Kaufhäuser in den Städten nach deutschem Recht in Mitteleuropa unter besonderer Berücksichtigung Schlesiens und Kleinpolens“ vor. Harm von Seggern behandelt die Entstehung der Börse im Brügge des 14. und 15. Jh.s, deren Geschichte die (nicht nur für Brügge zu verzeichnende) besondere Bedeutung der Gastwirte als Mediatoren des Handels nachweist. Schließlich befasst sich Uwe Israel mit dem „mittelalterliche[n] Kaufhaus im europäischen Mittelmeerraum“. Dabei zeigt sich, dass im mediterranen Handels- und Kommunikationsraum sowohl Bezeichnungen (*funduq* – *fondaco* – *emporio* und andere mehr) als auch Organisationsweisen von Handelsstätten rege ausgetauscht wurden. Damit verweist er auch auf das Problem der Vielfalt solcher Stätten in ganz Europa.

Dem Charakter einer zum Druck gebrachten Vortragsreihe gemäß sind die Beiträge des Bandes auch für eine breitere Leserschaft konzipiert, erfreulich lebendig geschrieben und schön bebildert. Der Band ist damit eindrucksvoll und lädt zugleich zu weiteren Forschungen ein. So ist der hier nicht ausführlicher betriebene intraregionale Vergleich innerhalb der Rheinlande Gegenstand einer weiteren Mainzer Tagung im März 2016.

GABRIEL ZEILINGER

Kiel

VSWG 103, 2016/4, 578–579

Michael Gehler / Marcus Gonschor / Hinnerk Meyer (Hg.)

**Banken, Finanzen und Wirtschaft im Kontext europäischer und globaler Krisen** (Hildesheimer Europagespräche 3 / Historische Europa-Studien 11). Olms, Hildesheim / Zürich / New York 2015, 687 S., 68,00 €.

Der Band geht auf Vorträge und Expertengespräche zurück, die zwischen 2006 und 2013 stattfanden. Zu Wort kamen Historiker, Politikwissenschaftler sowie prominente Finanz- und Wirtschaftsexperten, darunter mit Theo Waigel, Wolfgang Clement und Hans Eichel drei ehemalige Bundesminister. Gegenstände der Erörterungen waren Entstehung, Implikationen und Perspektiven der europäischen Währungsunion sowie die 2007 einsetzende Finanz-, Euro- und Schuldenkrise und die damit verbundenen Lehren – Probleme, die von der „historischen Forschung bisher wenig“ beachtet und diskutiert worden seien, behaupten die Herausgeber. In ihrer Einleitung stellen sie denn auch apodiktisch fest, dass eine Publikation somit „nicht nur aus aktuellen Bedürfnislagen, sondern auch aus historischen Dokumentationsgründen [...] ausdrücklich geboten schien“ (S. 9). Widerspruch also zwecklos?

Schon der Behauptung, die erörterten Probleme seien bislang vernachlässigt worden, wird man – zumal mit Blick auf die englischsprachige Forschung – kaum zustimmen wollen. Welche

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Erkenntnisse und Befunde sind es denn nun, deren Präsentation so zwingend notwendig erschien? Im ersten Teil des Bandes werden „politische Kontexte und Wege zur europäischen Einheitswährung“ diskutiert. Der Wirtschaftswissenschaftler Heinz Handler rekapituliert die Pläne für eine Einheitswährung seit der Konferenz von Bretton Woods, die Zeithistorikerin Michèle Weinachter beleuchtet die Rolle, die Valéry Giscard d'Estaing im Zusammenspiel mit Helmut Schmidt bei der währungspolitischen Integration Europas spielte, und der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, verteidigt den Euro, weil ein „Auseinanderbrechen der Währungsunion [...] nicht nur eine politische, sondern auch eine ökonomische Katastrophe“ wäre (S. 120). Der Historiker Guido Thieme analysiert die Gründe für die Etablierung der europäischen Währungsunion sowie die Ursachen der aktuellen Verschuldungskrise, bei der es sich, wie er betont, „nicht um eine Eurokrise handele“ (S. 167). Theo Waigel rechtfertigt erwartungsgemäß die Entscheidung für den Euro und die im Zusammenhang mit der deutschen Einheit gefällten währungspolitischen Entschlüsse.

Im zweiten Teil geht es unter anderem am Beispiel Niedersachsens um die Bedeutung des deutschen Föderalismus im europäischen Gesetzgebungsprozess und bei der Zuteilung von EU-Fördergeldern sowie um die politischen Spielräume der Bundesregierung angesichts europäischer und globaler Krisen. Die Beiträge des dritten Teils widmen sich „Erkenntnissen und Lehren“ aus den sich überlagernden und verstärkenden krisenhaften Entwicklungen auf den Finanzmärkten, nicht zuletzt verursacht durch die Abkoppelung des Banken- und Finanzsystems von der Realwirtschaft, so der ehemalige Vizepräsident der deutschen Bundesbank, Jürgen Stark. Etwas aus dem Rahmen fällt in diesem Teil Holm A. Leonhardt mit seiner Ansicht, dass „dieses Bankenthema, die Währung [...] überschätzt“ würden – „viel wichtiger“ sei eine ausgewogene internationale „Konkurrenzfähigkeit“ der Eurostaaten (S. 671).

Der Neuigkeitswert der meisten Beiträge und Statements ist eher gering, sieht man ab von Leonhardts originellem, kartelltheoretisch informiertem Blick auf die Eurokrise und dem Hinweis Eichels, dass „im engsten Umfeld“ Gorbatschows bereits im Mai 1988 über eine „Wiedervereinigung Deutschlands“ nachgedacht worden sei (S. 320). Störend sind zahlreiche Redundanzen sowie manche sprachliche Holprigkeiten. Völlig deplatziert wirken schematische Fußnoten à la „Erich Honecker (1912–1994) war ein deutscher Politiker. Er war von 1971 bis 1989 Generalsekretär der DDR“ (S. 320, Anm. 37 – in diesem Fall zudem eine fehlerhafte Information). Hier macht sich negativ bemerkbar, dass sich der Band zugleich an ein breites *und* ein wissenschaftliches Publikum richten soll. Letzteres benötigt Fußnoten dieser Art gewiss nicht. So liegt das Verdienst des Buches in erster Linie in den – mitunter etwas zu weitschweifigen – Interviews mit ehemaligen Ministern und Notenbankern, die im Stile gelungener *Oral History* verdeutlichen, wie maßgebliche Akteure Entstehung und Probleme einer europäischen Gemeinschaftswährung sowie Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise, aber beispielsweise auch die wirtschafts- und währungspolitischen Entscheidungen auf dem Weg zur deutschen Einheit oder die sozial- und energiepolitischen Debatten in der SPD nach 1998 im Rückblick beurteilen. Dem Anspruch, Material für weitere Forschungen zu liefern, werden die Herausgeber damit auf jeden Fall gerecht.

WERNER BÜHRER  
München

VSWG 103, 2016/4, 580–581

Joachim Hendel

**Den Krieg ernähren. Kriegsgerichtete Agrar- und Ernährungspolitik in sechs NS-Gauen des „Innenreiches“ 1933 bis 1945**

(Studien zur Geschichte des Nationalsozialismus 2). Dr. Kovač, Hamburg 2015, XIII u. 470 S., 129,80 €.

Die vorliegende Studie, eine Überarbeitung der 2013 an der Universität Jena angenommenen Dissertation des Verfassers, versteht sich als „Beitrag zur Strukturgeschichte“ (S. 31) des „Dritten Reiches“. Genau genommen handelt es sich um eine Verwaltungsgeschichte der nationalsozialistischen Agrar- und Ernährungswirtschaft mit Fokus auf die zu Kriegsbeginn 1939 als Mittelinstanzen eingerichteten Landes- und Provinzialernährungsämter in den „Innenreich“-Gauen (Halle-Merseburg, Kurmark / Mark Brandenburg, Magdeburg-Anhalt, Mecklenburg, Sachsen und Thüringen). Im Mittelpunkt der auf einem Quellenkorpus aus Archivalien von Zentral- und Regionalbehörden sowie zeitgenössischen Publikationen basierenden Untersuchung steht die kriegswirtschaftlich zentrale Steuerungsfunktion der Ernährungsämter in der Nahrungsmittelbewirtschaftung und Arbeitskräftemobilisierung.

Die Darstellung ist nach wesentlichen Entwicklungsphasen gegliedert. Das erste Hauptkapitel behandelt die Mobilisierung der Nahrungs- und Arbeitsressourcen in der Kriegsvorbereitung 1933 bis 1939. Gemäß dem Fokus der Arbeit beschränkt sich dieser Abschnitt auf die mit regionalen Beispielen angereicherte Zusammenfassung des Forschungsstandes. Das zweite Hauptkapitel behandelt die Agrar- und Ernährungsverwaltung auf der Mittelinstanz während der „Blitzkriege“ 1939 bis 1941. Dabei bilden Gründung, Gliederung und Aufgaben der Landes- und Provinzialernährungsämter in den Untersuchungsregionen den Schwerpunkt. Diese gemischten „Sonderbehörden“ (S. 386) umfassten Teile des Reichsnährstandes als für die Bedarfsdeckung zuständige Abteilung A und Teile der staatlichen Verwaltung als für die Verbrauchsregelung zuständige Abteilung B. Das dritte und umfangreichste Hauptkapitel untersucht die Steuerung der Agrar- und Ernährungswirtschaft im „totalen Krieg“ 1941 bis 1945. Im Mittelpunkt steht das sich verschärfende Dilemma der Mittelinstanz der Agrar- und Ernährungsbürokratie zwischen schwindenden Personal- und Materialressourcen und steigenden Anforderungen, vor allem in der Versorgung der bombengeschädigten Bevölkerung und Mobilisierung in- sowie ausländischer Arbeitskräfte in Konkurrenz zur Rüstungsindustrie.

Der wichtigste Erkenntnisgewinn der Studie liegt in der Schlüsselrolle der agrar- und ernährungsbürokratischen Mittelinstanz für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft. Gegenüber den in das polykratische Tauziehen verstrickten Zentralbehörden erwiesen sich die Landes- und Provinzialernährungsämter als vergleichsweise robuste, flexible und effektive Verwaltungsakteure, deren Kompetenzbereich sich im Kriegsverlauf erheblich erweiterte. Ihr entscheidendes „Mobilisierungsinstrument“ (S. 279) bildete eine Behörden- und Gebietsgrenzen überbrückende Kommunikationskultur, die sich vor allem in regelmäßigen Arbeitstagungen und Lageberichten äußerte. Das „unbürokratische“ Leistungspotenzial der Mittelinstanz beförderte die Dezentralisierung der Agrar- und Ernährungsverwaltung, deren Schwergewicht sich im „totalen Krieg“ großteils und im Zuge der alliierten Besetzung des Reichsgebiets vollständig auf die Regionalbehörden verlagerte.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016



Mit dieser Erkenntnis, die der Verfasser auf breiter Quellengrundlage überzeugend – und stellenweise erschöpfend – belegt, ergänzt die Studie das auf die Reichsebene fokussierte Standardwerk zur nationalsozialistischen Agrar- und Ernährungswirtschaft von Gustavo Corni und Horst Gies in einem wichtigen Punkt.

Diese Stärke der Studie verweist jedoch auch auf einen Schwachpunkt: Anstatt sich auf die optimale Ausschöpfung des quellenbasierten Erkenntnispotenzials seiner Untersuchung – etwa den kaum eingelösten Regionenvergleich – zu konzentrieren, neigt der Autor oftmals zu weitreichenden, aber ungenügend belegten Behauptungen – etwa über die im Agrar- und Ernährungsbereich gescheiterte „Modernisierung“ (wobei das Begriffsverständnis unklar bleibt), den Vorrang von Umwelteinflüssen auf das Agrarsystem gegenüber der bürokratischen Steuerung oder die „Schuld“ des NS-Regimes an der europäischen Hungerkatastrophe nach 1945. Dies sind zweifellos wichtige Fragen, zu deren seriöser Beantwortung jedoch andere Theorien, Quellen und Methoden als die vom Autor gewählten nötig wären. Aus der von der Studie eingenommenen Binnenperspektive auf die nationalsozialistische Agrar- und Ernährungsbürokratie erschließt sich zwar die Praxis der Verwaltung, aber nicht die Praxis der Verwalteten – der „Selbstversorger“, „Normalverbraucher“, „Bombengeschädigten“, „Soldatenfrauen“, „Fremdarbeiter“ und so fort. Kurz, weniger wäre (noch) mehr gewesen.

ERNST LANGTHALER  
St. Pölten

VSWG 103, 2016/4, 581–582

Peter F. N. Hörz / Marcus Richter

**„Schöneck – Bekannt durch gute Zigarren“. Studien zur Industriegeschichte einer vogtländischen Kleinstadt**

(Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde 33). Thelem, Dresden 2014, 512 S. (39 Abb., 10 Tab.), 24,80 €.

Die Autoren breiten in ihrer Studie die über 100-jährige Geschichte der Zigarrenindustrie der vogtländischen Kleinstadt Schöneck aus. Dabei betrachten sie zunächst neben dem sächsischen Wirtschaftsraum des 19. Jh.s die geografischen sowie wirtschaftlichen Gegebenheiten Schönecks und beschreiben das Umfeld, in dem sich eine Zigarrenindustrie entwickelte (S. 46–56). Die erste dauerhafte Niederlassung eines Zigarrenherstellers habe es, Hörz und Richter folgend, im Zuge einer Zeitungsannonce des Jahres 1863 gegeben. Hierin bewarben die Stadtoberen, nach einem verheerenden Stadtbrand 1856, die in wirtschaftliche und soziale Not geratene Stadt als geeigneten Produktionsstandort für Zigarren. Zuvor hatte ein Unternehmen Zigarrenmacherinnen ausbilden lassen, die nach dessen raschem Verzug zwar gut ausgebildet, aber beschäftigungslos waren (S. 84–89). Ab dem 1. Januar 1865 produzierte eine Zweigstelle der Leipziger Firma Quandt & Mangelsdorf mit 60 zumeist weiblichen Angestellten in Schöneck Zigarren (S. 114).

Detailreich und vielschichtig sowie nah am Quellenmaterial diskutieren die Autoren die Hin-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

tergründe der ersten Ansiedlung und zeigen ausführlich auf, wie rasant die Zigarrenindustrie Fuß fasste und zum dominanten Wirtschaftszweig wurde. Wie bedeutsam die Zigarrenherstellung für Schöneck war, verdeutlicht die Tatsache, dass 1905 von den rund 1.500 „gewerblich Beschäftigten“ der 4.511 Einwohner, 955 in der Zigarrenindustrie arbeiteten (S. 111, 121 f.). Als die staatliche Steuergesetzgebung nach dem Ersten Weltkrieg die Rentabilität der Zigarrenherstellung beeinträchtigte, habe der Aufschwung der Zigarrenindustrie ein Ende gefunden (S. 133–135). Entgegen ihrer sonst sehr umfassenden Argumentation lassen die Autoren bei der Betrachtung der Krise außer Acht, dass die Zigarre – die quantitativ dominierende Tabakware im Deutschen Kaiserreich – zunehmend mit der Zigarette konkurrieren musste, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg erstmals höheren Absatz fand. Obwohl gleichfalls von immer neuen Steuernovellen betroffen, schien die Zigarette sowohl im Herstellungsprozess effizienter als auch in der Art des Konsumierens das besser an die Moderne angepasste Genussmittel zu sein.

Nach der Beschreibung der Krise der Zigarre (S. 134–152) richten Hörz und Richter ihren Fokus auf das „Zigarren machen“ (S. 153–186). Detailliert blicken sie auf „Produkt“, „Markt“ und „Arbeit“ in der Zigarrenindustrie und legen so die Basis für das Kapitel „Zigarrenmacher“ (S. 187–326). Perspektivenreich diskutieren die Autoren für die Themenbereiche Frauen-, Kinder- und Heimarbeit sowie Disziplin die Umstände der Produktion. Dabei zeigen sie u. a. auf, dass die Zigarrenherstellung keineswegs von Beginn an „weiblich“ war. Vielmehr „drängte“ der Etablierungs- und Expansionsprozess der Zigarrenindustrie samt des Kostensenkungsdrucks die männlichen Zigarrenhersteller in andere, besser bezahlte Tätigkeiten (S. 200–203).

Hörz und Richter komplettieren die Historiografie der Zigarrenindustrie in Schöneck, indem sie im Kapitel „Umbrüche“ (S. 327–398) auf das Ende des Zweiten Weltkrieges, die Enteignungspolitik der sowjetischen Besatzung und auf die Verstaatlichungsprozesse der jungen DDR zu sprechen kommen. Die Zigarrenherstellung wurde Ende der 1960er Jahre eingestellt, wobei die staatlichen Betriebe nun andere Produkte, wie Fahrzeugteile und Musikinstrumente, herstellten (S. 386–388). Die Autoren schließen ihre „historische Wirtschaftsanthropologie“ (S. 14) mit einer Sammlung von Fotografien ehemaliger Fabrikationsstandorte sowie einigen Zeitzeugeninterviews und führen den Leser auf diese Weise noch einmal nah an die Lokal- und Regionalgeschichte Schönecks und des Vogtlandes heran.

STEFAN KNOPF

Jena



VSWG 103, 2016/4, 583–584

Michael Kißener

**Boehringer Ingelheim im Nationalsozialismus. Studien zur Geschichte eines mittelständischen chemisch-pharmazeutischen Unternehmens**

(Historische Mitteilungen, Beiheft 90). Steiner, Stuttgart 2015, 292 S.

(2 s/w Abb., 6 s/w Tab., 7 farb. Tab., 14 s/w Fotos), 39,00 €.

Obgleich seit dem Beginn des Booms der NS-Unternehmensgeschichte in den 1990er Jahren mittlerweile auch einige Untersuchungen zu mittelständischen Unternehmen im „Dritten Reich“ (Boss, Dr. Oetker, Freudenberg u. a.) erschienen sind, ist deren Entwicklung – gemessen an ihrem volkswirtschaftlichen Gewicht – immer noch unterbelichtet. Dies gilt auch für Mittelständler des Chemie- und Pharmasektors, weshalb die nun vorliegende Studie von Michael Kißener zu begrüßen ist.

Im ersten Kapitel bettet der Verfasser die Unternehmensentwicklung in die Regionalgeschichte Rheinhessens ein, da das Unternehmen schon wegen der französischen Besetzung in den 1920er Jahren große Schwierigkeiten zu überstehen hatte, die die ohnehin stark ausgeprägte nationale Einstellung der Unternehmerfamilie und deren Vorliebe für alles Militärische weiter verstärkten. Im zweiten Abschnitt widmet sich der Autor neben der *Corporate Governance*, der Belegschaft sowie dem Betriebsalltag ab 1933 auch den wenigen Arisierungsfällen und dem schwierigen Verhältnis der Unternehmensführung zu den verschiedenen NS-Institutionen. Im dritten Abschnitt zeichnet Kißener auf vergleichsweise schmaler Quellenbasis soweit wie möglich die Produktionsentwicklung Boehringers nach 1933 nach und zeigt, dass das rheinhessische Unternehmen, das in der Zwischenkriegszeit Säuren, Backhilfsmittel, Alkaloide und pharmazeutische Spezialprodukte hergestellt hatte, seine durchaus gegebenen Handlungsspielräume nutzte und nach 1933 ein erhebliches Wachstum verzeichnete. Dieses hielt auch im Krieg an, da man wichtige Arzneimittel wie Morphiumpräparate herstellte und deshalb eine kriegswirtschaftliche Bedeutung besaß. Auffällig ist jedoch, dass das Unternehmen kaum an NS-Unrechtstaten beteiligt war – weder im Krieg noch zuvor –, sieht man von der Beschäftigung von Zwangsarbeitern ab. Deren Behandlung und dem Umfang ihrer Beschäftigung geht der Autor im vierten Kapitel nach und zeigt, dass selbst Ostarbeiter – mit Ausnahme der letzten Kriegsmonate – vergleichsweise ordentlich behandelt wurden. Im fünften Kapitel widmet sich Kißener schließlich den Nachwirkungen der Diktatur nach Kriegsende und geht in einem Exkurs auch auf die Bedeutung des in der Schweiz lebenden Verwandten Robert Boehringer ein, der einen großen Einfluss auf die weltanschauliche Haltung Ernst Boehringers als wichtigstem Mitglied der Firmenleitung besaß.

Insgesamt entspricht die Entwicklung Boehringer Ingelheims in vielen Aspekten derjenigen anderer Unternehmen im „Dritten Reich“. Ein Unterschied bestand allerdings in der Haltung der Unternehmensführung und Unternehmerfamilie zum Nationalsozialismus, die Kißener aufgrund einer außerordentlich guten Quellenlage ausführlich darlegen kann. Dies ist auch zweifellos die Stärke der vorliegenden Studie, da durch die umfangreiche Korrespondenz Ernst Boehringers ein für Unternehmer ungewöhnlich genauer Einblick sowohl in das unternehmerische als auch in das politische Denken der Firmenleitung möglich wird. Deutlich wird dabei, dass Ernst Boehringer und seine Mitstreiter trotz ihres starken Nationalgefühls und einer gewissen Sympathie für einen

autoritären Staat keine Ämter innerhalb der NS-Organisation einnahmen und auch klare Distanz zum Antisemitismus und anderen ideologischen Ausprägungen des Nationalsozialismus hielten. Diese zeigte sich u. a. darin, dass die Boehringsers keinerlei enge Bindungen zu NS-Spitzen besaßen. Trotzdem nutzte man andererseits gleichwohl die geschäftlichen Chancen im „Dritten Reich“ erfolgreich aus und passte sich an die gegebenen Notwendigkeiten wie dem Parteibeitritt einzelner Personen der Geschäftsführung oder der Nazifizierung des Betriebsalltags ohne Widerstände an. Auch kann Kißener anhand zahlreicher Aussagen der verantwortlichen Firmenleitung zeigen, dass die Boehringsers im Krieg stets das „nationale Wohl“ als oberste Maxime betonten, der Erhalt des Unternehmens jedoch an allererster Stelle stand. Mit diesem Verhalten dürften die Firmenleitung und Unternehmerfamilie von Boehringer Ingelheim wahrscheinlich zahlreichen anderen mittelständischer Familienunternehmen entsprochen haben – was aber erst nach weiteren Studien als Merkmal mittelständischer Unternehmen im Nationalsozialismus verallgemeinert werden kann. Kißeners Untersuchung gebührt jedoch das Verdienst, die widersprüchliche Haltung der Boehringsers zwischen persönlichem Nationalismus, öffentlicher Anpassung und der Nutzung geschäftlicher Chancen überzeugend dargelegt zu haben.

RALF BANKEN

Frankfurt am Main

VSWG 103, 2016/4, 584–585

Klaus Kraemer / Sebastian Nessel (Hg.)

**Geld und Krise. Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnungen**

Campus, Frankfurt a. M. / New York 2015, 310 S., 39,90 €.

Die Finanzkrise von 2007/08 und ihre Folgen hat auch die Soziologie veranlasst, sich mit den Ursachen von Finanz- und Konjunkturkrisen zu beschäftigen. Der von zwei Grazer Soziologen herausgegebene Sammelband beginnt mit einer krisengeschichtlichen Überblicksdarstellung des Wirtschaftshistorikers Michael North, die leider nicht ganz frei von sachlichen Fehlern ist. So trat das System fester Wechselkurse bereits 1944 mit der Gründung des Bretton-Woods-Systems und nicht erst 1958 in Kraft (S. 57). Der Beitrag von Christian Postberg über die Ursprünge und die soziologischen Aspekte der Geldschöpfung durch Kredit beschäftigt sich vor allem mit der historischen Entwicklung der zunehmend hypothetischeren Golddeckung und ihrem Scheitern zu Beginn der 1970er Jahre. Postberg leitet die wachsende Diskrepanz zwischen Vermögens- und Arbeitserträgen seit den 1970er Jahren aus der nicht mehr goldgedeckten Kreditschöpfung her, berücksichtigt jedoch nicht die lediglich hypothetische Golddeckung der späten Bretton-Woods-Ära.

Die Studie von Florian Brügger über die Geschichte der ökonomischen Geldtheorie seit David Hume ist eine fundierte Darstellung zum Wandel der geldpolitischen Konzepte von der Real Bills-Doktrin und der Currency School des 19. Jh.s zur keynesianischen und zur monetaristischen Geldpolitik der Nachkriegszeit. Der Artikel von Christoph Deutschmann über die Positionen der soziologischen Klassik zu Geld und Krise erläutert die soziologischen und sozioökonomischen

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Geldtheorien von Durkheim, Parson, Weber, Marx und Simmel – Autoren, die für die heutige Geld- und Finanzsoziologie noch immer als Referenzen dienen.

Die Grenzen der geldsoziologischen Klassiker für die Erklärung der heutigen Finanzkrise werden eher unfreiwillig im Beitrag von Heiner Ganßmann deutlich, der theoretische Erklärungen in den traditionellen Theorien der Geldschöpfung (Tauschmittel- vs. Recheneinheitsfunktion) der Chartisten und Mengerianer sowie bei Schumpeter und Marx sucht, an deren konkreter Anwendung in der Gegenwart jedoch scheitert. Demgegenüber präsentiert der Beitrag von Manfred Prisching über Geld und Geldkrisen neuere theoretische Ansätze der angewandten Geld- und Finanzsoziologie, die in ihrer Summe plausible, wenngleich nicht widerspruchsfreie Deutungsangebote für ein soziologisches Verständnis der heutigen Geldordnung geben können.

Insgesamt zeichnet sich der Sammelband durch einen Schwerpunkt auf der makrosoziologischen Geldtheorie aus, der mit einer leichten Untergewichtung der empiriegeleiteten angewandten Forschung erkaufte wird. Der stärker mikrosoziologisch und empirisch angelegte Beitrag von Klaus Kraemer („Kommt es bei der Geldverwendung auf Vertrauen an?“) kann dieses Manko nicht ausgleichen. Mit den währungspolitischen Ursachen, den gesellschaftspolitischen Implikationen und den von der Eurokrise ausgelösten institutionellen Reformprozessen befassen sich die Beiträge von Georg Vobruba und Jenny Preunkert.

Der Sammelband bietet keine neuen Einsichten in die makro- und mikroökonomischen Ursachen der Finanzkrise, aber Nichtsoziologen einen kompakten Einblick in geld- und finanzsoziologische Theorien der Vergangenheit und Gegenwart. Wirtschaftshistoriker/-innen können von der methodischen Erweiterung der krisengeschichtlichen Forschung durch soziologische Theorien durchaus profitieren, sofern sie sich operationalisieren lassen. Der Erkenntnisgewinn für die angewandte finanzsoziologische Forschung bleibt jedoch geringer als bei manch anderer Publikation der letzten Jahre.

CHRISTOPHER KOPPER  
Bielefeld

VSWG 103, 2016/4, 585–589

Larry Neal / Jeffrey G. Williamson (Hg.)  
**The Cambridge History of Capitalism. Vol. 1: The Rise of Capitalism – From Ancient Origins to 1848; Vol. 2: The Spread of Capitalism – From 1848 to the Present**

Cambridge U. P., Cambridge 2014, 616 u. 567 S., 44.99 u. 39.99 \$.

Den Begriff „Kapitalismus“ haben nicht-marxistische Wirtschafts- und Sozialhistoriker in der zweiten Hälfte des 20. Jh.s meistens gemieden oder nur am Rande benutzt. Er erschien ihnen zu polemisch, als politisches Schlagwort oder zu vage. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und erneut seit der Großen Rezession von 2008 hat sich das geändert. Vor allem im Englischen findet eine Rückkehr des Begriffs auch in die Wissenschaftssprache statt. Das hier zu besprechende

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Werk dokumentiert diese Renaissance des Kapitalismusbegriffs in der internationalen Wirtschaftsgeschichte auf eindrucksvolle Weise. Knapp vierzig zumeist hochrenommierte Wissenschaftler – überwiegend Wirtschaftshistoriker – aus mehreren Ländern haben daran seit 2005 gearbeitet. In zwei Bänden geben insgesamt 34 Beiträge einen globalgeschichtlich orientierten Überblick über die Geschichte des Kapitalismus von seinen Anfängen bis zur Gegenwart.

Für ein solches Großunternehmen ist die Definition des Zentralbegriffs entscheidend. Private Eigentumsrechte, von Dritten durchsetzbare Verträge, Märkte und Preise, unterstützende Regierungen und Kapital als besonderer Produktionsfaktor mit Langzeitperspektive sind die definitorischen Merkmale, die sich in Ansätzen auch in weit zurückliegenden Zeiträumen aufspüren lassen. Zu einem „komplexen und adaptiven System“ verdichtet und von sozialen, kulturellen und politischen Kontexten nachhaltig gestützt, wurden sie jedoch erst seit dem 16. Jh. wirksam – zunächst nur im westlichen Europa (jedoch mit globalen Bedingungen und Folgen) –, und seit dem 19. Jh. erfuhren sie dann auch weltweite Verbreitung. Diese schlanke Definition von Kapitalismus als Form des Wirtschaftens, jedoch mit nicht-ökonomischen Bedingungen und Folgen, trägt. Sie wird von Larry Neal in der Einleitung zu Band 1 vorgegeben, leider ohne Auseinandersetzung mit der Literatur und den in ihr enthaltenen zahlreichen alternativen Definitionen. Seine Argumentation atmet den Geist der *institutional economics* in der Nachfolge Norths. Adam Smith und Karl Marx werden zitiert, auch John Hicks, aber Max Weber, Keynes und Schumpeter nicht, Braudel und Wallerstein bleiben gleichfalls außen vor: ein historischer Ansatz, der sich für seine eigene historische Verortung nicht interessiert. Die Neigung zur Selbstreflexion ist wenig ausgeprägt.

Das gilt auch für die Fragen, die die Einleitung vorgibt, um die Kohärenz des Werkes zu gewährleisten: Geklärt werden soll, warum sich der Kapitalismus *als System* so spät durchgesetzt hat (als ob er gewissermaßen natürlich angelegt gewesen und nur an seiner Realisierung gehindert worden sei); welche von Land zu Land unterschiedlichen Reaktionen auf Erschütterungen der Märkte (*shocks* von innen und außen) hervorgebracht worden sind, die ihrerseits unterschiedliche Kapitalismen formten; wie das Verhältnis von Kapitalismus und Globalisierung gestaltet worden ist. So wichtig der Markt sei, so entscheidend seien die Institutionen. Dies öffnet die Tür zur Politischen Ökonomie. Deren Lehren vom 17. bis zum 19. Jh. werden von José Luís Cardoso in einem eigenen Beitrag skizziert.

Band 1 enthält nützliche, in der Regel hervorragend recherchierte, auf der neuesten Literatur fußende Überblicke über (Ansätze zum) Kapitalismus in zahlreichen Ländern und Weltregionen bis zur Mitte des 19. Jh. s. Das thematische Spektrum reicht von den mesopotamischen Großreichen und der griechischen und römischen Antike über den transasiatischen Fernhandel, Indien und China bis zu „Capitalism and Dependency in Latin America“, „Native Americans and exchange: strategies and interaction before 1800“ und „America: capitalism’s promised land“. In der Regel stehen Aspekte des Kaufmannskapitalismus und hierbei des Fernhandels im Zentrum, daneben aber – jedenfalls für Europa – der dort früh entwickelte Finanzkapitalismus und immer wieder das Verhältnis von Marktprozessen und politischen Institutionen. Dagegen tritt die Welt der Produktion in den Hintergrund und mit ihr die Lohnarbeit, die – dem allgemeinen Forschungstrend entsprechend – nicht als notwendiges Kriterium des Kapitalismus gilt. Das hat seine Berechtigung, wenn gleich ich es für richtig gehalten hätte, dem frühen Kapitalismus in der Landwirtschaft, der derzeit viel diskutierten Plantagenwirtschaft und dem durchaus kapitalistischen („protoindustriellen“) Verlagswesen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist offensichtlich ein Ergebnis der neueren For-



schung, dass kapitalistische Praktiken im Sinn der hier gewählten Definition viel früher aufgetreten und auch prägend geworden sind, als es ein älterer Forschungsstand annahm und als es von einem engeren Kapitalismus-Begriff nahegelegt würde. Für das europäische Mittelalter zeigt dies Carl G. Persson überzeugend, während Willem M. Jongmans Behandlung des Römischen Reichs darunter leidet, dass er die Landwirtschaft unterbelichtet. Er zeigt eher, dass die damalige Wirtschaft wuchs, als dass sie kapitalistisch organisiert war.

Während den Verflechtungen zwischen den Wirtschaftsregionen nachgegangen wird, verzichten die Autoren fast durchweg auf den Vergleich. Auch die Herausgeber nehmen diese Herausforderung nicht an. Zwei rühmliche Ausnahmen bilden jedoch die hervorragend gelungenen Beiträge von Patrick K. O'Brien und C. Knick Harley. In einem fulminanten Artikel über „The formation of states and transitions to modern economies: England, Europe and Asia compared“ nimmt O'Brien Gustav Schmoller als Ausgangspunkt und legt eine entschiedene Ehrenrettung des Merkantilismus vor. Vor allem der starke, früh parlamentarisch fundierte Steuerstaat habe die frühneuzeitliche wirtschaftliche Überlegenheit Englands begründet. Harley präsentiert eine vergleichende Analyse der Industriellen Revolution – der Begriff wird übrigens durchweg wieder benutzt – in England und den europäischen Nachfolgestaaten, die das englische Modell nur zum kleinen Teil imitierten, sich aber teilweise anzuverwandeln vermochten. Harley lobt Gerschenkron und baut dessen vergleichenden Ansatz fruchtbringend aus. O'Brien und Harley sprechen allerdings mehr von „Entwicklung“ und „Wachstum“ als von „Kapitalismus“. Das gilt übrigens auch für andere Artikel. Insgesamt treten in den Darstellungen die Motive, Qualifikationen, Sozialprofile und Handlungsmuster der wirtschaftlichen Akteure – der Kaufleute, Reeder und Unternehmer – allzu weit zurück, zugunsten von Struktur-, Konstellations- und Prozessanalysen (mit Ausnahmen z. B. S. 304, wo Luciano Pezzolo die Bedeutung von Gegenseitigkeit und Verwandtschaftsbeziehungen nicht nur für den „mittelmeerischen“ Weg zum Kapitalismus unterstreicht). Umgekehrt werden aber auch die Widerstände gegen eine schnellere und gründlichere Durchsetzung des Kapitalismus in den meisten Beiträgen kaum behandelt.

Dass in Band 1 die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Länder und Weltregionen Mitte des 19. Jh.s abbricht, macht wenig Sinn und wird auch nicht wirklich begründet, denn dass Marx und John Stuart Mill wichtige Werke 1848 veröffentlichten (so S. 16), ist nicht Grund genug. Band 2 folgt aber einem ganz anderen Gliederungsprinzip. Wie die etwas lieblos geratene Einleitung von Kevin H. O'Rourke und Jeffrey G. Williamson ausführt, behandelt er nicht mehr den Aufstieg des Kapitalismus in einzelnen Regionen, sondern seine Ausbreitung als internationales System von der Mitte des 19. Jh.s bis zur Gegenwart, als Motor und Teil der Globalisierung.

Diese wird periodisiert: Während die Industrialisierung des „langen 19. Jahrhunderts“ eine erste Globalisierung vorantrieb, brachte die Zeit der teils politisch induzierten, teils kapitalismusedogenen Krisen 1914–1945 ein Stück De-Globalisierung (u. a. Protektionismus und Suche nach Autarkie, internationale Konflikte und Kriege), bevor seit ca. 1950 eine erneute und beschleunigte Phase der Re-Globalisierung einsetzte und nicht mehr revidiert wurde, schon in den „goldenen Jahren“ bis 1973 mit ihrer Neigung zu rasantem Wachstum, Koordination des Kapitalismus und fixierten Wechselkursen wie auch in den Jahren seit 1973 mit ihrer Tendenz zur Deregulierung und ihrer Abkehr von festen Wechselkursen – bis hinein in die große Rezession von 2008 und darüber hinaus. Die Geschichte des Kapitalismus und die der Globalisierung rücken nun noch stärker zusammen, das eine wird ohne das andere undenkbar.

Auf dieser konzeptuellen Vorgabe fußend, widmen sich die zum Teil ausgezeichneten Beiträge des Bandes nicht mehr einzelnen Regionen, sondern einzelnen Themen, die grenzüberschreitend behandelt werden. Robert C. Allen greift weit in die Frühe Neuzeit zurück und zeigt, wie die Industrialisierung – er spricht nicht von Kapitalismus – die Gewichte radikal zugunsten des Westens verschob, teilweise durch Abbruch und Zerstörung afrikanischer und asiatischer Gewerbetraditionen, die bis dahin stark gewesen waren. Er zeigt, wie es zunächst auf dem europäischen Kontinent und dann in anderen Teilen der Welt – in Japan, der Sowjetunion bis in die 1970er Jahre, in China und anderen Teilen Ostasiens, teilweise auch in Lateinamerika – gelang, den Vorsprung Englands und Europas ein Stückweit aufzuholen.

Die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Kolonialismus bzw. Imperialismus seit 1850 untersucht Gareth Austin. Differenziert und subtil zeigt er die kapitalistischen Antriebe für die Errichtung von Imperien wie auch die Anstöße, die der Handel mit den Kolonien und deren Ausbeutung für die Dynamik des Industriekapitalismus in den Metropolen beisteuerte. Umgekehrt zeigt er, wie der Kapitalismus der Kolonialherren auf die eigenständigen Kapitalismen in den Peripherien traf, diese manchmal zerstörte, auf jeden Fall veränderte und zu gesellschaftlich-politischen Belastungen führte, die teilweise bis heute wirksam sind.

Giovanni Federico präsentiert einen souveränen Überblick über die Globalgeschichte der Landwirtschaft und betont im Grunde die weiterhin engen Grenzen der Durchsetzung des Kapitalismus in diesem Bereich. Kristine Bruland und David C. Mowery arbeiten die enge und grundsätzliche Affinität zwischen Kapitalismus und Innovation heraus, woraus sie überzeugend das gewichtigste Verdienst des Kapitalismus begründen, das auch die meisten seiner Kritiker nicht leugnen: seine in anderen Wirtschaftssystemen nicht oder weniger beobachtbare Fähigkeit zur umfassenden und nachhaltigen Produktivitätssteigerung und damit zur Zunahme von Wohlstand und Wohlfahrt für die meisten – trotz aller Ungleichheit, die mit der Dynamik des Kapitalismus ebenfalls verbunden ist und mit ihm zunimmt, wenn man nicht politisch-gesellschaftlich gegensteuert. Sie zeigen, wie umgekehrt der technologische Wandel den Kapitalismus seit dem 19. Jh. verändert hat: durch Einbau von Forschung und Entwicklung in die (großen) Unternehmen und durch zunehmende Abhängigkeit des Kapitalismus von staatlicher Wissens- und Forschungspolitik.

Ron Harris behandelt rechtliche Bedingungen und Folgen der kapitalistischen Entwicklung. Er kann nachweisen, dass sehr unterschiedliche Rechtssysteme kapitalistisches Wirtschaften ermöglichen und fördern konnten und relativiert die Bedeutung der Unterscheidung zwischen Römischem Recht und Common Law. Die Nähe wie die Distanz zwischen Kapitalismus und Krieg behandelt Mark Harrison. Es finden sich des Weiteren substantielle Kapitel über Firmen und Unternehmensmodelle im Kapitalismus, über Finanzkapitalismus und internationale Kapitalbewegungen, über Wohlfahrt und Sozialstaat wie über Arbeiterbewegungen. Als schwierig erweist es sich, in der Kürze einen Überblick über die Unterstützer, die Gegner und die Reformer des Kapitalismus zu geben, was Jeffrey Frieden und Ronald Rogowski versuchen. Kapitalismuskritik bleibt in diesem Werk empfindlich unterbelichtet. Die Krisen des Kapitalismus werden immer wieder angesprochen, aber ihre umfassende Geschichte fehlt.

Dies beeinträchtigt auch das Abschlusskapitel über „Die Zukunft des Kapitalismus“, das die beiden Herausgeber beisteuern. Sie sind – offenbar nach der Erfahrung der Großen Rezession von 2008 – sehr skeptisch, was die Fortdauer hoher Wachstumsraten der Weltwirtschaft in Zukunft angeht und befürchten, dass ihr Rückgang die Akzeptanz des Kapitalismus reduzieren werde. Sie

behandeln die Problematik des (bröckelnden) „Washington Consensus“, die inneren Widersprüche der Euro-Zone und die Zunahme der öffentlichen Schulden fast überall. Doch zentrale Themen der heutigen Kapitalismuskritik werden nur am Rande behandelt – so die verschiedenen Dimensionen wachsender Ungleichheit – oder übergangen – so etwa der viel diskutierte Zusammenhang zwischen wachstumsabhängigem Kapitalismus und drohender Klimakatastrophe. Damit bleibt aber nicht nur ein zentrales Krisenpotential außer Acht, sondern auch eine vielleicht zukünftig entscheidende Quelle großer neuer Bedürfnisse (nämlich nach Umsteuerung der Energiegrundlage unseres Wirtschaftssystems). Möglicherweise lässt sich dieses Bedürfnis nur mit Hilfe kapitalistischer Mechanismen bedienen, wie umgekehrt daraus eine neue Quelle kapitalistischer Dynamik hervorgehen und umweltkompatibles Wachstum bewirken könnte. Eine analytische Zusammenfassung der beiden Bände fehlt.

An dem Werk haben nicht nur Wirtschaftshistoriker, sondern auch Historiker anderer Fachbereiche, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Archäologen, Altertumswissenschaftler und andere mitgearbeitet: ein interdisziplinäres Unternehmen. Es ist zwar kein geschlossenes Ganzes entstanden, doch ein Werk mit viel gedanklicher Interdependenz, die von zahlreichen Querverweisen verstärkt wird. Wissenschaftler aus zahlreichen Ländern trugen bei, kaum aber aus nicht-westlichen Regionen. Und auch nicht aus Deutschland. Die internationale Präsenz der deutschen Wirtschaftsgeschichte lässt derzeit zu wünschen übrig.

Die großen Chancen des Kapitalismus-Begriffs schöpft das Werk nicht aus. Manche Autoren nehmen den Begriff nicht an, sondern schreiben lieber von Wachstum, Entwicklung oder Industrialisierung. Die sozial-, kultur- und demokratiehistorischen Anschlussmöglichkeiten des Kapitalismus-Begriffs sind groß, hier aber werden sie ignoriert.

Doch das Werk zeigt auch, was der Begriff leisten kann: Er lädt dazu ein, Markt und Staat, Wirtschaft und Politik zusammen zu sehen. Die Autoren tun dies durchweg und mit großem Erfolg. Das Werk leidet weder unter „neoliberaler“ Marktfixierung noch sieht es politische Macht als bloßes Derivat kapitalistischer Interessen. Vielmehr werden politische Herrschaft, Institutionen und Setzungen vor allem als selbständige Bedingungen und Formkräfte der durch sie veränderbaren Kapitalismen konzeptualisiert. Das Werk zeigt, wie der Kapitalismus-Begriff es erlaubt, grenzüberschreitende Zusammenhänge mit großer räumlicher Erstreckung zu erfassen und Befunde aus unterschiedlichen Epochen zumindest in lockerer Verbindung miteinander zu begreifen. Der Begriff besitzt synthetische Kraft. Der Trend zu räumlich und zeitlich ausgreifenden Fragen und Untersuchungen ist in der Geschichtswissenschaft wie in anderen Sozialwissenschaften derzeit ausgeprägt. Der Kapitalismus-Begriff passt sehr gut in dieses intellektuelle Klima. Er erlaubt es, wirtschaftsgeschichtliche Fragen und Antworten so zu formulieren, dass sie an die Fragen und Antworten anderer historischer Fachbereiche und Sozialwissenschaftler anschlussfähig sind. Er kann helfen, die Wirtschaftsgeschichte wieder interessanter zu machen.

JÜRGEN KOCKA

Berlin



VSWG 103, 2016/4, 590–591

Manfred Straube

**Geleitswesen und Warenverkehr im thüringisch-sächsischen Raum  
zu Beginn der Frühen Neuzeit**

(Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe 42).  
Böhlau, Köln / Weimar / Wien 2015, 1.095 S., 99,00 €.

Manfred Straubes Werk ist schon rein äußerlich ein schwerer Brocken. Beim ersten Durchblättern zeigt sich zudem, dass nicht nur die fast 700 Seiten umfassenden Anhänge äußerst zahlen- und faktenlastig sind, sondern dies auch für die 450-seitige Darstellung gilt. Der Autor hat die rund 60.000 Rechnungseinträge, die seine Materialbasis bilden, nicht nur in zahlreichen Tabellen und Listen aufbereitet, sondern auch der Text liest sich über weite Strecken wie eine Auflistung von Zahlen, Waren, Orten und Transportkapazitäten. Erfährt man zudem im Vorwort, dass es sich um eine erstmals gedruckte Habilitationsschrift handelt, die bereits in den 1970er Jahren in Leipzig vor dem Hintergrund der in der damaligen DDR-Geschichtswissenschaft geführten Diskussion um den Charakter des Feudalsystems und die ‚frühbürgerliche Revolution‘ entstanden ist, wächst die Skepsis des westdeutsch sozialisierten Lesers: Sollte eine solche Studie in einer Zeit, in der die Wirtschaftsgeschichte der Vormoderne im deutschsprachigen Raum unübersehbar auf dem Rückzug ist und in der sich selbst gestandene Wirtschaftshistoriker zunehmend kulturgeschichtlichen Themen zuwenden, überhaupt noch gedruckt, geschweige denn gelesen werden?

Um die Antwort vorwegzunehmen: unbedingt! Denn Straubes Studie ist in mehrfacher Hinsicht ein Grundlagenwerk zur mitteleuropäischen Wirtschaftsgeschichte. Erstens fokussiert sie mit dem thüringisch-sächsischen Raum eine Kernregion des ‚Frühkapitalismus‘ im späten 15. und frühen 16. Jh., die nicht nur Transitraum für hansische und oberdeutsche Waren war, sondern auch dynamische Produktionsstandorte in der Textilherstellung und Metallverarbeitung (Saigerhütten) sowie mit den Großen Märkten von Leipzig und Naumburg Warenumschlagplätze von bedeutender überregionaler Ausstrahlung aufwies. Zweitens nimmt sie mit den thüringischen und sächsischen Geleitsrechnungen eine sehr umfangreiche, bislang jedoch selten intensiv genutzte Quellengattung in den Blick. Die von Straube ausgewerteten Rechnungen weisen zwar einige Mängel und Ungenauigkeiten auf – die pauschale Rubrizierung verschiedener Warengattungen als „Zentnergut“, die Geleitsfreiheit bestimmter Waren und die Nichterfassung des reinen Warentransits –, doch liefern sie insgesamt eine bemerkenswerte Fülle an Informationen und sind damit auch ein Ausweis des Leistungsstandes frühmoderner Staatlichkeit. Drittens gelingt es Straube, auf dieser breiten Quellenbasis ein Bild des mitteleuropäischen Warenverkehrs zwischen 1450 und 1550 – mit einem Schwerpunkt um das Bauernkriegsjahr 1525 – zu zeichnen, das in dieser Dichte und Detailiertheit seinesgleichen sucht.

Dabei kann Straube zunächst die unter anderem von Miroslav Hroch und Ernst Schubert vertretene Meinung gründlich revidieren, dass die Flüsse die wichtigsten Adern des vormodernen Warenverkehrs gewesen seien. In der mitteldeutschen Region rollte der größte Teil der Warentransporte über Straßen, und zwar sowohl in Ost-West-Richtung über die „Hohe Straße“, welche Frankfurt am Main mit Breslau verband, als auch in Nord-Süd-Richtung über die „Reichsstraße“ zwischen dem oberdeutschen und dem hansischen Wirtschaftsraum. Zugleich macht Straube deut-

lich, dass es nicht genügt, den Verkehr auf einigen wenigen Fernhandelsstraßen zu untersuchen, denn daneben existierten zahlreiche Nebenstrecken, an denen ebenfalls Geleitsgebühren erhoben wurden. Die Addition der Haupt- und Nebengeleite zeigt ein um das andere Mal, dass die Größenordnung des Warenverkehrs bisherige Schätzungen um ein Mehrfaches übertrifft.

Weiterhin wird anschaulich, dass die Fernhandelsstraßen ganzjährig befahren wurden, der Verkehr also auch in den Wintermonaten keineswegs ruhte und die Straßen offenbar in keinem so schlechten Zustand waren, wie einzelne zeitgenössische Beschreibungen vermuten lassen. Entscheidend für die Frequenz des Warenverkehrs war vielmehr der Rhythmus der Naumburger Peter- und Paul-Märkte sowie der drei großen Leipziger Märkte, unter denen der zu Neujahr abgehaltene hinsichtlich des Handelsvolumens hervorsticht. Die Leipziger Waageinnahmen belegen ein langfristiges Wachstum des Warenhandels auf den Großen Märkten zwischen 1470 und 1550 (S. 317–319). Neben der Bedeutung Naumburgs und Leipzigs tritt diejenige Erfurts als Zentrum des Waidexports sowie als Drehscheibe des überregionalen Handels hervor. In Ost-West-Richtung lief ein beträchtlicher Teil des Warenverkehrs zu den Frankfurter Messen und den Leipziger Märkten durch Erfurt, während in Nord-Süd-Richtung die Kupfertransporte der großen süddeutschen Handelsgesellschaften das Fuhraufkommen maßgeblich beeinflussten (S. 142–159). Aus dem Hanseraum spielten zudem Fischlieferungen, aus dem oberdeutschen Raum Textilien und Wein eine große Rolle, so dass der Verfasser mit Recht von einem „hohen Entwicklungsstand der überregionalen Arbeitsteilung“ (S. 131) spricht. Immer wieder tritt zudem die Bedeutung des Getreide- und des Salzhandels zutage, die in den Geleitsrechnungen allerdings nicht einheitlich erfasst wurden.

Schließlich kommt Straubes Arbeit auch das Verdienst zu, eine Reihe von Forschungslücken und Desideraten aufzuzeigen. Dazu gehören insbesondere die bislang kaum beachtete, aber offenbar sehr beträchtliche exportorientierte Sichelproduktion im Raum Schmalkalden, die Geschichte der Naumburger Märkte, aber auch Handel und Transportgewerbe der Stadt Eger, deren Kaufleute und Fuhrmänner in einigen Serien von Geleitsrechnungen prominent vertreten sind. Das umfangreiche Namens- und Zahlenmaterial im Anhang bietet für solche weiterführenden Forschungen eine solide Grundlage.

MARK HÄBERLEIN  
Bamberg

